

Jahresbericht

2011

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg (IFSH)
20144 Hamburg · Beim Schlump 83

Impressum

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) besteht seit Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit, „sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen“. Darüber hinaus erstellt Institut einen Jahresbericht.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen bitte an:

Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg

Email: ifsh@ifsh.de

Redaktion: Susanne Bund

ISSN 0936-0026



Inhalt

1. Zur Arbeit des IFSH 2011 – Vorwort des Direktors	5
1.1 Detlef Bald: 40 Jahre Hamburger Friedensforschung Das IFSH (1971 – 2011). Vortrag zum 40-jährigen Bestehen des IFSH	8
2. Aktuelle Themen der Institutsarbeit 2011	17
2.1 OSZE-Initiative IDEAS	17
2.2 Krieg verstehen	22
2.3 Massenvernichtungswaffenfreie Zone Naher Osten	28
3. Arbeitsbereiche – Forschungs- und Beratungsprojekte	34
3.1 Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)	34
3.2 Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS)	39
3.3 Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR ²)	48
3.4 Institutsübergreifende Projekte	55
4. Übergreifende Aktivitäten	56
4.1 Arbeitsgruppe Wirkungsforschung	56
4.2 Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH	56
4.3 Forschungsgruppe DemoS am IFSH	56
4.4 Ausgewählte Veranstaltungen, Tagungen und Besucher	57
4.5 Forschungskolloquium 2011	59
4.6. Vorträge von Fellows, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	60
4.7 Funktionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH in Fachgremien	64
5. Lehre und Nachwuchsförderung	66
5.1 Studiengang „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ an der Universität Hamburg	66
5.2 Europäischer Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig)	68
5.3 Lehr- und Doktorandenkooperation mit der East China Normal University (ECNU), Shanghai	69
5.4 Doktorandenbetreuungsprogramm	69
5.5 Lehrveranstaltungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH 2011	69
6. Service	72
6.1 Öffentlichkeitsarbeit	72
6.2 Verein zur Förderung des IFSH	73
6.3 Bibliothek, Dokumentation und Homepage des IFSH 2011	73
7. Personal und Gremien	75
7.1 Kuratorium	75
7.2 Wissenschaftlicher Beirat	75
7.3 Institutsrat	75
7.4 Gleichstellung	76
7.5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2011	76
8. Veröffentlichungen	79
8.1 IFSH-Reihen	79
8.2 Friedensgutachten	79
8.3. OSZE-Jahrbuch	81
8.4 Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2011	82
9. Statistischer Anhang	93

1. Zur Arbeit des IFSH 2011 – Vorwort des Direktors

Im Jahre 2011 feierte das IFSH sein vierzigjähriges Jubiläum. Dem Stiftungsgeschäft im Juni 1971 folgte die Aufnahme der Tätigkeit der ersten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um Gründungsdirektor Wolf Graf von Baudissin am Falkenstein in Hamburg Blankenese im Herbst 1971.

Aus Anlass des Jubiläums fand am 14. November 2011 eine Festveranstaltung statt. In seiner Festrede, die in diesem Jahresbericht abgedruckt ist, hob Detlef Bald besonders die Bezüge zwischen der wissenschaftlichen Arbeit am IFSH und deren politischer Bedeutung hervor. Dieser Aspekt wurde auch in der nachfolgenden Podiumsdiskussion behandelt, an der neben Egon Bahr auch Alyson Bailes, frühere SIPRI-Direktorin, Regine Mehl, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, und Ex-MdB Winfried Nachtwei teilnahmen.



Das 40-jährige Jubiläum bot über die Festveranstaltung hinaus in einer Reihe von thematischen Seminaren und Tagungen eine gute Gelegenheit, über die Veränderungsprozesse in der Arbeit, die in den letzten Jahren stattgefunden haben, sowie über die weitere Perspektive des IFSH zu reflektieren.

Seit seiner Gründung ist die Basis der Arbeit des IFSH die freie wissenschaftliche Forschung. Das IFSH soll sich aber auch, wie es unverändert in der Satzung heißt, „im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen“ befassen. Das IFSH hat also, wie bereits aus seinem Namen hervorgeht, im Kern einen doppelten Auftrag. Es soll wissenschaftliche Forschung mit einer gesellschaftspolitischen, genauer friedenspolitischen, Agenda betreiben.

Dass es Spannungen zwischen wissenschaftlicher Forschung und gesellschaftspolitischem Anspruch geben kann, hat sich in der Geschichte des IFSH in verschiedenen Konflikten gezeigt. Aber grundsätzlich ist das Spannungsfeld gleichzeitig auch produktiv und eröffnet große Chancen. Diese Chancen werden bereits gut durch das IFSH genutzt. Das zeigen unter anderem der beeindruckende Umfang der Politikberatung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH, der in diesem Jahresbericht erstmals quantitativ beziffert wird (2011: 115 Teilnahmen an Anhörungen und internen Gesprächen in Parlamenten, Ministerien und internationalen Organisationen), die öffentliche Nachfrage nach der Expertise des IFSH, die sich unter anderem in der Statistik der Interviews (2011: 183), Vorträge (139) und Podiumsteilnahmen (33) niederschlägt, und die Rolle, die das IFSH bei der Organisation einer Reihe von internationalen Tagungen mit hochrangiger wissenschaftlicher und politischer Beteiligung einnahm, so die Pugwash-Jahrestagung Anfang Juli im Auswärtigen Amt in Berlin, eine Konferenz zu „Challenges for Cybersecurity: Threats, Strategies & Confidence-Building“ im Dezember ebenfalls im AA und die Tagung zu „Development of OSCE Field Activities“ im Mai in Wien.

Das IFSH ist in der politischen Beratung in einigen wichtigen Themenfeldern national und international sehr gut platziert. Dazu gehören als Themen etwa die Organisation von Sicherheit in Europa, Fragen von Rüstungskontrolle und Abrüstung und Fragen des Einsatzes militärischer Gewalt. Die heutigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter profitieren dabei in erheblichem Maß von dem sozialen Kapital, das ihre Vorgängerinnen und Vorgänger, vor allem aber die drei ersten Direktoren des IFSH, Wolf Graf von Baudissin, Egon Bahr und Dieter Lutz aufgebaut haben. Wirkungsvolle politische Beratung bedarf des Respekts und des Vertrauens der Adressaten – Bedingungen, die im harten Wettbewerb der Anbieter von Beratung geschaffen und gepflegt werden müssen.

Die zentrale Grundlage fundierter unabhängiger politischer Beratung ist die methodisch und theoretisch fundierte wissenschaftliche Forschung. Ihr Erfolg ist auch die Voraussetzung für die dauerhafte Sicherung der Existenzberechtigung des IFSH.

Auch in den Gründungsjahren ist am IFSH Forschung betrieben worden. Aber die Rahmenbedingungen für Forschung haben sich gewandelt. Mit ihnen haben sich auch die Erwartungen an und der Ausweis von Erfolg in der Wissenschaft verändert. Die Anforderungen an methodische und theoretische Sorgfalt und Reflexion sind deutlich gestiegen. Da Methoden und Theorien in der



Regel in wissenschaftlichen Disziplinen verankert sind, kommt der sichtbaren Anknüpfung an den jeweiligen Forschungsstand für die Überzeugungskraft wissenschaftlicher Arbeiten große Bedeutung zu. Dies ist für die Friedensforschung, in der häufig der parallele oder besser noch integrative Einsatz mehrerer Disziplinen sinnvoll ist, eine große Herausforderung. Sie stärkt den Trend zur Arbeit in Gruppen, der in den Naturwissenschaften seit Langem die Regel ist. Parallel zur Professionalisierung, die sich allgemein für die Friedensforschung feststellen lässt, hat sich die Kultur der Evaluierung der Forschungsarbeit verändert. Auch für die angewandte Forschung, die im Zentrum der Arbeit des IFSH steht, werden verstärkt quantitative und qualitative Kriterien herangezogen, die aus der Grundlagenforschung kommen. Das IFSH hat sich hier in den letzten Jahren vor allem darum bemüht, die Zahl der referierten Veröffentlichungen zu erhöhen. Während weiterhin sowohl bei den referierten Veröffentlichungen insgesamt (2011: 34) als auch bei denen in Zeitschriften der Liste besonders hochrangiger Zeitschriften (2011: 6 von der Thomson Reuters World of Knowledge-Liste) weiterer Aufwuchs angestrebt werden muss, sind unverkennbar deutliche Fortschritte gegenüber den Vorjahren erreicht worden.

Die verstärkte Beachtung und Verankerung der veränderten Rahmenbedingungen für wissenschaftliches Arbeiten sind von großer Bedeutung für die Perspektive des IFSH: des Erreichens eines Qualitätsniveaus, das einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Wissenschaftsgemeinschaft Leibniz (WGL) aussichtsreich erscheinen lässt. Im April 2011 hat sich das IFSH einer beratenden Begutachtung durch drei externe Experten unter WGL-Bedingungen unterzogen. Die Experten waren sich einig, dass im IFSH insgesamt gute, in einigen Bereichen sehr gut Forschung betrieben wird. Zugleich machten sie eine Reihe von Schwächen aus, an denen das IFSH für eine Erfolg versprechende WGL-Perspektive arbeiten muss. Zu diesen zählen insbesondere eine Erhöhung der Zahl der hochrangigen Veröffentlichungen sowie eine bessere Herausarbeitung von und Fokussierung auf Alleinstellungsmerkmale des IFSH.

Auch für die stärkere Fokussierung der Arbeit des IFSH ist 2011 sehr aktiv gearbeitet worden. Die Themen des 2008 verabschiedeten Arbeitsprogramms „Transnationale Gewaltstrisiken“ stehen zunehmend im Mittelpunkt. Das Arbeitsprogramm reflektiert, dass sich neue Sicherheitsprobleme in den Vordergrund geschoben haben. Ihr Aufkommen und ihre Aufwertung in der politischen Agenda hat viel mit den globalen Veränderungen der letzten Jahrzehnte zu tun: mit dem Ende des Kalten Krieges, der Globalisierung von Warenaustausch, Kommunikation und Medienaufmerksamkeit. Sicherheitsgefährdungen machen nicht mehr an Grenzen halt, sie betreffen weniger Staaten als vielmehr direkt die Menschen. Das IFSH ist in der Vergangenheit sehr erfolgreich darin gewesen, für diese Themenfelder Drittmittel einzuwerben, unter anderem die beiden großen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekte PiraT und TERAS-INDEX. Da diese Projekte jetzt implementiert werden, stiegen 2011 die durch Drittmittel finanzierten Ausgaben auf 1,267 Mio. Euro, während die Summe der Neueinwerbungen mit 0,829 Mio. Euro etwas über der Hälfte der institutionellen Förderung in Höhe von 1,544 Mio. Euro lag.

Weiterhin wurden dem Wissenschaftlichen Beirat des IFSH im November 2011 erste Ideen für ein neues Arbeitsprogramm des IFSH vorgestellt, die von drei parallel tagenden Arbeitsgruppen ausgearbeitet worden waren. Auf dieser Grundlage wird weiter diskutiert. Im Herbst 2012 soll den Gremien des Instituts ein Entwurf vorgelegt werden. Ziel ist eine Schwerpunktsetzung, die den weiterhin aktuellen Grundansatz Friedensforschung und Sicherheitspolitik verknüpft und ihn sowohl mit neueren theoretischen Überlegungen als auch aktueller politischer Relevanz verbindet.

Als tragfähigste Konzeption kristallisiert sich die Untersuchung der Frage heraus, inwieweit die Instrumente der Sicherheitspolitik, die für die traditionelle Sicherheitspolitik geschaffen wurden, der veränderten, komplexer gewordenen Lage angemessen sind. Wobei für uns das Kriterium für Angemessenheit der Beitrag zur Bildung und Stärkung von Frieden sein muss. Denn Frieden, als Frieden mit potenziellen und tatsächlichen Gegnern, ist der höhere Wert gegenüber der Sicherheit, die als Sicherheit vor Gefahren, Risiken und Gegnern keine dauerhafte sein kann. Auf dieser Grundlage kann das IFSH in einer neuen Verbindung von Friedensforschung und Sicherheitspolitik die eingangs genannten Spannungsfelder produktiv aufnehmen und den Markenkern des IFSH wieder deutlicher herausarbeiten.

Denn nicht nur die Rahmenbedingungen für Forschung, auch die politischen Rahmenbedingungen für die Arbeit des IFSH haben sich in den letzten 40 Jahren gewandelt. Das IFSH hat sich hier regelmäßig neu aufgestellt, wie in einer Broschüre beschrieben wird, die zum 40-jährigen Jubiläum erstellt wurde. Einzelne Themenfelder, wie Konflikte in Zentralasien, sind neu aufgenommen andere, wie das der internationalen Polizei, fallen gelassen worden. Andere Themenfelder, wie nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung, werden seit der Gründung des Instituts bearbeitet, aber immer wieder mit neuen Schwerpunkten.

Die drei in diesem Jahresbericht abgedruckten inhaltlichen Beiträge geben einen Einblick in die „wissenschaftliche Werkstatt“ des IFSH. Sie betreffen „work in progress“, sowohl am IFSH als auch in der Welt. Johann Schmid, der als von der Bundeswehr abgeordneter Offizier „militärischer Anteil“ des IFSH ist, plädiert in seinem Beitrag für eine Erneuerung der clausewitzschen Theorie des Krieges mit ihrer Analyse des „Krieges hinter den Kriegen“. Frank Evers, Wolfgang Zellner und Ulrich Kühn skizzieren die Planung für eine Reihe von „Track 2“-Tagungen im Verbund russischer, polnischer, französischer Forschungsinstitute in enger Kommunikation mit den jeweiligen Außenministerien zur Frage der Schaffung einer Sicherheitsgemeinschaft in Europa. Ulrich Kühn liefert zudem eine Einschätzung der Aussichten für die Konferenz für eine Zone frei von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten, die 2012 in Helsinki durchgeführt werden soll. Er bringt hierfür „Insider“-Wissen mit, da er 2011 acht Monate aus dem IFSH an das Auswärtige Amt „ausgeliehen“ war und im August und September ein zweimonatiges Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für Diplomatinen und Diplomaten in Genf und New York absolvierte. Nach dem Abschluss war er als einer der ersten Nicht-Diplomaten weltweit am 21. Oktober 2011 mit der „UN Fellowship on Disarmament“ ausgezeichnet worden.

Neben der Forschung und der gesellschaftlichen Relevanz der wissenschaftlichen Forschung sind für die Perspektive WGL auch die Kooperation mit der Universität sowie Lehre und Nachwuchsförderung von Bedeutung. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten in einer zunehmenden Zahl von Projekten mit Kolleginnen und Kollegen der Universität Hamburg zusammen. Besonders hervorzuheben ist die Beteiligung des IFSH am Exzellenzcluster „Integrated Climate System Analysis and Prediction“ (CLISAP) und der Antragstellung für einen Fortsetzungsantrag ab 2012. Der Masterstudiengang „Master of Peace and Security Studies“, den das IFSH gemeinsam mit der Universität Hamburg betreibt, wurde von den externen Experten bei der Beratung des IFSH im April 2011 als besonders gelungene Verbindung von Forschung und Nachwuchsförderung bezeichnet. 24 Absolventinnen und Absolventen machten 2011 ihren Abschluss. Das Promotionsprogramm am IFSH wird stärker mit verschiedenen Graduiertenschulen der Universität Hamburg verknüpft, insbesondere der der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, aber auch der Hamburg International Graduate School for the Study of Regional Powers (HIGS) und der School of Integrated Climate System Sciences (SICSS). 2011 waren zwei Promotionen zu verzeichnen, für 2012 ist eine höhere Zahl zu erwarten.

Für den Erfolg eines Instituts wie des IFSH sind viele Faktoren verantwortlich. Zentral sind die Unterstützung der Freien und Hansestadt Hamburg und die Zusammenarbeit mit der Universität Hamburg. Darüber hinaus kooperiert das IFSH mit vielen wissenschaftlichen Partnern im In- und Ausland, so im Masterstudiengang Peace and Security Studies, in Projekten, Programmen und darüber hinaus. In diesem Jahr, in dem das IFSH seinen 40. Geburtstag feiert, haben wir ein knappes Dutzend Tagungen und Workshops organisiert, die überwiegende Zahl mit starker internationaler Beteiligung. Eine lange und gute Kooperation ist die mit der Bundeswehr, die seit vielen Jahren Offiziere mit voller wissenschaftlicher Freiheit an das Institut entsendet. Schließlich muss das Engagement und die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH Erwähnung finden. Kontinuität und Erneuerung in einem hoch motivierten Team werden auch in Zukunft Grundlage für den Erfolg der Arbeit des IFSH bleiben.

Februar 2012
Michael Brzoska



1.1 Vortrag zum 40-jährigen Bestehen des IFSH

Detlef Bald*



40 Jahre Hamburger Friedensforschung. Das IFSH (1971 – 2011)

Ein beachtlicher, ein beachtenswerter Weg wurde vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg beschritten, 40 Jahre Institut, eine lange Geschichte – wer hätte bei der Gründung am 11. Juni 1971 an diese Zukunft des IFSH gedacht? Vor 40 Jahren, als das Institut im Herbst 1971 „seine Tore geöffnet“ hatte, begleiteten die ersten drei Wissenschaftler des Hauses den „Start vom Punkt Null“ enthusiastisch mit größter Hoffnung – wie in einer freundschaftlich verbundenen großen Familie.¹ Das war am Anfang, als das Institut, stromabwärts und abgeschieden in den malerischen Wäldern der hügeligen Uferhänge der Elbe hinter Blankenese gelegen, am Falkenstein aufgebaut wurde.

Hamburg wurde seinem Ruf gerecht, eine dem Handel über die Meere zugewandte, weltoffene Stadt zu sein, als es dieses Projekt eines „Spezialinstituts“ anging, „sich um die Lösung weitgespannter Fragenkomplexe der Gestaltung der Zukunft“ zu bemühen; das war in der Hochzeit des Kalten Krieges und der nuklearen Bedrohung mehr als notwendig. Nur Frieden konnte Zukunft gewähren, Handel benötigt Frieden. „Zukunftsforschung“: die „vielen Einzelfragen der Sicherheitspolitik wissenschaftlich erarbeiten zu können“ – so stellte sich die Hansestadt mit klarer Aussage an die Spitze der Wissenschaftspolitik in Deutschland und legte ein Konzept „der freien Grundlagenforschung“ von „überregionaler Bedeutung“ vor. Sie stellte sich in eine bekannte Tradition: „Die Hansestädte sind ein gutes Pflaster für Friedenspolitik.“² Lapidar wurde festgestellt, diese Metropole „eignet sich besonders gut als Standort für ein derartiges Spezialinstitut“.³ Das klang ein wenig euphorisch und entsprach der Hoffnung zu Beginn der Planungen im Oktober 1969, das IFSH bald zu eröffnen, bevor stadtpolitische Auseinandersetzungen eine doch längere Gründungsphase verlangten.

Das Institut feierte im Herbst 2011 das Jubiläum seines 40-jährigen Bestehens. Die Glückwünsche dazu sind berechtigt: Das Institut hat breite Forschung betrieben und die Friedens- und Konfliktforschung mit reichen Impulsen vertreten und vorangetrieben; es hat in die wissenschaftlichen Nachbardisziplinen hineingewirkt, in Deutschland hat sein Name einen guten Klang und verbürgt anerkannte Reputation. International ist es hoch respektiert – schon Anlass genug Dank zu sagen, dem ganzen Haus, den Kolleginnen und Kollegen, die es eigentlich gestaltet haben. Sie haben die Leistungen erbracht und den Ruf des IFSH begründet; sicher gab es einige, die es mehr prägten als andere. Doch einzelne Personen und Leistungen in diesem Zusammenhang hervorzuheben hieße auch, andere zurückzusetzen. Sie alle mit ihren Leistungen zu würdigen, müsste an anderer Stelle und systematisch geschehen.

Und doch sehe ich mich verpflichtet zu sagen: Dieses Institut wäre ohne seine ehemaligen Direktoren nicht zu dem geworden, was heute Anlass ist zu erinnern. Die jeweils ganz eigenen, die starken Persönlichkeiten mit Weitblick und Courage, mit Weltläufigkeit und Kompetenz: Wolf Graf von Baudissin, Egon Bahr und Dieter S. Lutz – ihre Namen sind mit diesem Haus und seiner Geschichte aufs innigste verbunden. Ihre Autorität beruhte auf analytischen, realistischen und zugleich visionären Eigenschaften, die faszinierten. Sie haben Identität und Präsenz geschaffen; sie haben Entwicklungen vorangetrieben oder auch nur großzügig zugelassen. Sie haben die Freiheit der Forschung geschützt und haben sich der Öffentlichkeit gestellt – und doch oft genug auch vor die Mit-

* Dr. Detlef Bald, vormals Wissenschaftlicher Direktor für „Militär und Gesellschaft“ am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, ist Historiker, Politikwissenschaftler und Publizist.

1 BDZ (Baudissin Dokumentationszentrum, Hamburg) 803001 Gräfin Dagmar Baudissin an B., 26. Nov. 1971.

2 Gernot Erler: Friedenspolitisches handeln vor dem Hintergrund regionaler und globaler Herausforderungen, in: Hans Kloft (Hg.): Friedenspolitik und Friedensforschung. Die Friedensnobelpreisträger aus Deutschland, Berlin 2011, S. 79.

3 BDZ 809133 Freie und Hansestadt Hamburg, Schulbehörde an Stiftung Volkswagenwerk, 16. Okt. 1969.



arbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie haben dem IFSH Form und Format gegeben. Es ist schon ein Glück, dass es sie gab.⁴

Zum politischen Impuls des Bundespräsidenten

Was bot vor 40 Jahren den Anlass für wissenschaftliche Innovationen, was führte zur Gründung des Instituts? Es war eine Zeit politischer Unruhe, eine historische Wende in der noch jungen Geschichte der Bundesrepublik zeichnete sich ab. Gustav Heinemann, der erste sozialdemokratische Bundespräsident in Bonn, hatte in seiner Antrittsrede vor Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1969 gerade für Verständigung nach Osten und Entspannung in der Außen- und Sicherheitspolitik geworben und ausgeführt: „Ich sehe als erstes die Verpflichtung, dem Frieden zu dienen. Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.“⁵

Heinemann ließ aufhorchen mit der Mahnung, „Frieden“ ernst zu nehmen und für die aktuelle Politik grundlegend anzunehmen. Seine berühmte Formel vom „Ernstfall Frieden“ aber „ermutigte“ auch Baudissin und gab den Anstoß, dieses Friedensforschungsinstitut aufzubauen.⁶ Genau diese Intention verfolgte Heinemann, als er für Deutschland forderte: „Hilfreich wäre es, wenn auch wir der Friedensforschung, das heißt einer wissenschaftlichen Ermittlung nicht nur der militärischen Zusammenhänge zwischen Rüstung, Abrüstung und Friedenssicherung, sondern zwischen allen Faktoren, also z.B. auch den sozialen, den wirtschaftlichen und den psychologischen die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden würden.“

Dieses Monitum des Bundespräsidenten bewegte die Gemüter, es führte innenpolitisch zu einem Aufruhr der Abgrenzung in der Gesellschaft und emotionalisierte die parteipolitischen Kontroversen, besonders zu einer scharfen Gegnerschaft in der Bildungspolitik. In militärischen und konservativen Kreisen wurde Heinemanns Rede vom „Ernstfall Frieden“ geradezu als ungeheuerliche Provokation empfunden, während er in der seinerzeit hochgradig politisierten Bevölkerung mit der Zustimmung vieler Zeitgenossen rechnen konnte. Angesichts des verbreiteten Bewusstseins, Sicherheit im Atomzeitalter sei nur unter den Bedingungen einer militärischen Eskalation hin zum Atomkrieg zu gewährleisten, musste es die alles überragende Aufgabe der Politik sein, eine solche Katastrophe zu verhindern. Millionen von Menschen fühlten sich durch die Worte Heinemanns in ihrer Sorge um die Sicherheit gegenüber dem Abschreckungsfrieden der nuklearen Bedrohung ernst genommen.

Der Bundespräsident hatte das deutsche Defizit der Friedensforschung zu Recht angesprochen, da sie in anderen Ländern längst universitär etabliert und politisch respektiert war. Die Explosion der ersten Atombombe 1945 bildete die Zäsur. Amerikanische Naturwissenschaftler hatten vor diesen Zerstörungspotenzialen gewarnt und suchten sie einzuhegen.⁷ Noch verhallte der Ruf von Albert Einstein einsam, im Zeitalter der Nuklearwaffen benötige die Wissenschaft ein substanziiell neues Denken, eine neue Denkungsart, wenn die Menschheit überleben wolle. Friedensforschung ist daher an eine Friedensethik gebunden, die mit dem Atomzeitalter verknüpft ist. Erstmals in der Geschichte konnten seit Hiroshima militärische Zerstörungspotenziale – eine ungeheuerliche, globale Dimension – die Vernichtung der Menschheit bewirken.

Mahnende Worte, große Reden und Proklamationen sowie wichtige Bücher, die warnend auf die nukleare Aufrüstung hinwiesen, hatten die fünfziger Jahre begleitet. Doch die Wissenschaften blieben außen vor. Nicht zufällig signalisiert daher die Rede von Carl Friedrich von Weizsäcker aus dem Jahre 1963 über die „Bedingungen des Friedens im technischen Zeitalter“ einen Einschnitt und gilt manchen als Beginn der friedenswissenschaftlichen Arbeiten einzelner Forscher.⁸ Zu ihnen gehörten einige Namen, die schon in den sechziger Jahren mit Publikationen hervortraten und be-

4 Vgl. Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, hrsg. aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens des IFSH, Hamburg 1997.

5 Gustav W. Heinemann: Reden und Interviews, Bd. I, Bonn (o.J.), S. 9ff.

6 BDZ 809109 Wolf Graf von Baudissin, Abschiedsvorlesung an der Universität der Bundeswehr Hamburg, 18. Juni 1986, S. 30.

7 Vgl. Detlef Bald: Hiroshima 6. August 1945. Die nukleare Bedrohung, München 1999, S. 29ff.; Ekkehart Krippendorff (Hg.): Friedensforschung, Köln 1974; Corinna Hauswedell: Friedenswissenschaften im Kalten Krieg. Friedenswissenschaften und friedenswissenschaftliche Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren, Baden-Baden 1997, S. 37ff.

8 Abgedruckt in: Carl Friedrich von Weizsäcker: Der bedrohte Frieden. Politische Aufsätze 1945-1981, München 1983, S. 125ff.



deutsam für die damalige Orientierung in Theorie und Diskussion in den Politik-, Sozial- und Geisteswissenschaften wurden: Horst Afheldt, Ernst-Otto Czempel, Theodor Ebert, Erhard Forndran, Egbert Jahn, Karl Kaiser, Ekkehart Krippendorff, Georg Picht, Dieter Senghaas, Fritz Vilmar – und natürlich ist ebenso Johan Galtung zu nennen, der auch in den folgenden Jahrzehnten gerade hier am IFSH seinen Beitrag leistete, Strukturen von Gewalt im Ost-West-Konflikt zu begreifen, aber auch hervortrat, um den Blick auf die Macht des Nordens gegenüber dem Süden zu richten.⁹

Graf Baudissin – ein General für den Frieden

In Hamburg wurde der erste Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik nicht zufällig berufen. Sicher, er war Generalleutnant auch an führender Stelle in der NATO gewesen – was wohl keine hinlängliche Qualifikation für ein Institut der Sicherheitspolitik, erst recht nicht der Friedensforschung ist, wenn man die übliche sicherheitspolitische Kompetenz von Offizieren im Generalstabdienst annimmt. Doch Wolf Graf Baudissin war anders. Er war gewiss kein militärischer Handlanger, kein Techniker der Gewalt. Er kann auch nicht angemessen als militärischer Querdenker oder intellektueller Vordenker bezeichnet werden – wie man gerne ungewöhnliche Fähigkeiten umschreibt. Das trifft nicht den Kern, warum es eine glückliche Fügung war, dass er Gründungsdirektor des IFSH wurde. Ihn zeichnete ungewöhnliche Sachkenntnis in rebus militariis wie kaum einen anderen aus. Das gilt zunächst für die sicherheitspolitische Analyse, die er in den frühen sechziger Jahren in Bonn kennenlernte, militärische Profession mit wissenschaftlicher Expertise zu unterlegen und zu prüfen. Er war beeindruckt vom Vorbild der direkten Politikberatung in den USA, wissenschaftliche Kompetenz zu bündeln, um politische Probleme der Sicherheit und Rüstung zu lösen. Dort hatte gerade John F. Kennedy in Washington vorgemacht, die bipolare Konfrontation durch Kooperation wissenschaftlicher Experten (erste Pugwash-Konferenz in Moskau 1960)¹⁰ abzubauen, um wechselseitiges Vertrauen aufzubauen. Eigene Schlüsse aus diesen Ergebnissen zog ein umtriebiger junger Politiker, der als Hamburger Innensenator das damals beste Buch zur Bündnispolitik verfasst hatte.¹¹ Helmut Schmidt suchte in Bonn die sicherheitspolitischen Verkrustungen durch Expertenrunden aus Politik, Militär und Wissenschaft aufzubrechen; Nutzen und Vorteil hatten die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ sowie die „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“. Schmidt, einer der Initiatoren, lernte dabei Graf Baudissin kennen, der ebenso, um nur einen weiteren zu nennen, nämlich Carl Friedrich von Weizsäcker in der folgenden Zeit zu den vertraulichen Gesprächskreisen in Hamburg um Marion Gräfin Dönhoff eingeladen wurde.¹²

Mit einer brisanten Veröffentlichung hatte Baudissin als aktiver General seine sicherheitspolitische Kenntnis sowie friedensethische Grundhaltung schon 1962 zu erkennen gegeben, als er das atomare Kriegsbild in Konsequenz an sein Ende führte und die alles vernichtende „Totalität“ des Krieges mit den berühmt gewordenen Worten brandmarkte: „... von da an herrscht Friedhofsruhe“.¹³ Klar zeigte er auf, Verteidigung mit Atomwaffen bedeutet Selbstvernichtung. Baudissins skeptische Haltung wäre ohne seine verantwortungsethische Fundierung kaum zu begreifen, die ihre Nähe zur alten protestantischen, lutherisch geprägten Lehre spüren lässt, dass ein Land sich verteidigen könne, aber dass es dem Frieden verpflichtet sei. Dies hatte sich bei seiner Mitwirkung an den „Heidelberger Thesen“ von 1959 bereits gezeigt, als die evangelische Kirche den Atomwaffeneinsatz nicht mehr als Ultima Ratio der Verteidigung bezeichnete, sondern nuklear gestützte Verteidigung nur „noch“ als ein Mittel der Friedenssicherung eingrenzte: Politik habe dem Frieden zu dienen und

9 Vgl. Ulrike C. Wasmuth: Geschichte der deutschen Friedensforschung. Entwicklung – Selbstverständnis – Politischer Kontext, Münster 1998, S. 117ff.

10 Vgl. Bernd W. Kubbig: Kommunikatoren im Kalten Krieg. Die Pugwash-Konferenzen, die US-Sowjetische Studiengruppe und der ABM-Vertrag, Frankfurt/M. 1996.

11 Vgl. Helmut Schmidt: Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der Verteidigung, Stuttgart 1961 und später: Strategie des Gleichgewichts, Stuttgart 1969.

12 Vgl. Detlef Bald: Politik der Verantwortung. Das Beispiel Helmut Schmidt. Der Primat des Politischen über das Militärische 1965-1975, Berlin 2008, S. 70 ff.

13 Wolf Graf von Baudissin: Das Kriegsbild, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 12/1962, S. 370f.; vgl. Axel Gablik: „... von da an herrscht Friedhofsruhe.“ Zum Realitätsgehalt Baudissinscher Kriegsbildvorstellungen, in: Martin Kutz (Hg.): Gesellschaft, Krieg und Frieden im Denken von Wolf Graf von Baudissin, Baden-Baden 2004, S. 45ff.



diese Atomwaffen abzurüsten.¹⁴ Doch die angestrebte neue Denkungsart, die nukleare Verteidigung weiter zu ächten, blieb weiterhin eine friedenspolitische Aufgabe.

Die lange Gründungsphase

Als Baudissin dann im Oktober 1969 den Lehrauftrag über „moderne Strategie“ an der Universität Hamburg übernahm, bot er eine akademische „Beschäftigung mit strategischen Fragen“ an, die „nichts anderes sein“ sollte, wie er betonte, „als ein bescheidenes Korrelat zur Friedensforschung“.¹⁵ Zu diesem Zeitpunkt und drei Monate nach der Rede Heinemanns – am 22. September 1969 – stellte er den Antrag an die Stiftung Volkswagenwerk für den Aufbau des, so lautete seine Namensgebung, „Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg“. Er warf den ersten Stein ins Wasser, der weitreichende Wellen erzeugte. Hamburg schloss sich dieser Initiative am 16. Oktober mit einem vollständigen Konzeptantrag an; nach intensiven Erörterungen zwischen der Behörde und Baudissin wurden Ausrichtung und Struktur des Instituts umrissen. Erstmals wurde der bis heute gültige Name des Instituts in einem Schreiben der Stadt Hamburg an den Rektor der Universität am 9. Dezember 1969 benannt: „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg“.¹⁶ Der akademische Senat stimmte diesem übermittelten Vorhaben am 12. Februar 1970 zu.¹⁷

Der Gründung des IFSH stand zu diesem Zeitpunkt eigentlich nichts mehr im Wege. Zudem legte der Wissenschaftsrat im Mai seine Empfehlungen zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung vor. Aber in Hamburg ging es nicht voran. Baudissin, dem zwar von allen Seiten persönliche Integrität bescheinigt wurde, gab den Anlass oder, besser gesagt, er bot den Anlass, gewissermaßen vor Ort die bundespolitischen Auseinandersetzungen um die Entspannungspolitik auszutragen.¹⁸ Schon mit der ersten Vorlesung war Baudissin in den zeitgenössisch mächtigen Sog inszenierter, intriganter und ideologischer Querelen von links und rechts geraten. Die universitäre Kontroverse fand eine feinsinnig mitgetragene, doch verdeckte Rückendeckung bei jüngeren, pazifistischen Abgeordneten innerhalb der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft.¹⁹ Diese Fraktion selbst war zudem gespalten, den Älteren ging Baudissin mit seinem Anliegen der Rüstungsbegrenzung viel zu weit. Der „General“ wirkte bei ihnen nicht vertrauensbildend, sie misstrauten dem Friedensforscher. Den wichtigsten öffentlich und politisch wirksamen Widerstand gegen die Forschungskonzeption des Instituts trug allerdings in der CDU-Fraktion Erik Blumenfeld vor, der zum prominenten Sprecher gegen die Friedensforschung in Hamburg avancierte.

Die Proteste bewirkten lähmenden Stillstand, die vorgesehene „umgehende“ Errichtung der Stiftung des IFSH wurde auf „demnächst“ verschoben.²⁰ Die konservative Opposition gegen die Ausweitung von Wissenschaft und Bildung an den Universitäten war in der Bonner Republik typisch für die hitzigen Kontroversen um die Lösung der deutschen „Bildungskatastrophe“, die Georg Picht erkannt hatte.²¹ Bildung war zum Streitpunkt der Parteipolitik auf allen Ebenen geworden, so auch in Hamburg. Das Fazit kann gezogen werden: Bildungs- und Forschungspolitik führte, wie im Fall der Gründung des IFSH, zu einer hochbrisanten Kontroverse. In der Geschichte des Instituts war dies 1970 das erste Mal, es sollte nicht bei diesem einen Fall bleiben.

Das Ringen um das IFSH passt zum Gesamtbild des gesellschaftlichen Streits um Sicherheit, dass die Friedens- und Konfliktforschung unter der heftigen Gegnerschaft jener konservativen Politiker

14 Vgl. den Beitrag von Graf Baudissin: Bemerkungen zu den Heidelberger Thesen, in: Detlef Bald (Hg.): Europäische Friedenspolitik. Ethische Aufgaben, Baden-Baden 1990, S. 31ff., vgl. dort S. 103ff.

15 BDZ 68, 12 1/1 Wolf Graf von Baudissin: Warum ich über Strategie lese (Die Zeit, 1. Nov. 1968). Baudissin war zunächst an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, dann in der Politikwissenschaft im Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften.

16 BDZ 809133 Freie und Hansestadt Hamburg, Schulbehörde an Stiftung Volkswagenwerk, 16. Okt. 1969; BDZ 184002 Egon Bahr erklärte bei seiner Einführung als Institutsdirektor, auch Carl Friedrich von Weizsäcker habe sich für die Gründung des IFSH engagiert.

17 Protokolle des Akademischen Senats, vgl. Wasmuht: Geschichte, S. 255.

18 Vgl. Michael Staack (Hg.): Zur Aktualität des Denkens von Wolf Graf von Baudissin. Innere Führung, Hamburg 2011. Zu den Lehrveranstaltungen S. 27f.

19 BDZ 7132 Manuskript einer Sendung von Bernhard Würdehoff, NDR, 1. März 1971.

20 BDZ 71323 Behörde für Wissenschaft und Kunst an Graf Baudissin, 1. März 1971.

21 Die Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik hatte ihre beharrenden Seiten zu Beginn der 1950er Jahre schon gezeigt, als sich Kultusministerien und Universitäten weigerten, die Politikwissenschaft einzuführen. Erst nach dem Druck der Besatzungsmächte wurden die Lehrstühle und Institute in Berlin, Frankfurt, Freiburg und München eingerichtet.



und Publizisten litt, die im Wesentlichen in militärischer Stärke den wichtigsten Faktor der Friedenssicherung sahen. Sie interpretierten das Nachdenken über den Abbau von Feindbildern, über beidseitige Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung, über blockübergreifende Kooperation sowie über Konzepte einer neuen europäischen Sicherheitsordnung tendenziell als Anzeichen politischer Schwäche und bekämpften sie.

Die Gründung des IFSH

Am 11. Juni 1971 war es soweit: Die Satzung der Stiftung „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg“ wurde erlassen und unterzeichnet. Weit wurden die Aufgaben gestellt, sich „im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen.“ Dann wurde noch detailliert festgehalten: „Probleme der Friedenssicherung“ sowie „sicherheitspolitische Studien unter spezifisch europäischen und deutschen Aspekten“.²²

Betrachtet man diesen Katalog der Satzung aus heutiger Sicht, fällt die starke Konzentration auf die sicherheitspolitische Forschung zum Frieden hin auf. Die Kriterien der Wissenschaft, Unabhängigkeit der Arbeit sowie Kritikfähigkeit der Resultate durch Offenlegen der Ergebnisse, wurden ausdrücklich aufgeführt: freie Forschung und Lehre nur in Verbindung mit dem Prinzip, die angefertigten Analysen und die angefallenen Erkenntnisse der Projekte zu publizieren. Etwas Zusätzliches, über den normalen wissenschaftlichen Kanon hinausgehend, ist in dem Auftrag zu erkennen, in die Öffentlichkeit hinein zu wirken. Alle möglichen Medien werden beinahe enumerativ aufgeführt. Dies kann als gesellschaftlich einmalige Verpflichtung und als öffentliche Verantwortung gegenüber Stadt und Land, eine besondere Verantwortung gegenüber Politik und Gesellschaft begriffen werden; sie sollte nicht vernachlässigt werden. Sie setzt der Arbeit des IFSH einen bemerkenswerten Akzent; sie ist eines ihrer Markenzeichen. Dieser Auftrag an das Institut sollte gepflegt werden.

In jenen Jahren des Institutsaufbaus, kurz bevor Dieter S. Lutz 1976 als Stellvertretender Direktor von Volker Rittberger in Tübingen nach Hamburg kam, fand ich das erste Mal den Weg ans IFSH. Ich muss gestehen, als ich nach Blankenese fuhr, hatte ich kein sicheres Bild vom Institut. Wohl wusste ich, da ich mich für die Bildungsreform der Bundeswehr engagierte, welch großer Ideengeber der Inneren Führung und des militärischen Bildungskonzepts Graf Baudissin gewesen war,²³ doch seine Haltung in der Sicherheitspolitik sollte ich noch kennenlernen. Immer noch kursierten bildungspolitisch gestreute Diffamierungen gegen die Friedens- und Konfliktforschung an den Universitäten, also auch gegen das IFSH; daneben die Distanz der 68er – und anderer Radikalen der Studentenbewegung gegenüber dem Thema Militär überhaupt.

Wohin führte mich der Weg am Falkenstein: zu einem geheimen Ableger des Bundesnachrichtendienstes auf ehemaligem Militärgelände oder wirklich, wozu ich eingeladen war, zu einem wissenschaftlichen Institut der Friedensforschung? Nicht einmal die jüngste Geschichte war bekannt, dass in der Zeit, bevor das Institut am Falkenstein einzog, der Hamburger Katastrophenschutz in diesem Haus seine Zentrale eingerichtet hatte und von dort Hamburger Geschichte geschrieben wurde: Während der bedrohlichen Flutkatastrophe hatte damals Innensenator Helmut Schmidt die entsprechenden Kommunikationsmittel genutzt, als er seine Einsatzleitung hier aufgeschlagen hatte. Die historische Wirklichkeit entsprach überhaupt nicht den Unterstellungen. Das wusste ich noch nicht, als ich der Einladung von Graf Baudissin an sein Institut für Friedensforschung folgte, um über Probleme der deutschen nuklearen Bündnis-Sicherheitspolitik zu sprechen. Als ich mich dem weiten Aufgang des großzügig angelegten, gediegenen Anwesens am Falkenstein näherte und die friedliche Atmosphäre wahrnahm, die jeden Besucher einladend umfing, dachte ich: Was für ein idealer Ort zu forschen! Und die Anschrift „Falkenstein“ – nomen est omen – konnte nur die Botschaft sein: mit klarem Auge die Dinge scharf in den Blick nehmen.

22 BDZ 790202 Satzung der Stiftung, § 2, Hamburg, 11. Juni 1971.

23 Vgl. Detlef Bald: Die Bundeswehr 1955-2005. Eine kritische Geschichte, München 2005.



Etappen der Institutsentwicklung

Die Ruhe und Beschaulichkeit waren dem IFSH jedoch nicht auf Dauer vergönnt. Zweimal wurde das IFSH in seiner Geschichte durchgeschüttelt, war jeweils in seiner Konstitution betroffen, wurde um- und ausgebaut wie die gesamte Friedensforschung. Das erste Mal herrschte die breite Akzeptanzkrise der nuklearen Nachrüstung in Politik und Gesellschaft: die große Friedensbewegung der 1980er Jahre. Fachexpertise wurde gesucht – vielleicht für Lösungen oder auch zur Legitimation durch Wissenschaft. Sicherlich lag hier am Institut Kompetenz, Modelle der Rüstungssteuerung praktikabel weiter aufzubereiten und den verflixten Datensalat der Waffenarsenale zu ordnen. Doch Politik wollte mehr. Schon 1981 wurde politischer Druck derart stark ausgeübt, dass der sonst eher Freundlichkeit verbürgende Graf Baudissin diese Ansprüche, in die Forschung einzugreifen, gegenüber dem Bürgermeister schroff zurückwies. Er werde „ein technokratisches Institut für Abrüstungsfragen“ ähnlich dem in Ebenhausen, das für Politik und Kanzleramt vertrauliche Gutachten liefere, nicht mittragen.²⁴

Nach einem Jahr Verhandlungen gelang dann ein Konsens: Einerseits würde das Institut die Aufgaben hinsichtlich „Abrüstungspolitik in Europa fortentwickeln“²⁵ und andererseits gab Hamburg die Zusage, die Zahl der Mitarbeiter etwa zu verdoppeln und den Institutshaushalt um die Hälfte zu erhöhen. Damit hatte die alte Klage Baudissins Erfolg, die personelle Ausstattung des IFSH sei „hängengeblieben“²⁶. Das entsprach den Sachverhalten und den Empfehlungen zur inhaltlichen Ausrichtung der Schwerpunkte, die der Wissenschaftsrat im Mai 1983 vorlegte: „Diese insgesamt begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen sind nicht hinreichend, die bestehenden Forschungslücken zu existentiellen Fragen der Friedenspolitik zu füllen [und, DB] umsetzungsfähige Vorschläge zu erarbeiten...“. IFSH und Stadt begrüßten diese Entwicklung, das Thema „kooperative Rüstungssteuerung“ in neuen Projekten „unter Berücksichtigung spezifisch europäischer und deutscher Aspekte“ anzugehen.²⁷

Die zweite große Unruhe- und Prüfungsphase des IFSH liegt keine zehn Jahre zurück. Auf den Bologna-Prozess und die Pisa-Bildungskatastrophe reagierte das Institut zeitgemäß; Dieter S. Lutz mobilisierte die Kräfte. Unter seiner Leitung wurden die universitäre Lehre und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses strukturell intensiviert. Das Doktorandenseminar fand mehr und neue Aufmerksamkeit, aber mit Priorität wurde der Masterstudiengang (M.P.S. – Peace and Security Studies) entworfen und bereits im Wintersemester 2002 gestartet. Alles schien gut gefügt und in Gang gesetzt, wenn nicht die Politik wieder ihr Spiel mit der Bildungspolitik getrieben hätte. Eine veränderte politische Konstellation im Rathaus erzeugte Irritationen über die Zukunft des Instituts, was, von außerhalb Hamburgs betrachtet, kaum sachlich begründet, sondern wie ein Rückfall in jene Verhältnisse zu sein schien, als sich drei Jahrzehnte zuvor „rechte“ Politik gegen kritische Wissenschaft stellte. Gleichwohl, die fachliche Leistung des Instituts fand Anerkennung. Dank der nicht versiegenden Überzeugungskraft von Reinhard Mutz, der die Institutsbelange verantwortete, gelang es, dem IFSH die notwendige Luft zu erhalten, um zu arbeiten, zu forschen und zu lehren. Es gab dann erneut die Stabilisierung, es folgte eine programmatische Erneuerung und institutionelle Stärkung, als im Frühjahr 2007 das Forschungszentrum „Beim Schlump“ im Bereich der Universität bezogen wurde.

Freie und angewandte Friedensforschung

Das Institut hat von Anbeginn an die Bedingungen der Wissenschaft erfüllt. Innerhalb weniger Jahre konnte es zu einem Dialogpartner von internationalem Rang wachsen, auf der Bühne akademischer Kritik und Konkurrenz war es exzellent etabliert, die Leistung hoch, die Erwartungen mehr als erfüllt. Diese Würdigung gilt auch, wenn wir einen Blick werfen auf das andere große deutsche Institut in Frankfurt, wo etwa zeitgleich, am 30. Oktober 1970, die „Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ das Licht der akademischen Welt erblickte. Es hatte, recht betrachtet, ei-

24 BDZ 790203 Wolf Graf Baudissin an Klaus von Dohnanyi, 18. Febr. 1982.

25 Regierungserklärung des 1. Bürgermeisters, 23. Febr. 1983.

26 Wolf Graf Baudissin: Probleme der Friedensforschung, in: Peter Lock (Hg.): Frieden als Gegenstand der Wissenschaft, Frankfurt/M. 1982, S. 9.

27 BDZ 184006 Senatsdrucksache (über den Ausbau des IFSH, Sept. ? 1983). Im Haushaltsansatz für das Institut wurden fünf weitere Stellen für Wissenschaftler vorgesehen.



nen vergleichsweise leichteren, günstigeren Beginn. Ihr besonderes Startkapital zeichnete sich aus durch einige, in der internationalen Politik bewanderter und bereits ausgewiesener, universitär integrierter Wissenschaftler wie Ernst-Otto Czempel, Klaus-Jürgen Gantzel, Hans Nicklas und Dieter Senghaas. Auch wenn die HSFK ihrer Arbeit einen breiteren Friedensbegriff zugrunde legte, gehörte zu ihrem Aufgabenspektrum auch eine klare Praxisorientierung. Sie sollte innovativ „Transformations- und Lösungskonzepte entwickeln“.²⁸ In der Rüstungsdynamik des Ost-West-Konflikts suchte man in Frankfurt mit Lösungsvorschlägen Politik „beeinflussen“ zu können.²⁹ Ähnlich untersuchte man in Hamburg die „kooperative Transformation des europäischen Systems internationaler Beziehungen“, wie die Hamburger Bürgerschaft zufrieden feststellen konnte.³⁰

Politikberatung stand bei beiden Instituten auf der Agenda. Von Anbeginn an gehörte Praxisorientierung zur Friedens- und Konfliktforschung – um einer politischen Kultur des Friedens zu dienen. Beim Besuch beider Institute konnte man in den Jahren leicht hören, wie subtil man hier metatheoretische und methodische Diskurse führe oder im Unterschied dazu dort inhaltliche Phasen und thematische Setzungen erkenne, um die spezifische Andersartigkeit von IFSH und HSFK zu zeichnen. Diese Wertung der eigenen Standortbestimmung sollte man sorgsam beachten, aber nicht überschätzen. Denn manche Entwicklung erklärte sich ganz einfach, da oder wenn aus pragmatischen oder persönlichen Gründen der einzelnen Wissenschaftler ein Thema einfach aus der realen zeithistorischen Politik wählte.

Praxisbezug also konstituierte von Anfang an die Friedens- und Konfliktforschung. „Alles hat seine Zeit“, wie Dieter Senghaas die Phasen und die Aktivitäten der Friedensforschung einordnete, auch die Beratung politischer Entscheidungsträger und die politische Praxisorientierung.³¹ Graf Baudissin war dafür offen, er hatte Erfahrung darin gesammelt. So war es neben Aufklärung auch sein Anliegen, wenngleich auch Skepsis hinsichtlich der Wirkung und Reichweite bezüglich der Politikberatung aufschimmert. Realistisch wie er war, befürchtete er eher „einen langen, mühseligen Transformationsprozess voller Rückschläge“. Doch er sah ihre Chancen, wenn sie „zu vertieftem Verständnis von Ursachen, Abläufen und Regelungen von Konflikten führt und bestehende Konfliktlösungsmuster zur Diskussion stellt, liefert sie Beurteilungsmaßstäbe und Entscheidungshilfen, die für eine problembewusste politische und militärische Führung von großer Bedeutung sein können.“³²

Aus diesen Formulierungen ist wenig Zuversicht zu spüren. Allein im Konjunktiv schimmert ein wenig Hoffnung mit, während Graf Baudissin doch zur gleichen Zeit Kanzler Schmidt beratend zur Seite stand, in Helsinki den Korb der „Vertrauensbildenden Maßnahmen“ für die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit 1974 zu schnüren. In Maßen legte Graf Baudissin allerdings darauf großen Wert, da er überzeugt war, die internationale beidseitige Kooperation der Experten der Militärelite würde die Mauern des Antagonismus in den Köpfen abbauen und die alten Denkschemata unterminieren.³³ Das würde auch in der Bundesrepublik wirken und der Bundeswehr helfen. Der Erfolg konnte langsam keimen und beitragen, das „Instrument kooperativer Rüstungssteuerung“ in der Diplomatie und den Militärbürokratien voranzubringen.³⁴

Als dann Egon Bahr 1984 die Verantwortung im Institut übernahm, lagen die Schatten der heißen Phase der nuklearen Aufrüstung über Europa. Kennzeichen dieser Jahre waren Proteste gegen Atomrüstung mit großen gesellschaftliche Turbulenzen und beeindruckenden Demonstrationen der Friedensbewegung ebenso wie die nicht endenden Expertisen der Friedensforschung über nukleare Szenarios und Siegstrategien durch Atomwaffeneskalation – nebenbei ein Thema, das nicht aus der Welt ist. Es berührt auch Deutschland immer noch direkt; auch 2011 besteht die Bundesregierung auf der Teilhabe von Atomwaffen für die Bundeswehr und für die NATO-Strategie. Dieser Thematik wird in der Friedensforschung gegenwärtig viel zu wenig Beachtung geschenkt.

28 Verfassung der HSFK, zitiert nach Wasmuht: Geschichte, S. 243.

29 Gert Krell: Friedensforschung in Hessen. Zur Geschichte und Entwicklung der HSFK, Frankfurt/M. 1987, S. 16.

30 BDZ 150006 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Protokolle, 8/2118, S. 3 (Fünf Jahre IFSH).

31 Dieter Senghaas: Der Frieden und seine Erforschung. Bilanz eines halben Jahrhunderts Friedensforschung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 35, 12/2010, S. 85.

32 BDZ 157001 Wolf Graf Baudissin an N., 12. Aug. 1974.

33 Vgl. Detlef Bald: Hiroshima 6. August 1945. Die nukleare Bedrohung, München 1999, S. 152.

34 Wolf Graf Baudissin: Vertrauensbildende Maßnahmen als Instrument kooperativer Rüstungssteuerung, in: Jost Delbrück, Norbert Ropers, Gerda Zellentin (Hg.): Grünbuch zu den Folgewirkungen der KSZE, Köln 1977.



Doch in den 1980er Jahren waren sektorale Aufrüstung, nukleare Selbstabschreckung, strukturelle Nichtangriffsfähigkeit Stichworte eines „Euroshima“, der nuklearen Vernichtung des Kontinents Europa wie in Hiroshima. Konventionelle Abrüstung und Denuklearisierung schimmerten am politischen Horizont der Hoffnung. Die Antwort auf diese Unübersichtlichkeit lag in der Besinnung auf Frieden und Stabilität. Die Erfahrungen mit „Wandel durch Annäherung“ inspirierten das Modell internationaler Kooperation für „Gemeinsame Sicherheit“ in einer neuen europäischen Friedensordnung. Das nahm Egon Bahr zum Auftrag, sein Jahrzehnt der Institutsleitung diesem Projekt eines europäischen Friedens vom Atlantik bis zum Ural zu widmen und dafür in der Politik zu werben. Die scheinbar so festgefügte Abschreckungsarchitektur des Kalten Krieges zeigte Risse, bevor die Säulen der Bedrohung endlich im Jahr 1990 zusammenbrachen. Egon Bahr fand in der europaweiten Demilitarisierung, um eine übergreifende Friedensordnung in ganz Europa anzulegen, einen Mitstreiter in Dieter S. Lutz. Er, der jahrelange Stellvertreter, übernahm 1994 die volle Verantwortung des IFSH. Festzuhalten ist, der Forschungsschwerpunkt der Transformation durch Kooperation in Europa begleitete das IFSH seit den ersten Tagen der 40-jährigen Geschichte bis heute; es ist ein Thema – weit über die OSZE hinausreichend – und wird eine tragende Säule des Forschungsprofils bleiben.

Bundeswehr im Forschungskonzept

Eine andere Säule der Aufgaben des IFSH lag in der Beachtung des spezifischen „deutschen Aspekts“ der Sicherheitspolitik, der Bundeswehr. Unter allen Friedensforschungsinstituten ist dies einmalig. Die Bundeswehr ist kein fernes Phänomen der Betrachtung, sondern konkreter Gegenstand der Begleitung, vor allem aber der wissenschaftlichen Analyse. Der Faktor Militär als Subjekt und Objekt der Sicherheitspolitik unterstreicht, dass Friedensforschung zur Sicherheitspolitik nicht auf Regierungshandeln oder Rüstungsdaten zu beschränken ist.

Graf Baudissin hat dieses Thema aus verständlichen Gründen nicht in den Vordergrund gestellt, zu sehr war „Bundeswehr“ mit seinem Namen verbunden. Daher konzentrierte er sich auf die übergeordnete bündnisbestimmte Strategie. Aber er hatte bei der internationalen Kooperation im Helsinki-Prozess doch den kleinen Nebenaspekt im Blick, in Deutschland ein „friedensbewusstes kritisches, mit Zivilcourage ausgestattetes Offizierskorps heranzubilden und auf diese Weise den im Atomzeitalter noch wichtigeren Aufgaben der Kriegsverhütung eine Grundlage im politischen System zu verschaffen.“³⁵ Als ehemaligem Soldat war Graf Baudissin die Problemebene, die allgemeine politische und internationale Kompetenz der Bundeswehroffiziere auszuweiten und ein höheres Niveau anzustreben, nur zu bewusst.

Aus langen Einblicken in die Arbeit des Instituts kann ich nur anerkennen, es ist eine eigene Art der Beziehung zur Bundeswehr entwickelt worden. Die gefundene Symbiose erscheint mir fruchtbar, natürlich auch nicht spannungsfrei, aber im Interesse beider Seiten fortzuführen. Aus der Forschungsperspektive eröffnet sich ein weites Betätigungsfeld. Gerade nach den Umbrüchen 1990/94 mit der Bildung der „Armee der Einheit“, dem Wegfall des Typs der Massenarmee zugunsten einer global interventionsfähigen „Armee im Einsatz“ ist sogar ein weites Feld an Problemen von Staat, Macht und Frieden gegeben, um einen eigenen Forschungsschwerpunkt zu konzipieren. Die Politik hat programmatisch Konturen der Macht aufgebaut, die herausfordern.

Die deutsche „Verantwortung in der Welt“ wurde von Bundeskanzler Helmut Kohl am Tag nach der Einheit am 4. Oktober 1991 proklamiert. Zwei Jahrzehnte später, im Mai 2011 hat Verteidigungsminister Thomas de Maizière die Konsequenzen in der Sicherheitspolitik dahin gezogen, es gehe um „Deutschlands Platz in der Welt“ und um die „Interessen als starke Nation in der Mitte Europas“. Was für ein nationalstaatlicher Kontext? Soll damit die postnationale Logik machtpolitischer Interessendefinition aufgegeben werden, die vor einem Jahrzehnt den globalen Interventionismus begründete, um mit militärischen Mitteln Menschenrechte und Humanismus global zu vertreten.³⁶ De Maizière stellte mit diesen Formulierungen fest: Deutsche „Streitkräfte sind unentbehr-

35 Jürgen Reusch: *Friedensforschung in der Bundesrepublik. Entwicklung, Positionen, Perspektiven*, Frankfurt/M. 1986, S. 88; die ersten eingestellten Mitarbeiter des IFSH waren Lothar Wilker, danach Rüdiger Jütte, Arno Burzig, Annemarie Große.

36 Vgl. die Diskussion zwischen Ulrich Beck: *Über den postnationalen Krieg*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 24, 8/1999, S. 984ff. und Jürgen Habermas: *Bestialität und Humanität*, in: *Die Zeit*, 29. April 1999; die Weiterentwicklung: Ulrich



liches Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik unseres Landes“. Dieser Stellenwert ist neu, zuvor so nicht vertreten. Ebenso überraschend gewann Bündnissolidarität den Wert einer „Staatsräson“ – so präzisierte er offiziell die Aufgaben der „Armee im Einsatz“.³⁷

Staatsräson, was heißt das? Deutsche Interessen müssen Gegenstand der Forschung sein, welche Interessen sind gemeint und wie stärken sie nachhaltig den Frieden in Europa? Welche Ethik kann oder soll Außenpolitik leiten – was will und bedeutet deutsche Staatsräson, gegenüber der NATO und nicht für Europa? Der Friedensauftrag des Grundgesetzes kann auch hier Anstoß sein und Maß setzen. Friedensforschung ist herausgefordert, die Waage zwischen formaler Legalität und humaner Legitimität auszutarieren. Der Diskurs über Macht und ethische Forderungen, wie schon das Bundesverfassungsgericht sowie die Bundespräsidenten Roman Herzog und Horst Köhler anmahnten, ist der Friedensforschung aufgegeben. Die Klagen über die unübersichtliche Sicherheitspolitik sind Legion. Friedensforschung sollte das heiße Eisen anpacken und Grundlagenarbeit leisten.

Und morgen?

Welche Idylle, welche Abgeschiedenheit strömte das Haus am Falkenstein aus. Doch dies ist abgeschlossen, ist Geschichte. Nun – Beim Schlump – wohin werden die kommenden Jahre führen? Das Getriebe der Universität und des modernen Wissenschaftssystems birgt vielerlei Anreize, manche entdecken die Fallen des Systems, auch die Belastungen. Die Herausforderungen sind zu meistern. Die universitäre Welt des IFSH ist voller Chancen. Es geht um die Zukunft: Michael Brzoska hat als Direktor ausreichend zu tun: Integration und Kooperation, Besprechungen und Veranstaltungen, Rationalisierung und Budgetierung, Vernetzung und Lehrauftrag – nicht nur leere Begriffe. Solide und angemessene Grundlagen der Finanzierung sind vonnöten und mit Phantasie strategisch zu erschließen – schwierig genug. Es ist viel anzupacken, die personellen, logistischen und verwaltungsmäßigen Bedingungen dieses großen Instituts zu bewältigen und zu lösen.

Und dann steht auch die Zukunft der Friedensforschung am IFSH in der Debatte: Welches Erkenntnisinteresse leitet die theoretische Reflexion der Analyse der Einzelphänomene oder was soll kritische Friedensforschung wissenschaftlich leisten? Welcher Friedensbegriff leitet die Forschung, welcher kann für praktische Politik sinnstiftend sein? Damit sich auseinanderzusetzen ist kein Glasperlenspiel im akademischen Elfenbeinturm – das sind existenzielle Themen der Zukunft. Friedensforschung ist „Zukunftsforschung“, wie bei der Gründung gesagt; Frieden und Sicherheit bleiben unter „europäischen und deutschen Aspekten“ im Fokus. War es im Kalten Krieg der Königsweg, das nukleare Bedrohungs- und Feindbildszenario durchsichtig und politisch handhabbar zu machen, so steht nun die Frage im Raum: Was ist heute der Königsweg hin zu einer lebenswürdigen Friedensordnung in Europa und hin zu einer Kultur des Friedens? Was bleibt – herausfordernd – die Vision eines gerechten Friedens?

Wie am Anfang am Falkenstein: die Tradition aufgreifend, der scharfe Blick des Falken für eine treffliche, sinngebende Friedens- und Zukunftsforschung.

Beck: Empört Euch, Europäer. Zusammen gewinnen oder einzeln verlieren, in: Der Spiegel, 34/2011, S. 128ff. und Jürgen Habermas: Zur Verfassung Europas, Berlin 2011.

37 Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr, Berlin, 18. Mai 2011.

2. Aktuelle Themen der Institutsarbeit 2011

2.1 OSZE-Initiative IDEAS

Frank Evers/Ulrich Kühn/Wolfgang Zellner



Die Initiative zur Entwicklung einer euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft (IDEAS¹)

Die Gedenkerklärung von Astana

Auf ihrem Gipfeltreffen 2010 in Astana bekannten sich die OSZE-Staaten „zur Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok“.² Nach Karl Deutsch, einem der Väter dieses Konzepts, besteht dann eine „Sicherheitsgemeinschaft, [...], wenn die Gewissheit herrscht, dass die Mitglieder dieser Gemeinschaft nicht physisch gegeneinander kämpfen, sondern ihre Streitigkeiten auf anderem Wege beilegen.“³ Das bedeutet nichts weniger als eine Gemeinschaft ohne den organisierten Einsatz bewaffneter Gewalt, eine Gemeinschaft ohne Androhung oder Anwendung von Krieg.

Natürlich waren sich die Staats- und Regierungschefs, die die Gedenkerklärung von Astana verabschiedeten, nur zu deutlich bewusst, dass eine euro-atlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft ein weit in der Zukunft liegendes visionäres Ziel ist, das die ziemlich düsteren Realitäten der gegenwärtigen europäischen Sicherheitslandschaft in keiner Weise abbildet. In Astana waren die Staaten nicht imstande, sich auf ein umfassendes Arbeitsprogramm zu verständigen, das ihrer Erklärung hätte Substanz verleihen können. Man hatte sich zwar bereits fast vollständig auf den „Aktionsplan von Astana“ geeinigt, dieser scheiterte dann jedoch an den Meinungsverschiedenheiten über den georgisch-russischen Konflikt.

Es gibt ähnliche Differenzen in anderen Bereichen der europäischen Sicherheit: Der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) steht am Rande des Zusammenbruchs, die Fortschritte, die mit dem neuen Wiener Dokument 2011 gemacht wurden, beschränken sich auf verfahrenstechnische Fragen und es gibt immer noch kein US-amerikanisch-russisches Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Raketabwehr. Das gesamte europäische Rüstungskontrollregime – einst als Vorbild für die ganze Welt gepriesen – ist in einem Prozess des Verfalls und der Marginalisierung begriffen. Der Status der ungelösten Konflikte in Europa ist nicht besser: Mit Ausnahme des Transnistrien-Konflikts, wo die Konfliktparteien im November 2011 immerhin das offizielle 5+2-Verhandlungsformat wieder aufgenommen haben, gibt es keinerlei Fortschritte, weder in Bezug auf Abchasien oder Südossetien noch auf Berg-Karabach. Und angesichts der bevorstehenden Wahlen in Russland und den USA haben sich viele aufs Abwarten verlegt, sodass vor Mitte 2013 keine ernsthaften Schritte zu erwarten sind.

Was bedeutet die Vision einer Sicherheitsgemeinschaft vor dem Hintergrund dieser ernüchternden Realität? Ist sie lediglich ein Stück Propaganda, um die Aufmerksamkeit von der Unfähigkeit der Staaten abzulenken, etwas Substantielles zu vereinbaren? Die Lage ist komplizierter. In der Gedenkerklärung von Astana bekennen sich die Teilnehmerstaaten nicht nur zu einer Sicherheitsgemeinschaft, sie geben auch zu: „Vor uns liegen noch immer schwerwiegende Bedrohungen und große Herausforderungen. Misstrauen und divergierende Sicherheitsvorstellungen müssen über-

1 Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community.

2 OSZE, Gipfeltreffen, Astana 2010, Gedenkerklärung von Astana. Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft, Abs. 1, unter: <http://www.osce.org/cio/74988>.

3 Karl W. Deutsch, et.al., Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience, New York 1957 (eigene Übersetzung).



wunden werden. Unsere Verpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension, der Wirtschafts- und Umweltdimension und der menschlichen Dimension müssen vollständig umgesetzt werden“ (Absatz 7). Entsprechend haben die Staaten erkannt, dass zwischen ihren normativen Verpflichtungen und langfristigen Zielen auf der einen und der gegenwärtigen Situation und kurzfristigen politischen Optionen auf der anderen Seite erhebliche Widersprüche bestehen. Genau wegen dieser Widersprüche wird eine langfristige strategische Vision wie eine gemeinsame und unteilbare Sicherheitsgemeinschaft gebraucht.

Visionen setzen sich nicht von selber in die Realität um; das müssen Akteure übernehmen. Und hier kommt, laut dem renommierten Politikwissenschaftler Emanuel Adler, die OSZE ins Spiel, nicht als Sicherheitsgemeinschaft an sich, sondern als „Institution, die eine Sicherheitsgemeinschaft aufbaut“.

Die OSZE als Institution, die eine Sicherheitsgemeinschaft aufbaut

Für Emanuel Adler „ist keine so weit gegangen wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), um sich in eine klare und eigenständige Institution zum Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft zu wandeln. Somit können wir erst dann verstehen, was die OSZE – ungeachtet ihrer Errungenschaften oder deren Fehlen – tut oder zu tun versucht, wenn wir diese Überlegungen in das Konzept der pluralistischen Sicherheitsgemeinschaften einbetten.“⁴ Die OSZE ist keine Sicherheitsgemeinschaft, aber sie ist, wie Adler zutreffend schreibt, eine Institution, die am Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft arbeitet.

Daher beruht die Rolle der OSZE als Institution, die eine Sicherheitsgemeinschaft aufbaut, weniger auf ihrer tatsächlichen Fähigkeit, sich auf diesen oder jenen Beschluss zu einigen, als vielmehr auf ihrer langfristigen Fähigkeit, die normativen, politischen und institutionellen Grundlagen für eine künftige Sicherheitsgemeinschaft zu legen. Die OSZE hat dabei „[a]nstatt darauf zu warten, bis ‚der Andere‘ seine Identität und Interessen ändert, damit er in die Institution, die eine Sicherheitsgemeinschaft aufbaut, aufgenommen werden kann, [...] von Anfang an alle Staaten einbezogen, die den politischen Willen äußern, den Standards und Normen der Sicherheitsgemeinschaft gerecht zu werden – in der Hoffnung, deren Identitäten und Interessen zu ändern“.⁵ Die OSZE arbeitet mit einem integrativen Konzept, das sich von den Strategien der EU und der NATO, Organisationen, die einen an Bedingungen geknüpften Ansatz verfolgen, wo zunächst bestimmte Eckwerte erreicht sein müssen, bevor die Mitgliedschaft zugestanden wird, unterscheidet. Dieser integrative Ansatz bedeutet jedoch auch, dass sich die OSZE unweigerlich alle Konflikte, Probleme und Widersprüche einverleibt, die dann innerhalb der Organisation bearbeitet werden müssen.

IDEAS – der Versuch, die Vision einer Sicherheitsgemeinschaft zu konzipieren

Seit dem Gipfeltreffen von Astana ist nicht viel konzeptionelle Arbeit für die Vision einer Sicherheitsgemeinschaft im OSZE-Rahmen geleistet worden.⁶ Das ist einer der Gründe für die Einrichtung von IDEAS – der Initiative für die Entwicklung einer euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft. IDEAS ist eine Track-II-Initiative, die von vier unabhängigen Forschungsinstituten aus Deutschland, Frankreich, Polen und Russland (das Zentrum für OSZE-Forschung/Centre for OSCE Research (CORE) am IFSH; die Fondation pour la Recherche Stratégique (FRS); das Polish Institute of International Affairs (PISM) und das Moscow State Institute of International Relations (University) (MGIMO) des russischen Außenministeriums) gemein-

4 Emanuel Adler, *Seeds of peaceful change: the OSCE's security community-building model*, in: Emanuel Adler/Michael Barnett (eds), *Security Communities*, Cambridge/New York 1998, S. 119 (eigene Übersetzung).

5 Emanuel Adler, *Die OSZE als Sicherheitsgemeinschaft*, in: *OSZE-Magazin* 1/2011, S. 14-15, hier: S. 15.

6 Eine bemerkenswerte Ausnahme ist hier der Leiter der Ständigen Vertretung Polens bei der OSZE, Botschafter Przemysław Grudzinski. Vgl. Przemysław Grudzinski/Jarosław Pietrusiewicz, *Building a modern security community in the area from Vancouver to Vladivostok*, in: *National Security* (Quarterly of the National Security Office of the President of Poland) 19/2011, S. 51-63; Przemysław Grudzinski, *Der „Vertrag 2015“: ein Rahmenkonzept für regionale Sicherheit*, in: *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2010, Baden-Baden 2011, S. 85-95.*



sam durchgeführt wird. IDEAS versucht, ein Konzept zur Idee einer Sicherheitsgemeinschaft zu erarbeiten. Gleichzeitig greift die Initiative den Vorschlag auf, ein Netzwerk akademischer Institutionen aufzubauen, dieser ist in der Vergangenheit immer wieder diskutiert und erneut von OSZE-Generalsekretär Botschafter Lamberto Zannier in seiner Antrittsrede vor den Ständigen Rat am 4. Juli 2011 aufgebracht worden.

IDEAS genießt die Unterstützung der Außenministerien Deutschlands, Frankreichs, Polens und Russlands. Im Rahmen des Ministerratstreffens von Wilna 2011 gaben sie ein gemeinsames Communiqué heraus: „Die vier Ministerien haben vier wissenschaftliche Institute gebeten, 2012 vier Workshops in Berlin, Warschau, Paris und Moskau zu organisieren. Diese Workshops sollen die Diskussion über den künftigen Charakter einer euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft voranbringen. Die Institute sind aufgefordert, ihren Abschlussbericht und ihre Empfehlungen im Herbst 2012 in Wien vorzustellen.“⁷

OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier begrüßt die Initiative ebenfalls: „Ich bin gespannt auf die Ergebnisse dieses Gemeinschaftsprojekts. Ich bin zuversichtlich, dass seine Ergebnisse und Empfehlungen dem Dialog und den Aktivitäten Schwung verleihen und uns letztlich unserem gemeinsamen Ziel einer euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft näher bringen werden.“⁸ Ungeachtet dieser wertvollen Unterstützung sind die vier Institute allein verantwortlich für die Inhalte der vier Workshops und den Bericht.

Das IDEAS-Programm 2012: Vier Workshops und ein Bericht

Die IDEAS-Workshop-Serie beginnt mit einer Auftaktveranstaltung am 20. März in Berlin im Auswärtigen Amt und wird mit Treffen in Paris, Warschau und Moskau fortgesetzt. Ziel dieser Workshops ist es, mehr über die nationalen Vorstellungen einer Sicherheitsgemeinschaft und verwandte Fragen zu erfahren.

Die Workshops werden einer anderen Struktur als bei der Organisation solcher Treffen üblich folgen. Die vier Institute werden dort keine Papiere vorstellen, sondern namhaften Experten mit unterschiedlichem wissenschaftlichem Hintergrund sowie gegenwärtigen wie ehemaligen Regierungsvertretern und Parlamentariern Fragen vorlegen. Eine im Voraus festgelegte Schwerpunktsetzung ist nicht geplant. Die Organisatoren werden sich vielmehr um größtmögliche Offenheit bemühen, und zwar sowohl hinsichtlich der zu behandelnden Fragen als auch was gegensätzliche und widersprüchliche Standpunkte angeht. Es ist viel wichtiger, die vielfältigen Vorbehalte gegenüber der Idee einer Sicherheitsgemeinschaft, das Pro und Contra, die Bedingungen, Optionen und Hemmnisse kennenzulernen als „recht zu haben“. Im Interesse einer groben Struktur für die Diskussion wird jeder Workshop drei Module von Fragen behandeln.

Diskussionsmodul 1: Grundcharakteristika einer Sicherheitsgemeinschaft

Die Arbeit an der Vision einer Sicherheitsgemeinschaft sollte damit beginnen, die theoretischen Grundlagen dieses Konzepts zu ermitteln und zu prüfen, ob und inwieweit es unter den gegenwärtigen Bedingungen anwendbar ist. Daran anschließen muss sich eine Einschätzung der Ziele, Bedrohungswahrnehmungen und politischen Strategien der wichtigsten Beteiligten. Von Beginn an herrschte offensichtlich ein krasser Widerspruch zwischen den Erklärungen von Staaten und ihrem tatsächlichen Verhalten. Auf der deklaratorischen Ebene haben sich alle OSZE-Staaten zur „umfassenden, kooperativen, gleichen und unteilbaren Sicherheit“ (Gedenkerklärung von Astana) bekannt. Die Realität im OSZE-Raum scheint jedoch eher von Nullsummenspielen und Sicherheitsdilemmata geprägt zu sein. Die erste Aufgabe der IDEAS-Treffen wird es daher sein herausfinden, warum es den Staaten bislang nicht gelungen ist, ihre erklärten Ziele in reale Sicherheitspolitik umzuset-

7 Joint Communiqué, Vilnius, 6 Dec 2011, Ministers of Germany, France, Poland and Russia launch a scientific network to pave the way for a Security Community in the OSCE area, MC.DEL/16/116 (eigene Übersetzung).

8 OSCE Secretary General welcomes multi-country think tank initiative, unter: <http://www.osce.org/sg/85831> (eigene Übersetzung).



zen. Inwieweit nehmen Staaten ihre Erklärungen ernst? Wenn sie sie ernst nehmen (zumindest teilweise), worin bestehen die Hindernisse sie zu implementieren? Warum konnten diese Hindernisse nicht überwunden werden? Unter welchen Bedingungen kann eine kritische Masse an politischem Willen mobilisiert werden, um substanzielle Fortschritte zu erreichen und was verstehen wir unter „substanziellen Fortschritten“? Diese eher grundsätzlichen Fragen können in einem zweiten Schritt dazu führen zu identifizieren, welche wichtigen Bausteine fehlen, um das angestrebte Ziel zu erreichen.

Diskussionsmodul 2: Die Institutionalisierung einer Sicherheitsgemeinschaft

Im euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsraum herrscht kein Mangel an Sicherheitsinstitutionen (OSZE, EU, OVKS⁹, SOZ¹⁰). Daher sollte eine künftige Sicherheitsgemeinschaft sich auf die bestehenden institutionellen Plattformen stützen und sie nutzen, anstatt sie ersetzen zu wollen. Die Herausforderung besteht darin, die unterschiedlichen Ziele, Mittel und Strategien stärker mit dem angestrebten Ziel einer Sicherheitsgemeinschaft in Einklang zu bringen. Die westlichen Institutionen (EU, NATO) oder ihre östlichen Gegenstücke (OVKS, SOZ) einfach abzulehnen oder zu demontieren wird scheitern. Die westlichen Institutionen sind zwar möglicherweise weiterhin langfristig an einer Osterweiterung interessiert, realistisch ist aber nicht zu erwarten, dass ein solcher Schritt Russland oder die Länder des Südkaukasus und Zentralasiens einschließt.

Sowohl die östlichen als auch die westlichen Staaten und ihre Institutionen müssen sich darüber klar werden, ob ihre gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten strategischer Natur sind oder nicht. Sie müssen sich gegenseitig ihre individuellen und kollektiven Ansichten über Bedrohungen und Herausforderungen erläutern, die außerhalb Europas ihren Ursprung haben. Darüber hinaus müssen sie ihre langfristigen Ziele auf globaler Ebene sowie deren Auswirkungen auf das OSZE-Gebiet darlegen. Es ist daher unerlässlich, eine Bestandsaufnahme der bereits bestehenden Teile des institutionellen Puzzles vorzunehmen, festzustellen, wo es Lücken gibt und Elemente zu schaffen, die diese Puzzleteile zu einem Ganzen vereinen. Die Analyse der bestehenden Institutionen könnte daher auf offensive Weise angepackt werden, indem danach gefragt wird, welche Institutionen bereits über die besten Elemente für eine künftige Sicherheitsgemeinschaft verfügen und welche institutionellen und politischen Schwächen sie aufweisen.

Eine derartige Diskussion führt unweigerlich zu dem fehlenden Puzzlestein, nämlich der Aufnahme Russlands in einen gemeinsamen und unteilbaren Sicherheitsraum mit dem Westen. Sie würde sich ebenfalls mit den Werten und Normen, auf denen eine solche Integration gründen würde, befassen. Diese entscheidende Frage bedarf eines ganzheitlichen Konzepts unter Einbeziehung sozio-ökonomischer, geostrategischer, psychologischer und normativer Faktoren. Die Workshop-Teilnehmer müssen sich fragen, welche kooperativen Vorschläge von und an Russland sowohl angemessen als auch realisierbar sind.

Diskussionsmodul 3: Drei konkrete Politikfelder

Die in Block 3 zu diskutierenden Fragen werden sich auf konkrete Themengebiete, die für die Verwirklichung einer Sicherheitsgemeinschaft von Bedeutung sind, konzentrieren. Diese Fragen sind die einzigen, in denen sich die Workshops unterscheiden. Die drei ersten Workshops werden sich mit jeweils einem der folgenden Fragenkomplexe befassen; der letzte in Moskau wird sie umfassend zusammenführen.

- a) Aus zwei Gründen haben Krisenmanagement und Konfliktlösung im OSZE-Gebiet nach wie vor höchste Priorität. Erstens sind ungelöste subregionale Konflikte noch immer eine der Hauptquellen für Instabilität. Darüber hinaus kann das Entstehen neuer, gewaltförmiger Konflikte nicht ausgeschlossen werden. Zweitens haben jüngste Krisen schmerzliche institutionelle Mängel erkennen lassen, angemessen auf diese Krisen zu reagieren.

⁹ Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit.

¹⁰ Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit.

- b) Transnationale Sicherheitsrisiken, Herausforderungen und Bedrohungen beeinträchtigen zunehmend sowohl staatliche Strukturen als auch die menschliche Sicherheit. Terrorismus, kriminelle Netzwerke oder Menschenhandel erfordern neue kooperative Mechanismen und eine neue Qualität zwischenstaatlicher Zusammenarbeit jenseits hergebrachter Mittel und Wege.
- c) Rüstungskontrolle und Instrumente der Sicherheitszusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten gelten vielen als überholt oder ungeeignet. Diese Wahrnehmung ist falsch und irreführend. Aktualisierte und/oder angepasste Instrumente könnten entscheidend zu einem Wandel der Sicherheitserfordernisse beitragen, insbesondere hinsichtlich subregionaler Sicherheitsarrangements.

An allen vier Workshops können Gäste aus Wissenschaft und OSZE teilnehmen. Vertreter der vier Institute werden gemeinsam einen Abschlussbericht formulieren, der auf den Ergebnissen der Workshops und deren verschiedenen Konzepten und Meinungen beruht, darin werden sie die Vision einer Sicherheitsgemeinschaft weiter ausführen und operationalisieren. Der Bericht soll im Herbst 2012 in Wien vorgestellt werden.

Ziel des IDEAS-Projekts ist es, der sicherheitspolitischen Diskussion im OSZE-Rahmen Impulse zu geben, die über die aktuellen Probleme hinausweisen und eine weiter reichende Perspektive eröffnen. Das ist umso notwendiger in einer Phase wie der gegenwärtigen, in der selbst die Arbeit an den aktuellen Konflikten weitgehend blockiert ist.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Internationalen Konferenz „Central Asia 2011“ in Bischkek, Kirgistan



2.2 Krieg verstehen

Johann Schmid



Das Wesen des Krieges verstehen – für Sicherheit und Frieden

1. *Krieg verstehen?*

Soldaten der Bundeswehr stehen im Gefecht am Hindukusch, während Deutschland darüber debatiert, ob in Afghanistan Krieg herrscht oder nicht. Deutsche Soldaten beteiligen sich seit beinahe zwei Jahrzehnten an friedenserhaltenden, friedensschaffenden und stabilisierenden Einsätzen in den Krisenregionen dieser Welt und man wundert sich darüber, dass „Friedenserhaltung“ und „Stabilisierung“ auch Kampf bedeuten können. Deutschland beteiligt sich in friedlicher und bester Absicht, auch ohne unmittelbare eigene Interessen an internationalen Einsätzen zum Aufbau staatlicher Strukturen in Kriegs- und Konfliktregionen wie Afghanistan und es sorgt für Überraschung, dass wir dort von nichtstaatlichen Gewaltakteuren auch gegen unseren Willen in einen bewaffneten Konflikt gezwungen werden können. Zweifelsohne kein Krieg wie wir ihn in seiner zwischenstaatlichen Form aus unserer eigenen jüngeren Geschichte kennen. Aber eine Kriegs- und Konfliktform irregulärer Art, die viel älter ist als der Nationalstaat und die vor allem durch ihre Dauer, ihre wechselnde Intensität und die Nichtfassbarkeit, Leidensfähigkeit und Opferbereitschaft ihrer Akteure zu einer ungewohnten, insbesondere auch legitimatorischen, Herausforderung wird.

Es ist daher die Frage zu stellen: Verstehen wir überhaupt den Kontext in dem wir agieren? Verstehen wir den Krieg in seinen gegenwärtigen spezifischen Erscheinungsformen und haben wir einen zutreffenden Begriff vom Wesen des Krieges? Dass Krieg in seinem Wesenskern Kampf, d.h. ein Abmessen geistig-moralischer und physischer Kräfte mittels letzterer, bedeutet und dass auch die eigene Friedensorientierung nicht per se davor schützt, in einen solchen verwickelt werden zu können, ja dass der Dienst am Frieden diesen mitunter sogar erfordern kann, ist ein Zusammenhang, der in Deutschland weitgehend in Vergessenheit geraten zu sein scheint, zumindest jedoch deklaratorisch verschleiert oder ignoriert wird. Gerade für eine „Friedensmacht“ und die Entwicklung von „Friedensstrategien“ ist ein zutreffender Begriff und ein entsprechendes Verständnis von Krieg jedoch von überragender Bedeutung, stellt doch die Abwesenheit von Krieg unverändert das zentrale und singular entscheidende Definitionskriterium des Friedens dar. Die Tatsache, dass der Frieden durch das Risiko Krieg einer beständigen und existenziellen Bedrohung ausgesetzt ist, macht eine Befassung mit Krieg zu einer friedenspolitischen Notwendigkeit. Nur was man versteht, kann man auch gezielt zu verhindern versuchen.

2. *„Vom Kriege“ für den Frieden*

Was aber ist der Krieg? Niemand ist diese Frage bisher gründlicher und grundsätzlicher angegangen als der preußische General und Kriegstheoretiker Carl von Clausewitz (1780-1831). Die Schulung von Denken und Urteil in Bezug auf ein ganzheitliches und tiefgehendes Verstehen von Krieg, stets im politischen Kontext und mit Blick auf den Frieden gerichtet, war die Zielsetzung, die er sich mit seinem Werk „Vom Kriege“¹ selbst gesetzt hatte. Mit dieser umfassenden, aus der Praxis abgeleiteten Theorie des Krieges arbeitete er auf dessen Wesen bezogene Grundsätze und Zusammenhänge heraus und entwickelte gleichzeitig eine dialektische Methode des Denkens, die einer Betrachtung dieses Phänomens im Sinne einer Schulung des eigenen Urteilsvermögens² zeitübergreifend und damit unabhängig von den stets wandelbaren empirischen Erscheinungsformen von Krieg bis heute angemessen ist. Seine Theorie ist bewusst darauf ausgerichtet, unrealistische Erwartungshaltungen im Sinne positivistischer Lehren, Handlungsanleitungen und vermeintlich mathematischer Berechenbarkeiten, zu vermeiden. „Vom Kriege“ stellt daher kein „Lehrbuch“ dar,

1 Carl von Clausewitz, [1832], Vom Kriege: Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz: 19. Aufl., Bonn, 1980.

2 Im Folgenden in Anlehnung an Clausewitz („Takt des Urteils“, „Übung des Urteils“, „Urteilkraft“) „Urteilsschulung“ genannt.

sondern vielmehr eine „Betrachtung der Dinge“ zur „Schulung des Geistes im Erkennen und selbständigen Beurteilen des Krieges und seiner Wesenszüge in ihrer Gesamtheit“.³

Mit seiner ursprünglichen dreiteiligen Definition des Krieges als einem „Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung des eigenen Willens zu zwingen“, verdeutlicht Clausewitz, dass der Krieg neben dem politischen Motiv des „eigenen Willens“ insbesondere aus den häufig ignorierten Elementen physischer „Gewalt“ und „Zwang“, das heißt Kampf mit dem Ziel der Wehrlosmachung des Gegners besteht. So wenig erfreulich dies sein mag, es ist eine Realität, der sich auch und gerade derjenige, der Frieden erhalten oder schaffen will und damit Krieg beenden oder begrenzen muss, zu stellen hat. Gleichzeitig verweist Clausewitz mit dieser Definition auf die Tatsache, dass Krieg führen und damit Kampf eines „Gegners“ bedarf. Er straft damit all diejenigen Lügen, die sich heute beispielsweise im „Kampf gegen den Terrorismus“ wähnen und damit keinen Gegner, sondern eine Methode des Kampfes zu „bekämpfen“ versuchen. Dass der Gegner in aktuellen Erscheinungsformen und Dimensionen von Krieg, von Cyber bis hin zu verdeckt agierenden Aufständischen in Afghanistan, mitunter schwer zu identifizieren und zu fassen ist, darf nicht dazu führen, dass dieser zentrale Sachverhalt in Vergessenheit gerät.

Mit seinem Denkmodell der „wunderlichen Dreifaltigkeit“ verdeutlicht Clausewitz, dass das Wesen des Krieges stets die drei „widerstreitenden Tendenzen“ der Gewalt, des Zufalls und der Politik beinhaltet, die in jeder Form des Krieges stets mit zu bedenken sind, auch wenn wir heute den Faktor Zufall durch Berechnung (erfolglos) zu neutralisieren und den Faktor Gewalt zu ignorieren versuchen. In seiner Politikhaftigkeit liegt nach Clausewitz der Zweck des Krieges und diese macht den Krieg zu ihrem Mittel, gleich ob die politische Zwecksetzung von einem Staat, einer Guerillabewegung oder einem Warlord ausgeht. Dass der aus „blindem Naturtrieb“ und damit aus emotional-moralischen Beweggründen erwachsende Faktor Gewalt stets auch die Tendenz zum Äußersten bis hin zur Verselbständigung des Kampfgeschehens beinhaltet, erhebt die clausewitzsche Bestimmung des Krieges als einer „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ von einer reinen Tatsachenbeschreibung zu einer friedenspolitischen Sollensforderung, die sich entschieden gegen den Krieg als Selbstzweck oder gar als eine Lebensform richtet. Der Krieg als ein Mittel hat gemäß Clausewitz stets einer übergeordneten politischen Zwecksetzung zu dienen und er ist in letzter Konsequenz auf den Frieden auszurichten. Daher hat sich auch die Art seiner Führung daran zu orientieren und ist dementsprechend zu begrenzen.

Dass Krieg auch im fortgeschrittenen Informationszeitalter weit davon entfernt ist berechenbar zu sein und dass er unverändert ein „Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls“ darstellt, kann gerade auch mit Blick auf das aktuelle Kriegs- und Konfliktgeschehen und die verbreitete Neigung zur scientistischen Selbstüberschätzung nicht deutlich genug betont werden. Clausewitz veranschaulicht diesen Zusammenhang durch die Hervorhebung der Bedeutung moralischer Faktoren im Krieg wie auch mit seinem Denkmodell der Friktion, deren Hauptursachen er in der Gefahr, dem unabhängigen Willen des Gegners und ganz besonders in der Ungewissheit aller Informationen im Krieg sieht.

Der inhaltlich wohl am nachhaltigsten verkannte Teil des Werkes „Vom Kriege“ besteht in Clausewitz' strategischem Ansatz mit Blick auf irregulär-revolutionäre Kriegsformen, wie den Volks- oder Guerillakrieg. Clausewitz betont, dass der politisch-strategische Erfolg hierbei nicht primär in der Niederwerfung der gegnerischen Streitkräfte, sondern vielmehr im auch moralischen „Bezwingen“ des gegnerischen politischen Willens zu sehen ist. Dass diese Zielsetzung vor allem durch die Ermüdung des gegnerischen Willens über die Dauer, in Verbindung mit dem Abverlangen eines zu hohen „Preises“ an Opfern, Kosten und Zeit vonstattengeht und dass es hierbei vor allem darauf ankommt, dem Gegner die Unwahrscheinlichkeit seines Erfolges zu verdeutlichen, ist gerade mit Blick auf das aktuelle Kriegs- und Konfliktgeschehen von höchster Relevanz. Die strategische Herausforderung der Afghanistankriege der letzten 30 Jahre ließe sich kaum treffender beschreiben.

3 Vgl. Werner Hahlweg, Das Clausewitzbild Einst und Jetzt. Mit textkritischen Anmerkungen, in: Carl von Clausewitz: Hinterlassenes Werk Vom Kriege. Neunzehnte Auflage, Jubiläumsausgabe, Bonn 1991, S. 8-9.



3. Akteursbezug

Wer aber sollte das geistige Erbe von Clausewitz wiederentdecken und zur Erarbeitung eines Begriffs und einer Theorie vom Krieg zum Zwecke des Friedens nutzen?

Eine Antwort auf diese Frage findet sich in der wohl bekanntesten Formulierung Carls von Clausewitz selbst, wonach der Krieg nichts als eine Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln sei. Diese „Mittelhaftigkeit“ oder Instrumentalität des Krieges im Dienste einer übergeordneten politischen Zwecksetzung ist es, die den Krieg auch für die heutige Zeit zutreffend verortet. Dass Krieg im ethisch-moralischen Sinne immer nur das äußerste und keinesfalls ein erstrebenswertes Mittel der Politik sein darf, ist hierbei selbsterklärend. Da Krieg, unabhängig davon, ob man ihn verhindern, beenden oder einhegen will oder ihn zu führen gezwungen ist, eine primär und zutiefst politische Angelegenheit darstellt, ist es auch die vornehmste Aufgabe und Pflicht der Politik, sich mit diesem Phänomen ernsthaft, umfassend und gründlich auseinanderzusetzen und ein entsprechend geschultes Urteil zu entwickeln, auf dessen Basis verantwortliche Entscheidungen über Krieg und Frieden und die Beteiligung oder Nichtbeteiligung an militärischen Einsätzen möglich werden. Wie Carl von Clausewitz hervorhebt, gilt es, die „Natur dieses Mittels“ (Krieg) mit ihren Möglichkeiten, Besonderheiten, insbesondere aber auch mit ihren Grenzen zu verstehen, um nicht in „Widerspruch“ mit dieser zu geraten und eine Überforderung, falsche Erwartungshaltungen oder einen unzumutbaren Gebrauch dieses „Mittels“ zu vermeiden.

Politik und Krieg sind jedoch nicht losgelöst von ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext zu begreifen. Dieser Zusammenhang gilt in umso stärkerem Maße für die durch den „breiten Sicherheitsbegriff“ und die „vernetzte Sicherheit“ geprägte ganzheitliche Herangehensweise an Sicherheit und Frieden im 21. Jahrhundert. Um in diesem Rahmen ein stimmiges ganzheitlich-vernetztes Handeln zu ermöglichen, ist auch von den verschiedenen gesellschaftlichen wie militärischen Akteuren ein fundiertes Urteil und Grundverständnis über das Phänomen Krieg zu fordern. Nur auf einer solchen Basis ist ein im Sinne „vernetzter Sicherheit“ stimmiges Zusammenwirken der Vielzahl aller beteiligten Akteure sinnvoll möglich. Dies gilt in umso stärkerem Maße, je selbständiger die einzelnen Teilakteure sich begreifen und je weniger sie sich, beispielsweise im Rahmen der „vernetzten Sicherheit“ koordinieren lassen. Durch die so auf den Plan gerufene Akteursvielfalt aus Politik, Militär und Gesellschaft, verbunden mit der zunehmenden Selbständigkeit der Teilakteure, wird der Bedarf an kriegstheoretischer Expertise und entsprechender „Urteilsschulung“ größer denn je und darf daher nicht dem Zufall überlassen bleiben.

Vor dem Hintergrund dieses umfangreichen Bedarfs an wissenschaftlich fundierter „Urteilsschulung“ in Bezug auf das Phänomen Krieg zum Zwecke von Sicherheit und Frieden kommt der Wissenschaft, vor allem der Friedens- und Konfliktforschung, entscheidende Bedeutung und Verantwortung zu. Gefordert ist eine kriegstheoretische Grundlagenforschung im Sinne einer ganzheitlichen, theoretisch fundierten Befassung und Auseinandersetzung mit Krieg als zentralem Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung. Hierbei kann es nicht nur um Themenstellungen im Kontext von oder an Schnittstellen zum Krieg und auch nicht nur um spezifische Einzelaspekte desselben gehen.⁴ Gefordert ist vielmehr eine Wissenschaft, die den Krieg als solches (an sich), das heißt seinem Wesen nach und als Ganzes, zum Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung macht und auf dieser Basis die nötige Expertise für Politikberatung und gesellschaftliche Bildung entwickelt. Wird die Wissenschaft dieser Herausforderung im Kontext von Krieg und Frieden gerecht? Ist sie zu einer kriegstheoretisch fundierten, auf die Praxis bezogenen und auf den Frieden ausgerichteten Urteilsschulung und Beratung politischer, gesellschaftlicher und militärischer Akteure fähig und willens?

4. Forschungslücke Krieg

Weltweit wird über den Krieg viel geforscht und geschrieben. Das Werk Carls von Clausewitz „Vom Kriege“ bildet hierbei sowohl für dessen Anhänger als auch für seine Gegner regelmäßig die

4 Diese Art der Forschung ist natürlich relevant und notwendig. Da sie jedoch, im Gegensatz zu einer kriegstheoretischen Grundlagenforschung, tatsächlich stattfindet, ist sie für den Gegenstand des vorliegenden Beitrags nur insofern relevant, als deutlich zu machen ist, dass durch sie eine kriegstheoretische Grundlagenforschung / Theorie des Krieges nicht ersetzt werden kann.



geistig-philosophische Grundlage und wird von den USA bis China und zunehmend auch seitens der Wirtschaft intensiv studiert und genutzt.

Auch in Deutschland wird im Spektrum von Krieg und Frieden viel geforscht und gearbeitet. Von den Bedingungen des Friedens über Konfliktprävention bis hin zur Kriegsursachenforschung und Konfliktnachsorge, um nur wenige Bereiche anzusprechen, wird ein weites Feld relevanter Themenstellungen bearbeitet. Auffällig ist jedoch, dass die Forschungsdichte wie auch die Forschungstiefe signifikant abnehmen, je weiter man sich im Spektrum vom Frieden über den Konflikt dem Wesen des Krieges als zentralem Gegenstand der Betrachtung nähert. Es wäre eine Untertreibung hinsichtlich der Theorie des Krieges und entsprechender kriegstheoretischer Grundlagenforschung nur von einem Forschungsdefizit zu sprechen. Sieht man von wenigen verdienstvollen Einzelakturen auf diesem Gebiet ab, so handelt es sich vielmehr um eine ausgeprägte Forschungslücke.⁵ Deutlichstes Indiz hierfür ist die Tatsache, dass, wann immer diese Forschungslücke thematisiert wird, auf zwar relevante und verdienstvolle Forschung im Kontext, an Schnittstellen oder hinsichtlich spezifischer Einzelfragen zum Krieg, z.B. auf die Kriegsursachenforschung, verwiesen wird. Dass jedoch mit noch so viel Forschung und Expertise in Anlehnung an den Krieg und noch so detaillierter Erfassung losgelöster spezifischer Einzelaspekte und Fragestellungen an der Schnittstelle zum Krieg, ein Verstehen des Krieges als Ganzes und seinem Wesen nach nicht erreicht werden kann, wird hierbei regelmäßig übersehen. Trotz vielfältiger Forschung im Kontext des Krieges und intensiver Detailforschung mit Schnittstellen zum Krieg bleibt der Krieg als solcher im Kern und seinem Wesen nach „unterforscht“.⁶

Wäre Kants „ewiger Frieden“ bereits Realität geworden, so könnte man dies als eine verzeihliche Nachlässigkeit der Wissenschaft im Hinblick auf einen dann nur noch historisch relevanten Forschungsgegenstand betrachten. Allein die Realität ist eine andere. Geht man von der Überlegung aus, dass sich gezielt nur verhindern, begrenzen oder beenden lässt, was man auch versteht und dass eine wissenschaftlich-theoretische Befassung mit einem Gegenstand dem Verstehen desselben förderlich ist, so wird die wissenschaftlich-theoretische (weitgehende) Nichtbefassung mit dem Wesen des Krieges und seiner Theorie zu einem friedenspolitischen Risiko. Einer verantwortlichen, friedenspolitisch ausgerichteten, wissenschaftlich fundierten Politikberatung, die darauf abzielt, friedenserhaltende Strategien zu entwickeln, Krieg zu verhindern und wo nicht möglich zu begrenzen, einzuhegen und beenden zu helfen sowie einen verantwortlichen Gebrauch oder Nichtgebrauch militärischer Mittel sicherstellen zu helfen, fehlt damit eine ganz wesentliche Voraussetzung: Expertise aus dem Bereich der Theorie des Krieges. Und damit ein ganzheitliches, theoretisch fundiertes wissenschaftliches Verstehen von Krieg seinem Wesen nach. Während sich andere Forschungsbereiche in den vergangenen zwei Jahrhunderten nachhaltig weiterentwickelt haben und den aktuellen Gegebenheiten angepasst wurden, so trifft dies für das Gebiet der Theorie und Philosophie des Krieges nur sehr bedingt und allenfalls in Teilbereichen zu. Insgesamt ist jedoch, ganz besonders in Deutschland, eine „Forschungsrückentwicklung“ zu konstatieren. Fragen danach, ob es überhaupt eine Theorie des Krieges gebe, machen dies nur allzu deutlich. Sie sind einerseits falsch, weil sie das geistige Erbe von Clausewitz verkennen, sie haben auf der anderen Seite jedoch eine gewisse Berechtigung, weil sie aufzeigen, dass dieses Erbe weitgehend vergessen, verkannt, nicht genutzt oder falsch verstanden wird.⁷

Dieses aktuelle Expertisedefizit im Bereich der Theorie des Krieges ist umso schmerzhafter als der Krieg längst „von unten über die Soldaten, die im Krieg stehen“⁸, in unsere Gesellschaft zurückge-

5 „What is missing, then, is a scholarly project that takes war as its central object of analysis and is adequate to it“ betonen Barkawi/Brighton mit Blick auf die weltweite wissenschaftliche Nichtbefassung mit dem Wesen des Krieges (“the absence not only of the institutions of war studies but of the idea of such a discipline”). Vgl. Tarak Barkawi/ Shane Brighton, Powers of War: Fighting, Knowledge, and Critique, in: International Political Sociology (2011), S. 126-143.

6 Jäger und Beckmann betonen daher sehr zutreffend, dass der nicht zu überschätzenden Bedeutung, die Kriegen für die Entwicklung von Gesellschaften und Staaten zukomme, nicht immer die Aufmerksamkeit entspreche, die diesem Phänomen zuteil werde. In wissenschaftlicher Hinsicht, so ihre weitere Folgerung werde der Krieg damit nicht in dem Maß erfasst, das seiner lebensweltlichen Bedeutung entsprechen würde. Vgl.: Thomas Jäger/Rasmus Beckmann, in: Jäger/ Beckmann (Hrsg.): Handbuch Kriegstheorien. Wiesbaden, 2011. S. 9.

7 Christopher Daase/ Sebastian Schindler, Clausewitz, Guerillakrieg und Terrorismus: Zur Aktualität einer missverstandenen Kriegstheorie, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS) 4/2009, S. 701-731.

8 Vgl. Winfried. Nachtwei, MdB a.D., Podiumsdiskussion, Senatsempfang, 40 Jahre IFSH. Hamburg, 14.11.2011: „In den letzten Jahren ist in die Bundesrepublik der Krieg von unten zurück gekehrt, nämlich über die Soldaten, die im Krieg stehen, Guerillakrieg, Terrorkrieg usw.“ Vgl. auch Nachtwei: Die Auslandseinsätze im Rückblick – Was wir für die Zukunft lernen sollten. Vor-



kehrt ist. Im Auftrag der Politik und damit im Dienst an unserer Gesellschaft ist der Einsatz von Soldaten der Bundeswehr aber auch ziviler Akteure im Kontext von Krieg, „kriegsähnlichen Verhältnissen“ und diverser Konfliktlagen längst zur Realität geworden. Mehr als 300.000 Bundeswehrangehörige haben bisher an verschiedenen Auslandseinsätzen teilgenommen. Deutschland ist politisch seit beinahe anderthalb Jahrzehnten bereit, sich räumlich entgrenzt auch jenseits des Verfassungsauftrags der (unmittelbaren Landes-) Verteidigung an multinationalen Einsätzen im Kontext von Krieg oder kriegsähnlichen Verhältnissen zum Zwecke des Friedens zu beteiligen. Das Risiko eines Bodenkrieges wurde, auch wenn es damals nicht dazu gekommen ist, erstmals 1999 im Rahmen der Kosovointervention bewusst eingegangen. Die Wissenschaft in Deutschland jedoch scheint (von wenigen Ausnahmen abgesehen) nicht willens und bereit zu sein, den Krieg seinem Wesen nach zu einem zentralen und eigenständigen Gegenstand wissenschaftlich-theoretischer Forschung zu machen und Expertise im Bereich der Theorie des Krieges als Grundlage für entsprechende Urteilsschulung zur sicherheits- und friedenspolitischen Bewertung aktueller Kriegs- und Konfliktlagen aufzubauen. Von einer Weiterentwicklung oder Aktualisierung der Theorie des Krieges gar nicht erst zu reden.

Die Frage ob die Wissenschaft mit ihrem weitgehenden Ignorieren der Theorie des Krieges ihrer Aufgabe einer verantwortlichen Politikberatung und gesamtgesellschaftlichen Bildung gerade auch mit Blick auf den Frieden, den Gebrauch oder Nichtgebrauch militärischer Mittel sowie hinsichtlich einer Bewertung ihres Einsatzes im Dienst am Frieden gerecht werden kann, beantwortet sich damit von selbst. Somit überlässt die Wissenschaft die Deutungshoheit über Krieg und Frieden in weiten Teilen den Medien. Worauf es daher ankommt, ist in einem ersten Schritt wieder Anschluss zu gewinnen an das theoretisch-philosophische Reflexionsniveau, das uns Carl von Clausewitz mit seinem Werk „Vom Kriege“ vor ca. 200 Jahren hinterlassen hat. Dies erfordert eine ernsthafte und tiefgehende inhaltliche wie methodische Befassung und Auseinandersetzung mit „Vom Kriege“.

5. Ursachen und Implikationen wissenschaftlicher Nichtbefassung

Was aber sind die Ursachen dafür, dass sich die Wissenschaft nicht mit der Theorie des Krieges befasst und welche Konsequenzen hat dies? Drei Hauptursachen stechen hierbei besonders ins Auge:

Erstens die Tatsache, dass die aufgezeigte Forschungslücke hinsichtlich einer wissenschaftlichen und theoriegestützten Erfassung des Krieges in weiten Teilen ignoriert, verneint und damit gar nicht erst erkannt wird. Damit fehlt gleichzeitig das notwendige Bewusstsein zu ihrer Behebung.

Zum Zweiten wird der Bedarf an einer wissenschaftlichen Erfassung des Krieges und an einer am Wesen der Sache orientierten Theorie des Krieges mit dem vermeintlich überzeugenden Argument, dass man keine Kriege mehr führen und nur den Frieden wolle, aktiv negiert. Übersehen wird hierbei die Tatsache, dass gerade die Entwicklung von Friedensstrategien, wie auch die gezielte Vermeidung, Einhegung und Beendigung von Krieg ein wesensmäßiges Verstehen des (zu vermeidenden) Gegenstandes Krieg zwingend voraussetzen und damit eine Theorie des Krieges als Grundlage entsprechender Urteilsschulung erforderlich machen.

Drittens ist trotz der grundgesetzlich garantierten Freiheit von Forschung und Lehre auch die Wissenschaft nicht frei von Zwängen, Beschränkungen und geistigen Blockaden, die sich aus Modeerscheinungen und dem konformen und proaktiv angepassten Denken im Sinne des sogenannten „Mainstream“⁹ ergeben. „Den Krieg zu verstehen für Sicherheit und Frieden“ und „Frieden auch vom Kriege her zu denken“, entspricht derzeit nicht dem wissenschaftspolitischen „Mainstream“ in Deutschland.

Die Implikationen dieser Nichtbefassung sind vielfältig. Sie zeigen sich u.a. in einer den Krieg und seinen Wesenskern Kampf weitgehend ignorierenden oder verschleiern den Wortwahl. Sie manifestieren sich in einer nur mäßig entwickelten „Strategiegemeinschaft“ und einer allgemeinen „Strate-

trag bei der Nürnberger Sicherheitstagung 2011 am 24. Juni 2011: „In Afghanistan sind Bundeswehrsoldaten seit zwei/drei Jahren mit einem Guerilla- und Terrorkrieg konfrontiert. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik stehen ihre Soldaten in Gefechten.“

9 Vgl. dazu Egon Bahr: Podiumsdiskussion, Senatsempfang, 40 Jahre IFSH, Hamburg 14.11.2011.

gieschwäche in der Sicherheitspolitik“¹⁰. Sie münden in gut gemeinte aber mitunter nicht realistische und daher auf Dauer nicht aufrechtzuerhaltende ideell-ideologische Zielsetzungen und Begründungszusammenhänge für sicherheitspolitisches Handeln. Solcherart fragil-dynamische Motivlagen machen es gleichzeitig nicht einfach, den eingesetzten eigenen Kräften wie auch der eigenen Bevölkerung gegenüber das „Wofür?“ ihres Einsatzes und ihrer Opfer auf Dauer zu begründen und zu rechtfertigen.

Historisch betrachtet hätte ein zutreffenderes Urteil in Bezug auf das Wesen des Krieges dazu beitragen können das ungewollte Hineinschliddern in Kriegs- und Konfliktlagen zu vermeiden und so Kriege zu verhindern oder in ihrem Ausmaß zu begrenzen. So sind Ausbruch und Ausmaß des Ersten Weltkriegs wesentlich durch die fast ausschließliche Angriffsorientierung sämtlicher beteiligter Nationen und Streitkräfte der damaligen Zeit, selbst derjenigen, die politisch eher defensive Zielsetzungen verfolgten, geprägt. Krieg führen wurde mit Angriff gleichgesetzt und die Verteidigung nicht als gleichwertige Form der Auseinandersetzung wahrgenommen. Dies stellte eine eklatante Verkennung nicht nur der waffentechnischen Gegebenheiten der damaligen Zeit, sondern insbesondere auch des durch die Dialektik und beständige Wechselwirkung von Offensive und Defensive geprägten Wesens des Krieges dar. Ein Blick in „Vom Kriege“ hätte genügen können, um die spezifischen Stärken der Verteidigung und damit den Wert einer wehrhaften Defensive als politische Option zu erkennen.

6. Fazit

Zusammenfassend stellt sich daher die Frage, inwiefern es verantwortlichem Handeln entspricht, eigene Soldaten wie auch zivile Kräfte in eine wachsende Anzahl konfliktbehafteter, kriegerischer oder kriegsähnlicher Einsätze zu entsenden, ohne die Beurteilung der jeweiligen Kriegs-/ Konflikt-situation auf eine auch kriegstheoretisch fundierte wissenschaftliche Basis abstützen zu können. Es stellt sich weiter die Frage, wie dem eigenen Anspruch als „Friedensmacht“ mit dem Ziel der Friedensförderung Rechnung getragen werden kann, wenn gleichzeitig das größte und vitalste Risiko für diesen, nämlich der Krieg, weitgehend ignoriert wird.

Wer Frieden will, benötigt Urteilskraft und einen Begriff vom Krieg und er muss das Wesen des Krieges verstehen, um gezielt zu dessen Vermeidung, Beendigung und Einhegung in seinen vielfältigen Erscheinungsformen beitragen zu können. Dies erfordert Expertise im Bereich der Theorie des Krieges und macht damit eine wissenschaftliche Befassung mit Krieg auch im Sinne kriegstheoretischer Grundlagenforschung zur Notwendigkeit.

Was ist zu tun um die in diesem Bereich bestehende Forschungslücke zu beheben?

Da der Aufbau wissenschaftlicher Expertise einen zeitintensiven Prozess darstellt, ist dieser weder schlagartig noch kurzfristig zu erreichen. Wichtigste Voraussetzung für die Beseitigung dieses Defizits ist es daher, dieses Manko überhaupt erst zu erkennen, zu thematisieren und den nachhaltigen Willen zu seiner Behebung zu entwickeln. Die Bewusstmachung der Bedeutung und Relevanz dieses Gegenstands stellt damit den ersten Schritt zur Beseitigung der aufgezeigten Forschungslücke dar.

Inhaltlich kommt es zunächst darauf an, wieder Anschluss zu gewinnen an das geistphilosophische Reflexionsniveau, das uns Carl von Clausewitz mit seinem Werk „Vom Kriege“ hinterlassen hat. Dies erfordert eine tiefgehende Befassung und Auseinandersetzung mit seinem Werk sowohl inhaltlich als auch methodisch, um es als geistige Ausgangsbasis für die Schulung des eigenen Urteilsvermögens im Bezug auf Krieg nutzen zu können.

In einem praktischen Folgeschritt könnte das clausewitzsche Werk dann systematisch auf seine sicherheits- und friedenspolitische Relevanz und Anschlussfähigkeit hin untersucht werden. Anhand konkreter Thesen und Themenkomplexe, z.B. „Krieg und Politik“, „Stärke der Verteidigung“ oder „Strategischer Zweck Frieden“ könnte „Vom Kriege“ so gezielt für die Schulung von Urteil und Denken im Kontext von Sicherheit und Frieden genutzt werden. Dies wäre weitgehendes Neuland, sowohl für die Clausewitz- als auch für die Friedensforschung.

¹⁰ Vgl. u. a. Winfried Nachtwei, MdB a. D., Die Auslandseinsätze im Rückblick – Was wir für die Zukunft lernen sollen. Vortrag 24.06.2011.



2.3 Massenvernichtungswaffenfreie Zone Naher Osten

Ulrich Kühn

Eine massenvernichtungswaffenfreie Zone Nahost: Wunschtraum oder konkretes Ziel?



Am 14. Oktober 2011 ernannte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon den finnischen Staatssekretär Jaakko Laajava zum Vermittler der für das Jahr 2012 geplanten Konferenz über die Errichtung einer Massenvernichtungswaffenfreien Zone (MVWFZ) Nahost. Finnland wird nicht nur den Vermittler, sondern mit Helsinki auch den Verhandlungsort stellen. Damit ist eine wichtige Hürde auf dem Weg zu möglichen Verhandlungen im Jahr 2012 genommen. Nach fast 40 Jahren besteht die Chance, dass die betroffenen Staaten erstmals die Absicht einer MVWFZ Nahost konkretisieren. Ob die geplante Konferenz jedoch wirklich stattfindet und, wenn ja, wann, wird maßgeblich von der Verhandlungsbereitschaft der beteiligten Parteien und den tagespolitischen Entwicklungen im Nahen Osten abhängen.

Hintergrund

Das Ziel einer MVWFZ Nahost ist auf äußerst komplexe Art mit verschiedensten regionalen, internationalen und multilateralen Politikfeldern verknüpft – hinzu kommen starke ökonomische Interessen. Doch damit nicht genug, einerseits ist die Interessenlage der involvierten Parteien sehr heterogen, andererseits sind diese geographisch nicht auf den Nahen Osten begrenzt.

Geht es um Nuklearwaffen oder um Massenvernichtungswaffen?

Zunächst einmal gilt es zu klären, was die beteiligten Parteien unter einer MVWFZ konkret verstehen. Bereits bei den verwendeten Formulierungen beginnen die feinen, aber in ihrer Auslegung enorm wichtigen Unterschiede. Die im Oktober 2011 vom 1. Ausschuss der VN verabschiedete Resolution ist betitelt „Establishment of a nuclear-weapon-free zone in the region of the Middle East“.¹ Gleichwohl lädt der operative Artikel 9 der Resolution alle Parteien ein, mögliche Mittel auf dem Weg zur Etablierung einer „Zone frei von Massenvernichtungswaffen in der Region des Nahen Ostens“ zu berücksichtigen. Der entscheidende Unterschied ist hier im Übergang von der nuklearen auf die weiter gefasste Ebene aller Massenvernichtungswaffen – also auch chemischer und biologischer – zu sehen. Während die Staaten der Arabischen Liga und auch Iran vor allem das nukleare Verbot in den Vordergrund schieben und damit konkret auf den (noch) einzigen Besitzstaat nuklearer Waffen in der Region (Israel) zielen, sind es wiederum Israel und besonders die USA, die auf ein weiter gefasstes Verbot *aller* Massenvernichtungswaffen in der Region drängen. Beide Ansätze hängen eng mit der negativen Historie der Entwicklung, des Besitzes und des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten zusammen.

Entwicklung, Besitz, Einsatz: Die negative Historie der Region

Israel ist bis heute der einzige Staat der Region, der über Nuklearwaffen verfügt. Obwohl dieses Faktum inzwischen allgemein bekannt ist, hat sich Tel Aviv auf seine Politik der nuklearen Ambiguität versteift. Während sich Israel mehrfach kriegerischen Angriffen seiner Nachbarn ausgesetzt sah, betrachtet es die eigenen waffenfähigen Plutoniumreserven² noch immer als ultimative militärische Option. Was Israel, vor allem mit Hilfe der Unterstützung Frankreichs gelang, haben eine ganze Reihe weiterer Staaten des Nahen Ostens mehrfach versucht. Irak, Libyen, Syrien, Ägypten und aktuell sehr wahrscheinlich der Iran haben sich entweder an klandestinen Nuklearwaffenprogrammen versucht oder zumindest einschlägige Experimente durchgeführt. Am weitesten kam

1 Establishment of a Nuclear-Weapon-Free Zone in the Region of the Middle East, Draft Resolution, UN Doc. A/C.1/66/L.1 v. 10.10.2011.

2 Diese reichen für ca. 100-200 nukleare Sprengköpfe. Vgl.: <http://www.nti.org/country-profiles/israel/nuclear/>.

dabei der Irak unter Saddam Hussein. Es war auch dieser Staat, der sowohl im ersten Golfkrieg mit dem schiitischen Iran, als auch gegen die eigene kurdische Minderheit im Norden Chemiewaffen eingesetzt hatte. Gleichfalls gab oder gibt es in Syrien und in Libyen Restbestände chemischer Waffen. Und selbst das vordergründig unverdächtig erscheinende Ägypten weigert sich bisher – wenngleich aus rein politischem Kalkül gegenüber Israel – standhaft, die Biowaffenkonvention zu ratifizieren und das Übereinkommen zum Verbot von Chemiewaffen zu unterzeichnen. Vor dem Hintergrund des iranischen Nuklearprogramms hat jüngst eine ganze Reihe von Staaten der Region mehr oder weniger offen potenzielle militärische Gegenmaßnahmen ins Spiel gebracht. Dazu könnte auch ein nuklearer „Schutzschirm“ der USA zählen.

Lässt man zunächst die ursächlichen Konflikte innerhalb des Nahen Ostens außer Acht, so ergibt sich zusammengenommen das auffällige Bild einer Region mit hohem *Break-Out*-Potenzial. Die strukturelle Krisenanfälligkeit der Region scheint die Schwellen zur Entwicklung, dem Besitz und dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen signifikant herabgesetzt zu haben. Dies könnte für alle drei Kategorien von Massenvernichtungswaffen gelten. Folgerichtig würde die negative Historie für einen umfassenden Ansatz des Verbots *aller* Massenvernichtungswaffen sprechen.

Dauerhafte Krisen als negatives Linkage-Potenzial

Die verschiedensten Versuche des Erwerbs nuklearer, chemischer oder biologischer Militäroptionen sind zunächst nur der extreme Effekt einer fast schon strukturellen Krisenanfälligkeit der gesamten Region. An dieser Stelle sollen lediglich zwei (Dauer)-Krisen und deren Einfluss auf die Diskussion um eine MVWFZ Nahost exemplarisch extrapoliert werden.

Die bereits erwähnten Unternehmungen des Irak führten in Folge der ersten US-Intervention nicht nur zu einer ganzen Reihe von Sanktionsmaßnahmen, sie hatten auch ihre Auswirkungen auf die Verifikations- und Überwachungsmechanismen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO). Folgerichtig erweiterte diese oft als „UN-Wachhund“ bezeichnete Organisation ihr Überprüfungsrepertoire um verstärkt intrusive Maßnahmen – dargelegt im sogenannten „Zusatzprotokoll“. 2003 bildeten dann die verfälschenden Aussagen US-amerikanischer Geheim- und Militärdienste den Hintergrund für die zweite Intervention Washingtons in dem erdölreichen Golfstaat. Obwohl inzwischen frei von jeglichen Massenvernichtungswaffen, ist der Irak bis heute nicht zur Ruhe gekommen. Mit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch der US-Armee hat sich das Image Washingtons in der Region weiter verschlechtert. In weiten Teilen der arabischen Öffentlichkeit werden die USA keinesfalls als friedensstiftende Ordnungs-, sondern als opportunistisch agierende Wirtschaftsmacht mit engen Bindungen zu Israel wahrgenommen. Dieses – teils begründbare Image – könnte das direkte Vermittlungspotenzial der USA in Verhandlungen zu einer MVWFZ Nahost schmälern.

Der inzwischen fast völlig zum Stillstand gekommene Nahost-Friedensprozess bildet den zweiten großen Krisenkonnex. Bevor man überhaupt über die Etablierung einer MVWFZ Nahost sprechen könne, so die israelische Lesart, müssten die Staaten der Region das Existenzrecht Israels offiziell anerkennen, der Unterstützung terroristischer Gruppen abschwören und eine Regelung für das Zwei-Staaten-Prinzip gefunden werden. Besonders unter dem Druck der palästinensischen Autonomiebehörde hat sich die Arabische Liga auf genau den entgegengesetzten Ansatz verständigt. Zuerst müsse Israel seine Nuklearwaffen abgeben, um den Friedensprozess ernsthaft und nachhaltig zu befördern. Dieses Dilemma verhindert vor allem, dass separate Fortschritte möglich werden. Während der Friedensprozess nicht von der Stelle kommt, werden mögliche Verhandlungen über eine MVWFZ Nahost als potenzielle Bühne für genau diesen Konflikt genutzt. Durch sogenannte *negative linkages* (Verknüpfungen) blockiert man sich letztlich kontinuierlich selber.

Externe Einflüsse und wirtschaftliche Interessen

Außerhalb der rein regionalen Krisenanfälligkeit war der Nahe Osten seit mindestens 200 Jahren auch immer geopolitisches Spielfeld externer Großmächte, die nur äußerst selten eine stabilisierende Wirkmacht entfalteten. Besonders die USA haben sich in den vergangenen 20 Jahren mehrfach militärisch in der Region engagiert. Dabei verfolgen sie vor allem konkrete Wirtschaftsinteressen. Auf dem Gebiet der zivilen Nuklearzusammenarbeit haben sich neben Washington auch Russland und Frankreich in den zurückliegenden Jahrzehnten etabliert. Auf die Vorreiterrolle Frankreichs als



Nukleuranlagenlieferant wurde bereits im Zusammenhang mit dem israelischen Reaktor bei *Dimona* in der Negev-Wüste hingewiesen. Doch auch Russland hat handfeste Wirtschaftsinteressen auf dem Gebiet der Kernenergiekooperation. Neben der von russischen Experten errichteten Anlage im iranischen Bushehr hat der staatliche Rosatom-Konzern erst jüngst Verträge und Absichtskontakte mit Algerien, Ägypten, Jordanien und Katar unterzeichnet. Zukünftig könnten stark anwachsende Bevölkerungszahlen und teils äußerst ertragreiche Gewinnmargen aus dem Rohölgeschäft viele Länder der Region in Richtung nuklearer Energiegewinnung drängen. Damit steigen die Absatzmöglichkeiten externer Anbieter. Gleichzeitig erhöhen sich jedoch auch die Gefahren verdeckter Waffenprogramme und nuklearer Weitergabe.

Die vor allem durch das Rohstoffgeschäft mit Erdgas und Erdöl bedingte lokale Machtverschiebung zu Gunsten der Staaten am Persischen Golf hat auch zu einem Anwachsen der Militärpotenziale der Golfstaaten geführt. Erst kürzlich unterzeichneten US- und saudische Vertreter den größten Waffendeal der jüngsten Geschichte. Hierbei spielt wiederum die Unsicherheit um das iranische Nuklearprogramm eine wichtige Rolle. Die bereits bestehende regionale Vormachtstellung Teherans könnte sich nach Auslegung diverser iranischer Nachbarstaaten durch eine „schiitische Nuklearwaffe“ exponentiell verstärken. Da der Iran bisher weder auf Gesprächsangebote, Sanktionen oder Drohungen reagiert, haben sich die USA und ihre Partner in der Region nunmehr auf den kurzsichtigen und potenziell verheerenden Weg der langfristigen militärischen Aufrüstung begeben. Damit steigt erneut das Krisenpotenzial der Region in direkter Verbindung zu einem (möglichen) Massenvernichtungswaffenprogramm.

Neben den erwähnten externen Großmächten gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Staaten mit beträchtlichen Interessen im Nahen Osten. Für die dritte Untersuchungsebene möglicher Verhandlungen über eine MVWFZ Nahost erweisen sich jedoch besonders die USA, Russland und Großbritannien als wichtig.

Der multilaterale Kontext: Das NVV-Regime

Auf multilateraler Ebene ist der Prozess der Etablierung einer MVWFZ Nahost auf das engste mit dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) gekoppelt. Nur zwei Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Nichtverbreitungsregimes im Jahr 1972 waren es 1974 Ägypten und Iran, die gemeinsam eine Resolution über die Etablierung einer Kernwaffenfreien Zone im Nahen Osten in die Generalversammlung einbrachten.³ Seit 1980 wird die Resolution alljährlich im Konsens angenommen. Es war wiederum Ägypten, das 1990 erstmals eine Zone frei von sämtlichen Massenvernichtungswaffen forderte und den UN-Generalsekretär mit der Erstellung eines entsprechenden Berichts beauftragte.⁴ Übergeordnete Relevanz für die internationalen Abrüstungsbemühungen erhielt das Thema schließlich durch die NVV-Überprüfungskonferenz im Jahr 1995. Die damals beschlossene unbegrenzte Vertragsverlängerung im konsensuellen Schlussdokument wurde an das Junktim der Umsetzung einer MVWFZ Nahost geknüpft. In der Resolution zum Nahen Osten wurden die Staaten aufgefordert, größtmögliche Anstrengungen zur baldigen Etablierung einer Zone frei von nuklearen und allen anderen Massenvernichtungswaffen sowie deren Trägersystemen zu unternehmen. Großbritannien, Russland und die USA wurden mit der Vorbereitung der Verhandlungen betraut.

Dieser Verhandlungskompromiss berührte gleich mehrfach den dem Vertrag innewohnenden Grundkonsens einer Zweiteilung in Nuklearwaffenbesitzer und Nicht-Besitzende. Während sich im NVV die Nuklearwaffenbesitzer dazu bekennen, ihre Nuklearwaffenarsenale abzurüsten, verpflichten sich die Nicht-Nuklearwaffenstaaten, keine solchen Waffen zu entwickeln, zu erwerben oder sensibles Wissen und Materialien weiterzugeben – kurz: Abrüstung für Nonproliferation. Seit Vertragsetablierung kreist die grundsätzliche Diskussion um die Frage, in welchem Ausmaß die Besitzerstaaten dieser Verpflichtung nachkommen. Der Etablierung einer MVWFZ Nahost kommt dabei eine signifikante Stellung zu, da einerseits eine solche Zone das Gebot der Nonproliferation enorm stärken, andererseits ein solcher Schritt zu konkreter nuklearer Abrüstung – nämlich des Nicht-NVV-Mitglieds Israel – beitragen würde. Hinzu kommt, dass mit der Zustimmung aller NVV-Mitglieder zur unbegrenzten Vertragsverlängerung von 1995 den fünf NVV-Besitzerstaaten ein

3 A/RES/3263 (XXIX).

4 A/RES/45/52



enorm wichtiger Schritt zur Zementierung der Nonproliferationsnorm gelungen ist. Das Grundverständnis von 1995 war somit ein Dreifaches. Erstens erhalten die Besitzerstaaten die unbegrenzte Zusage der freiwilligen Beschränkung der Mehrheit, zweitens erhält die Mehrheit die Zusage zur verstärkten Abrüstung durch die Minderheit, drittens erhält eine gewichtige Gruppe innerhalb der Mehrheit (die Staaten des Nahen Ostens) die Zusage, größtmögliche Anstrengungen zur baldigen Etablierung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone (einschließlich deren Trägersysteme) zu unternehmen. Bis heute hat dieser Grundkonsens nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Gleichwohl wurde er zwischen 1995 und 2010 nur sehr unterschiedlich bedient.

Die NVV-Überprüfungskonferenz von 2000 hatte erstmals seit 1985 wieder ein konsensuelles Schlussdokument produziert. Ausschlaggebend hierfür war vor allem eine gemeinsame Erklärung der fünf Besitzerstaaten, in der diese sich erstmals zur vollständigen nuklearen Abrüstung verpflichteten. Darüber hinaus bekräftigte das Schlussdokument die Absicht der Etablierung einer MVWFZ Nahost. Unter dem Einfluss der rüstungskontrollpolitischen Abneigung der Regierung Bush und ihres Unwillens, sich der Nahostproblematik anzunehmen, endete die Überprüfungskonferenz des Jahres 2005 im völligen Zwist. Erst im Zuge der Initiative von Präsident Barack Obama, auf eine Welt frei von allen Nuklearwaffen hinzuwirken, kurz: „Global Zero“, und der positiven Wirkung des US-amerikanisch-russischen New-START-Abkommens, gelang es der Überprüfungskonferenz 2010 konkrete Schritte auf dem Weg zu einer MVWFZ Nahost zu vereinbaren.⁵ Der Erfolg der Überprüfungskonferenz 2010 ging maßgeblich auf den Willen der US-Regierung zurück, den beschriebenen Grundkonsens des Regimes zu wahren. Dies war nach dem Scheitern der Konferenz von 2005 auch dringend geboten. Washington verhinderte deshalb die alleinige Nennung Israels und die damit verbundene Beitrittsaufforderung zum globalen Nichtverbreitungsregime explizit nicht. Auch wenn offizielle Stellen der US-Regierung noch während der Konferenz versuchten, diesen Standpunkt zu relativieren⁶, stehen die USA nicht erst seit 1995 im Wort, die Anstrengungen für die Etablierung einer MVWFZ Nahost proaktiv zu unterstützen.

Standpunkte und mögliche Optionen

Mit der NVV-Überprüfungskonferenz von 2010 hat sich ein neues Zeitfenster für die mögliche Schaffung einer MVWFZ Nahost geöffnet. Die Entwicklungen des Arabischen Frühlings könnten diesem – im positiven Falle – zu Gute kommen. Die Benennung des erfahrenen finnischen Diplomaten Laajava ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Gleichwohl ist die Konferenz damit noch keine Realität.

Die aktuellen Standpunkte der wichtigsten Akteure

Für die beteiligten Parteien wird es entscheidend sein, der Frage, was zuerst kommen sollte – eine MVWFZ oder eine stabile Sicherheitslage in der Region – aus dem Weg zu gehen und eher nach parallelen Lösungsansätzen zu suchen. Ausschlaggebend wird ebenfalls sein, ob die Ausgrenzung einzelner Staaten (Israel oder auch Iran) erfolgreich verhindert werden kann. Erschwerend kommt hinzu, dass in den USA, Russland, China und Frankreich Präsidentschaftswahlen anstehen. Ein Termin noch vor dem ersten NVV-Vorbereitungstreffen im Mai 2012 erscheint äußerst unwahrscheinlich. Manche Beteiligten sprechen deshalb bereits von der realistischeren Option für das Jahr 2013. Aus Kreisen der Delegationen der drei Ko-Sponsoren (Großbritannien, Russland, USA) verlautete vor diesem Hintergrund eine mögliche Präferenz für ein lediglich kurzes Treffen auf höherer Ebene.

Für Washington scheint oberste Priorität zu haben, den möglichen Schaden einer Konferenz, die durchaus im Streit enden könnte, so gering als möglich zu halten. Dabei gilt es für die USA, sowohl potenziell destabilisierende Effekte für die Gesamtregion als auch speziell für das NVV-Regime zu verhindern. Washington besteht deshalb darauf, dass die Konferenz ausschließlich nach

5 Vgl.: UN Doc. NPT/CONF.2010/50 [Vol. I], Abs. IV.

6 Siehe die Erklärung der US-Rüstungskontrollbeauftragten Ellen Tauscher, die verlauten ließ, das Engagement der USA werde „seriously jeopardised because the final document singles out Israel in the Middle East section, a fact that the United States deeply regrets.“ Siehe: http://mobile.reuters.com/article/politicsNews/idUSTRE64R_5RO20100528 [letzter Zugriff: 31.12.2011].



dem Konsensprinzip operieren dürfe, so der damalige nationale Sicherheitsberater, General James L. Jones, in einem Statement vom 28. Mai 2010.⁷ Für Großbritannien, den zweiten Ko-Sponsor der Nahostresolution von 1995, betonte die Direktorin der Nichtverbreitungsabteilung im Außenamt Liane Saunders am 26. Oktober 2010, dass die Konferenz lediglich einen einzelnen Baustein im weiteren Zusammenhang des Nahost-Friedensprozesses darstelle.⁸ Israel wiederum lehnte in seiner ersten Stellungnahme die Forderung nach einer Konferenz ab und verwies auf die vorrangige Rolle des Nahost-Friedensprozesses.⁹ Gleichwohl scheint Tel Aviv unter intensiver Einwirkung der USA inzwischen bereit, an der Konferenz teilzunehmen. Dies bedeutet jedoch noch nicht, dass Israel auch förmliche Verhandlungen aufnehmen würde. Die ägyptische Haltung scheint von den aktuellen innenpolitischen Entwicklungen bisher weitestgehend unbeeinflusst. Gleichwohl kommen aus Kairo, so verlautete aus diplomatischen Kreisen, bisher wenig konkrete Vorschläge und vielmehr deutliche Zeichen der Ungeduld und Unzufriedenheit mit der Rolle der Ko-Sponsoren. Iran wiederum hat sich bisher noch gar nicht offiziell positioniert. Vor dem Hintergrund der Ungewissheiten um das iranische Nuklearprogramm und der beschriebenen regionalen Wirkung ist es jedoch fragwürdig, ob eine Konferenz ohne Iran zu belastbaren Ergebnissen gelangen könnte. Der EU, und damit auch Deutschland, kommt bei dem Prozess eher eine wohlwollende Beobachterrolle zu. Im Juli 2011 veranstaltete die EU ein Seminar über vertrauensbildende Maßnahmen in der Region. Ein deutlicher Erfolg war dabei die Anwesenheit aller betroffenen Staaten.

Mögliche Optionen

Mögliche Optionen und sogar konkrete Vorschläge für die spätere Errichtung und Umsetzung einer MVWFZ Nahost gibt es *en masse*.¹⁰ Dabei gilt zunächst zu klären, wer überhaupt an einer solchen Zone teilnehmen würde. Wünschenswert wäre wohl die Teilnahme aller Mitglieder der Arabischen Liga, Israels und Irans. Der Türkei als Regionalmacht (und NATO-Mitglied) sollte mindestens eine Beobachterrolle zugestanden werden. Inhaltlich wäre es zunächst wichtig, dem beschriebenen Dilemma aus dem Weg zu gehen. Ein möglicher Ausweg, das Prioritäten-Dilemma zu umgehen, könnte in einer Rückbesinnung auf die durchaus ermutigenden Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe „Rüstungskontrolle und regionale Sicherheit“ (ACRS) (1992-1995) liegen. Diese regionale Arbeitsgruppe unter Einschluss Israels hatte einen breiteren Verhandlungsansatz gewählt. Dabei sollten zunächst vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen einhergehend mit Transparenzinitiativen den Boden für spätere konkrete Abrüstungsschritte bereiten. Obwohl diese Gespräche letztlich an der israelischen Weigerung, das eigene Nuklearprogramm ernsthaft zu diskutieren, scheiterten, könnten sie auch heute noch einen vielversprechenden Wiederanknüpfungspunkt darstellen. Ende November 2011 hielt deshalb die IAEA ein Forum zu genau diesen Fragen ab. Obwohl alle Beteiligten die konstruktive Atmosphäre und den gemäßigten Umgangston lobten, bedeutete das Fernbleiben Irans einen herben Rückschlag.

Ein weiterer wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer MVWFZ Nahost bildet eine mögliche multinationale Antwort auf den zunehmenden Energiehunger der gesamten Region. Anstatt jeweils ein eigenes ziviles Nuklearprogramm zu entwickeln, könnten die Teilnehmer der Region im Zusammenhang mit einer MVWFZ einen multinationalen Brennstoffkreislauf mit gegenseitig abgesicherten Lieferverträgen anstreben. Die finanziellen Vorteile einer solchen Unternehmung würden wohl nur von den vertrauensbildenden Aspekten übertroffen. Gleichwohl bieten jedoch bereits die Verteilung der Finanzierungslasten, administrative Zuständigkeiten und der geographische Standort des Projekts genügend Anlässe sich trefflich auf diplomatischem Parkett zu streiten.

7 <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/statement-national-security-advisor-general-james-l-jones-non-proliferation-treaty> [letzter Zugriff: 17.12.2011].

8 Liane Saunders, Keynote Address, „Opportunities and Challenges towards a Middle East WMD Free Zone Conference in 2012, unter: <http://www.cisd.soas.ac.uk/Editor/assets/cisd%205th%20london%20conference%20on%20a%20middle%20east%20wmdfz%202010.pdf> [letzter Zugriff: 17.12.2011].

9 Vgl.: http://www.mfa.gov.il/MFA/Government/Communiques/2010/Statement_Government_Israel_NPT_Review_Conference_29-May-2010.htm [letzter Zugriff: 17.12.2011].

10 Vgl. z.B.: Toward a Conference on a Nuclear Weapon or WMD Free Zone in the Middle East. Some points for consideration, Pugwash paper, 26 September 2011. Building a Weapons of Mass Destruction Free Zone in the Middle East. Global Non-Proliferation Regimes and Regional Experiences, UNIDIR/2004/24. Harald Müller/ Claudia Baumgart-Ochse, A weapons of mass destruction-free zone in the Middle East: an incremental approach, Background Paper (EU Non-Proliferation Consortium), Brüssel, 2011.



IFAR² und die beschriebene Thematik

Im Berichtszeitraum hat sich die Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²) mehrfach und eingehend mit der beschriebenen Thematik auseinandergesetzt. In Kooperation mit dem Auswärtigen Amt hatte IFAR² für einen befristeten Zeitraum einen IFSH-Mitarbeiter – Ulrich Kühn – als politischen Referenten ins Auswärtigen Amt entsandt. Ziel dieser Kooperation war die Planung, Vorbereitung und Durchführung der 59. Internationalen Pugwash-Tagung in Berlin. Eines der zentralen Themen dieser mehrtägigen Konferenz waren dabei auch die offenen Fragen des Nahost-Friedensprozesses und der Etablierung einer MVWFZ Nahost. Unter hochrangiger Beteiligung offizieller und zivilgesellschaftlicher Vertreter diskutierten die Teilnehmer die verschiedenen Aspekte sowie Hinderungsgründe und mögliche Lösungsvorschläge. Die durchaus kontroversen Diskussionen dienten dabei vor allem als Möglichkeit des ungehinderten Gedankenaustauschs. Götz Neuneck und Ulrich Kühn waren im Vorfeld für die Ausarbeitung des dreitägigen Programms mitverantwortlich.

In diversen Beiträgen, Vorträgen und Medienauftritten haben Götz Neuneck, Michael Brzoska und Oliver Meier sowohl die Diskussion um das iranische Nuklearprogramm analysiert als auch die Ergebnisse der NVV-Überprüfungskonferenz 2010 ausgewertet. Dabei fungierte Götz Neuneck als beratender Teilnehmer der bundesdeutschen Delegation zur Überprüfungskonferenz. Franziska Baumann diskutierte im IFAR²-Working-Paper Nr. 15 die Ergebnisse der Konferenz vor dem Hintergrund von *Global Zero*. Anne Finger und Ulrich Kühn haben sich in ihren Arbeiten zusammen mit Götz Neuneck besonders den Implikationen dieses Postulats gewidmet. Nicht zuletzt trugen die Studien von Götz Neuneck, Christian Alwardt und Hans-Christian Gils zur Raketenabwehr in Europa auch zu einem besseren technischen Verständnis der betriebenen Trägermittelprogramme im Nahen Osten bei. Darüber hinaus nahm Götz Neuneck an den Diskussionen einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Bernd W. Kubbig zur selben Thematik teil.

Schluss

Mit dem Fernbleiben Teherans vom IAEO-Forum zu vertrauensbildenden Maßnahmen zeigten sich die ersten Auswirkungen des IAEO-Berichts vom November 2011 zum iranischen Nuklearprogramm, in dem die Behörde den Iran bezichtigt, ein Programm zur Atomwaffenentwicklung zu betreiben.¹¹ Sollten sich die USA wider Erwarten doch im Sicherheitsrat mit einer fünften Sanktionsrunde gegen Teheran durchsetzen, würden sich die Aussichten auf eine Beteiligung Irans an der geplanten Konferenz in Helsinki wohl sehr schnell eintrüben. Öffentliche Überlegungen der israelischen Regierung über einen eventuellen Militärschlag gegen die iranischen Nuklearanlagen könnten all diese Ansätze schließlich über Nacht zunichtemachen. Die möglichen negativen Auswirkungen für die Region würden dabei mit großer Wahrscheinlichkeit auch ihren deutlichen Widerhall auf der NVV-Überprüfungskonferenz im Jahr 2015 finden. Damit wäre die Schaffung einer MVWFZ Nahost einmal mehr aus dem Bereich der konkreten Politik in die Sphäre der erstrebenswerten Wunschvorstellung entglitten. Solch ein negatives Szenario gilt es, besonders vor dem Hintergrund der beschriebenen Krisenanfälligkeit der gesamten Region, unbedingt zu verhindern.

11 Implementation of the NPT Safeguards Agreement and relevant provisions of Security Council resolutions in the Islamic Republic of Iran Report by the Director General (GOV/2011/65), 8 November 2011.



3. Arbeitsbereiche – Forschungs- und Beratungsprojekte

3.1 Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)

Das Zentrum für OSZE-Forschung / Centre for OSCE Research (CORE) ist weltweit die einzige wissenschaftliche Einrichtung, die sich die Erforschung der Aktivitäten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Aufgabe gemacht hat. Entsprechend dem umfassenden Sicherheitsverständnis der OSZE reichen die Forschungsgegenstände dabei von Fragen der europäischen Sicherheit, Rüstungskontrolle, Konfliktregulierung und transnationaler Gewalttrisiken bis zu den Aufgabenfeldern Menschenrechte, Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit. Regional fokussiert CORE auf Osteuropa, den Kaukasus und Zentralasien.

Inhaltliche Schwerpunkte 2011

Die Aktivitäten von CORE im Jahre 2011 orientierten sich am mittelfristigen Arbeitsprogramm des IFSH „Transnationalisierung von Gewalttrisiken als Herausforderung europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik“ und konzentrierten sich dabei im Rahmen der sich überlappenden Cluster Wandel, Konflikte und Wirkung auf zwei zentrale Konfliktachsen, nämlich das Verhältnis Russlands zum Westen und die Konfliktkonstellation in Zentralasien, die durch eine komplexe Überlagerung innenpolitischer, inter- und transnationaler Faktoren gekennzeichnet ist.

Russland und der Westen

Während sich Russland und westliche Akteure (EU, NATO, Staaten) in der Abwehr transnationaler Gewalttrisiken (Terrorismus, Drogen, Afghanistan) zumeist auf ein gemeinsames Vorgehen einigen können, fällt ihnen eine Verständigung in den klassischen internationalen Konflikten (subregionale



UN Generalsekretär Ban Ki-moon gratuliert Ulrich Kühn zum erfolgreichen Abschluss des UN Fellowship on Disarmament

Konflikte, Einflussphären, Rüstungskontrolle) noch schwer. Diese Differenz soll ein neues, 2011 vorbereitetes Projekt erklären, welches das Verhalten Russlands in verschiedenen sicherheitsrelevanten internationalen Organisationen vergleichen will. Dies wird ergänzt durch eine Analyse des KSE-Verhandlungsprozesses, die herausarbeiten soll, welche Faktoren zum Erfolg bzw. Scheitern multilateraler Rüstungskontrollverhandlungen beitragen. Auf einer stärker *Policy*-orientierten Ebene wurden Vorarbeiten für eine deutsch-französisch-polnisch-russische „Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community“ begonnen, die mit einem Workshop am 20. März 2012 in Berlin im Auswärtigen Amt gestartet werden soll.

Das zentralasiatische Konfliktsyndrom

In Zentralasien verbinden sich innenpolitische Instabilitäten (Bürgerkrieg in Tadschikistan 1992-1997, Massaker in Andischan 2005, Pogrome in Kirgisistan 2010), transnationale Gewalttrisiken (Drogenhandel, State-Crime-Nexus, islamistische Radikalisierung, *Spill-over* Afghanistan) auf komplexe Weise mit intraregionalen Rivalitäten und Konflikten (Kasachstan-Usbekistan, Usbekistan-Tadschikistan) und den Versuchen externer Mächte, ihren Einfluss auszubauen. Ein neues Projekt zur Diversifizierung kasachstanischer, turkmenischer und usbekischer Außen- und Sicherheitspolitik soll erforschen, wie die drei Staaten mit diesen Herausforderungen umgehen. Ein Forschungsantrag wurde 2011 gestellt, aber im Berichtszeitraum noch nicht entschieden. Des Weiteren wurde 2011 ein Pilotprojekt zu den Afghanistanpolitiken der zentralasiatischen Staaten durchgeführt, das die Grundlage für ein größeres Folgeprojekt darstellt. Diese Aktivitäten wurden ergänzt durch Dissertationsprojekte zu multilateraler Kooperation in Zentralasien und zum Aufbau innenpolitischer *Governance*-Strukturen in Kasachstan, die nach dem Verlauf im Jahr 2011 im ersten Halbjahr 2012 abgeschlossen werden können.

Transfers und Beratung

Die Forschungsvorhaben wurden ergänzt durch Transfer- und Beratungsprojekte, darunter *Policy Papers* für das Auswärtige Amt, ein gemeinsamer Workshop mit dem Auswärtigen Amt zum The-

ma OSZE-Feldoperationen, ein Training für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des irischen Außenministeriums zur Vorbereitung des irischen OSZE-Vorsitzes 2012, die Herausgabe des „OSZE-Jahrbuchs“ und andere OSZE-bezogene Dienstleistungen.

Größere Forschungsprojekte

CORE-10-F-01 : Hegemonialer Wandel und Sicherheit in Zentralasien. Zur Diversifizierung in der kasachstanischen, turkmenischen und usbekischen Außen- und Sicherheitspolitik (1992-2013). Eine vergleichende Analyse

Bearbeiter/in: Anna Kreikemeyer, Wolfgang Zellner.

Die zentralasiatischen Staaten sind von wachsender Bedeutung für die strategische Stabilität und Energieversorgungssicherheit Europas. Vor diesem Hintergrund wiegt umso schwerer, dass die inneren und äußeren Bedingungsfaktoren der Außenpolitiken der zentralasiatischen Staaten noch weithin unverstanden sind. Von daher stellt sich die Frage, inwieweit sich das außen- und sicherheitspolitische Diversifizierungsverhalten Kasachstans, Turkmenistans und Usbekistans durch die kompetitiven Interessen externer Akteure, die jeweilige Dependenz dieser drei Staaten sowie durch die unterschiedlich ausgeprägte innenpolitische Flexibilität ihrer Herrschaftssysteme erklären lässt und welche sicherheitspolitischen Implikationen sich daraus für die kaspische Region und Zentralasien ergeben.

Wir nehmen an, dass das Diversifizierungsverhalten der Untersuchungsländer sowohl von innen- wie von außenpolitischen Faktoren beeinflusst wird. Dabei haben innenpolitische Herrschaftsstrukturen und Entscheidungen zwar relativ große Bedeutung, der entscheidende Stellenwert dürfte jedoch Außeneinwirkungen, insbesondere durch die Hegemonialmacht Russland, die Konkurrenz zwischen Russland, China, den USA und der EU sowie die jeweiligen strukturellen Dependenz der Untersuchungsländer zukommen.

Im ersten Halbjahr 2011 wurde bei der VolkswagenStiftung ein Projektantrag gestellt, über den im Berichtszeitraum noch nicht entschieden war.

CORE-10-F-02: Multilateralism in Russian Foreign Policy: Genuine Search for Partners or Undercover for Unilateral Ambitions ?

Bearbeiter/in: Elena Kropatcheva, Wolfgang Zellner.

Während einige Russlandexperten russische Außenpolitik als inkohärent, sprunghaft und generell eher konfrontativ und antiwestlich beschreiben, sprechen andere von Kontinuität und einer Parallelität von kooperativem und konfrontativem Verhalten. Damit gibt es keine Klarheit über Wesen und Triebkräfte russischer Außen- und Sicherheitspolitik. Um diese besser verstehen zu können, soll das russische Verhalten in bzw. gegenüber sicherheitsrelevanten internationalen Organisationen (IO) untersucht werden. Dazu gibt es eine Reihe von Einzelpublikationen, es fehlt jedoch eine umfassendere theoriegeleitete Studie.

Die zentralen Fragestellungen dieses 2011 vorbereiteten Projekts lauten: In welchem Maße und für welche Zwecke nutzt Russland multilaterale Sicherheits-IOs? Welche Faktoren bedingen Russlands jeweiliges Vorgehen? Wie effektiv ist Russland bei der Nutzung multilateraler Sicherheits-IOs? Diese Fragen sollen in ausgewählten Themenfeldern am Beispiel der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit, des NATO-Russland-Rates, der OSZE, der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit und des VN-Sicherheitsrats untersucht werden. Ein Projektantrag für ein zweijähriges Pilotprojekt wurde im Dezember 2011 im Rahmen der Post-Doc-Förderung der Nachwuchsinitiative der Universität Hamburg gestellt.



Wolfgang Zellner (li) und Uli Kühn bei der Konferenz „European Security Governance Institutions“ in Moskau



CORE-10-F-06: Small Players in a Great Game. The Afghanistan Polices of the Central Asian States

Bearbeiter/in: Diana Digol, Wolfgang Zellner.

Afghanistan und die fünf zentralasiatischen Staaten repräsentieren zwei Destabilisierungspotenziale, die in demselben strategischen Kontext stehen, jedoch noch nicht bzw. nur gering verbunden sind. Im besten Fall können diese beiden Konfliktpotenziale getrennt gehalten und schrittweise deeskaliert werden. Im schlimmsten Fall verbinden sie sich und eskalieren gemeinsam. Um eine weitere Konflikteskalation zu verhindern, muss man verstehen, wie die Dynamiken der beiden Konfliktpotenziale ineinandergreifen. Die in diesem Kontext am wenigsten bearbeitete Frage betrifft die Afghanistan-Politiken der zentralasiatischen Staaten.



Podiumsdiskussion im Rahmen der 40-Jahrfeier des IFSH mit Winfried Nachtwei, Alyson Bailes, Andreas Flocken, Egon Bahr und Regine Mehl (v.l.n.r.)

Von daher lautet die zentrale Forschungsfrage des Vorhabens, welche Politiken die zentralasiatischen Staaten gegenüber Afghanistan betreiben, ob sie diese Politiken mit ihren Nachbarn und den anderen am Konflikt interessierten Seiten (NATO, USA, Russland etc.) abstimmen und welche innenpolitischen Interessen hinter diesen Politiken stehen. Unsere

Ausgangshypothese besagt, dass die Afghanistanpolitiken der zentralasiatischen Staaten über die allgemeine Unterstützung der westlichen Allianz hinaus je nach den konkreten Befürchtungen der einzelnen Staaten erheblich variieren.

Im ersten Halbjahr wurde mit bei der DSF eingeworbenen Mitteln ein fünfmonatiges Pilotprojekt durchgeführt, in dessen Rahmen die Projektbearbeiterin eine einmonatige Forschungsreise nach Kasachstan und Tadschikistan unternahm. Die Pilotstudie soll als Grundlage für ein größeres Forschungsprojekt dienen.

CORE-10-F-04: The CFE Negotiations: Lessons for Multilateral Arms Control

Bearbeiter: Ulrich Kühn, Wolfgang Zellner.

Mit dem Ende des Kalten Krieges ist in Europa ein konventionelles Rüstungskontrollregime eingerichtet worden, das sowohl hinsichtlich seiner materiellen Regelungsdichte als auch seiner Transparenz- und Verifikationsbestimmungen als weltweit einmalig gelten kann. Dieses Regime ist während der letzten zehn Jahre in einem Ausmaß untergraben worden, dass sein Kollaps nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Gleichwohl scheint eine Wiederaufnahme des KSE-Prozesses immer noch möglich zu sein. Trotz zahlreicher Einzelargumente fehlt es an einem umfassenderen Verständnis für diesen Prozess.

Von daher lauten die zentralen Forschungsfragen: Welche Faktoren haben die KSE-Verhandlungen erleichtert bzw. kompliziert? Welche Lehren können aus dem KSE-Prozess für künftige multilaterale Rüstungskontrollverhandlungen gezogen werden?

Ein 2011 überarbeiteter, bei der DSF gestellter Projektantrag wurde nicht bewilligt. Das Projekt soll nun von Ulrich Kühn als Dissertationsprojekt mit Förderung durch das Evangelische Studierendenwerk Villigst e.V. durchgeführt werden.

CORE-10-F-05: IDEAS – The Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community

Bearbeiter: Frank Evers, Wolfgang Zellner, Ulrich Kühn.

Auf ihrem Gipfeltreffen in Astana im Dezember 2010 bekannten sich die OSZE-Staaten „zur Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok“ (Gedenkerklärung von Astana, Abs. 1). Dabei ist mehr als deutlich, dass die heutigen sicherheitspolitischen Realitäten in Europa dieser Vision in keinster Weise entsprechen.

IDEAS ist eine Track-2-Initiative von vier Forschungsinstituten (*Fondation pour la Recherche Stratégique*, Paris, IFSH/CORE, *Polish Institute of International Affairs*, PISM, *Moscow State Institute for International Relations*, MGIMO) aus Deutschland, Frankreich, Polen und Russland, die sich das Ziel gesetzt haben, die Vision einer Sicherheitsgemeinschaft im Rahmen einer Serie von vier Workshops in Berlin, Paris, Warschau und Moskau und einer darauf aufbauenden Studie zu konzeptionalisieren. Gleichzeitig will IDEAS zur Schaffung eines OSZE-Netzwerks akademischer Einrichtungen beitragen, wie dies der Generalsekretär der OSZE, Lamberto Zannier, vorgeschlagen hat.

Im Berichtszeitraum wurde die Zusammenarbeit zwischen den vier Instituten, den unterstützenden Außenministerien der vier Staaten und deren Ständigen Vertretungen bei der OSZE begründet. Ferner wurde mit der Vorbereitung des Eröffnungsworkshops am 20. März 2012 in Berlin im Auswärtigen Amt begonnen. Eine 2010 verfolgte dreiseitige deutsch-polnisch-russische Initiative wurde in IDEAS integriert.



Dr. Detlef Bald beim Vortrag zur Geschichte des IFSH auf der 40-Jahrfeier

**CORE-Projekte**

Signatur	Titel
CORE-10-F-01	Hegemonialer Wandel und Sicherheit in Zentralasien. Zur Diversifizierung in der kasachstanischen, turkmenischen und usbekischen Außen- und Sicherheitspolitik (1992-2013). Eine vergleichende Analyse
CORE-10-F-02	Russia and International Security Organizations: Patterns of Instrumentality
CORE-10-F-04	Bargaining for Conventional Stability: The Rise and Crisis of the CFE Treaty
CORE-10-F-05	Joint German-Polish-Russian Initiative: Report on the Future of European Security
CORE-10-F-06	The Afghanistan Polices of the Central Asian States
CORE-10-P-02	OSZE-Jahrbuch (deutsch, englisch, russisch)
CORE-09-NF-05	Herrschaft und Verwaltung in Kasachstan
CORE-09-NF-06	Multilateral cooperation in and with Central Asia: Reciprocal adaptation and learning processes in cooperation relations between international institutions (EU and ADB) and Central Asian states
CORE-10-B-01	Rahmenprojekt Auswärtiges Amt
CORE-10-B-03	Netzwerk Sicherheitsdialog zwischen postsowjetischen Staaten
CORE-10-B-04	OSZE-bezogene Informationsdienstleistungen
CORE-10-B-02	OSCE-Related Training Course for Officials from the Ministry of Foreign Affairs of the Country that will hold the Chairmanship in 2012

3.2 Zentrum für EUropäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS)

Das Zentrum für EUropäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS) befasst sich, ausgehend vom mittelfristigen Arbeitsprogramm des IFSH vorwiegend mit transnationalen Gewalttrisiken und mit dem Beitrag der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union und ihrer Partner (Drittstaaten, internationale Organisationen, Regionalorganisation, Nichtregierungsorganisationen und andere gesellschaftliche Akteure) zur Bearbeitung dieser Risiken. Im Zentrum steht die Frage, wie die EU im Zeitalter der postnationalen Konstellation die Entstehung und Ausbreitung transnationaler Gewalttrisiken erschweren, ihre Transformation in Gewaltkonflikte unterbinden oder manifeste transnationale Gewaltkonflikte konstruktiv bearbeiten kann. Die Entwicklung und Implementierung solcher Strategien wird insbesondere im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) untersucht. Darüber hinaus werden die Rolle und Sicherheitspolitik relevanter Mitgliedstaaten ebenso analysiert wie die wichtiger Partnerländer. Zum übergreifenden Forschungsschwerpunkt im mittelfristigen Arbeitsprogramm des IFSH leistet ZEUS eigene Beiträge durch theoretisch informierte Policy-Analysen, wissenschaftliche Publikationen, nationale und internationale Tagungen sowie öffentliche Stellungnahmen.

Folgenden Fragen wird in den Projekten besondere Aufmerksamkeit zuteil: Welchen politischen Herausforderungen durch transnationale Gewalttrisiken sieht sich die EU ausgesetzt? Welche Normen und Werte liegen ihren Strategien und politischen Ansätzen zugrunde? Welche Strukturen, Strategien und Instrumente entwickeln die Europäische Union und die internationale Gemeinschaft für die Prävention von – und den Umgang mit – transnationalen Gewalttrisiken? Welche Rolle spielen dabei die Konzeptionen der zivil-militärischen Zusammenarbeit und der Nexus zwischen Sicherheit und Entwicklung? Wie wird mit dem Problem der Radikalisierung umgegangen? Wie und mit wem interagiert die EU in welchen geographischen Räumen und funktionalen Politikfeldern? Welche Wirkungen wurden bisher erzielt und worauf gehen die Wirkungen vor allem zurück? Welche Schlussfolgerungen lassen sich für das künftige Vorgehen der EU im Umgang mit transnationalen Gewalttrisiken ziehen? Die EU hat auch im Jahr 2011 ihre Aktivitäten im Bereich der Sicherheitssektorreform auf dem Balkan, in Afrika und Nahost sowie in Afghanistan fortgesetzt. Das Gleiche gilt für ihre Bemühungen, zur Stabilisierung der Nachbarschaftsregionen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik beizutragen und ihr Verhältnis zum strategischen Partner Russische Föderation zu verbessern. Ebenso blieb sie auf dem Feld der Piraten- und der Terrorismusbekämpfung engagiert. Diese Themen spiegeln sich auch in den wissenschaftlichen Forschungsprojekten und Dissertationen von ZEUS im Jahr 2011 wider.



Diskussionsveranstaltung von IFSH und Humanistischer Union zu Libyen im April 2011

Die Forschung am ZEUS zur Prävention, Einhegung und Bearbeitung transnationaler Gewalttrisiken zielt auf die Weiterentwicklung eines eigenen Analyseansatzes mit der Bezeichnung Security Governance. Dieser Ansatz umfasst Mehrebenen-Strategien, Instrumente und Politiken der EU, komplexe Akteurskonstellationen auf Seiten der EU und dritter Akteure sowie ihre horizontale Interaktion der Handlungskoordination zur kollektiven Bearbeitung eines gemeinsamen Sicherheitsproblems. Die zugrunde gelegte Arbeitsdefinition von Security Governance lautet: „Security Governance ist der Versuch der Gewährleistung von Sicherheit durch Koordinierung zwischen mehr oder weniger autonomen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, deren Handlungen interdependent sind“. Hierzu werden Ansätze aus der Wirkungsforschung (Evaluationsforschung, Regimeanalyse, qualitative Analysen) integriert. Dabei werden auch nicht-intendierte Wirkungen auf die Bedingungen und Akteure in den jeweiligen Zielstaaten sowie auf die EU selbst erforscht.



Größere Forschungsprojekte

ZEUS-09-F-01: Security Governance als Herausforderung für die Bewältigung transnationaler Konflikte

Bearbeiter: Hans-Georg Ehrhart, Hendrik Hegemann, Bernhard Rinke

Das Projekt geht von der Annahme aus, dass transnationale Konflikte komplexer Natur sind, sie im internationalen Kontext einer differenzierten Bearbeitung bedürfen und die EU über ein breitgefächertes, aber noch zu vernetzendes institutionelles und materielles Instrumentarium zur Konfliktvorbeugung und Krisenbearbeitung verfügt. Vor diesem Hintergrund werden Ziele, Rolle und Funktionsweise der EU und anderer Akteure als postmoderner Krisenmanager untersucht. Sowohl im Binnen- als auch im Außenverhältnis treten zahlreiche Koordinations- und Kooperationsprobleme auf, die eine verbesserte Security Governance erfordern.



Margret Johannsen beim Vortrag über den Arabischen Frühling in der Nacht des Wissens 2011

Das Projekt vereint empirische Analysen zu einzelnen Aspekten der Security Governance der EU und ihrer Partner wie etwa die zivil-militärischen Beziehungen, die Sicherheitssektorreform, den Nexus zwischen Sicherheit und Entwicklung oder dessen Rolle bei der Aufstandsbekämpfung im Rahmen eines Comprehensive Approach. Es wird empirisch erforscht, welche (internen und externen) Koordinations- und Kooperationsprobleme bei der Bearbeitung von transnationalen Gewaltkonflikten auftreten und ob bzw. wie diese überwunden werden können. Die zugrundeliegende Hypothese lautet, dass die effektive und effiziente Bearbeitung transnationaler Konflikte Security Governance erfordert. Theoretisch angeleitet wird die Untersuchung durch Annahmen der Governance-Forschung. Der Fokus ist auf Formen und Mechanismen der Handlungskoordination autonomer Akteure zur Bewältigung eines gemeinsamen Sicherheitsproblems gerichtet. Es wird angestrebt, das theoretische Konzept der Security Governance zu verfeinern. Dabei wird ein Methodenpluralismus zugrunde gelegt, der Quellen- und Literaturstudium sowie Interviews umfasst.

Der Projektfortschritt 2011 bestand in der Veröffentlichung mehrerer Aufsätze und Sammelbände. Ferner hielten Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter Vorträge zu relevanten Themen der Projektarbeit. Schließlich wurde ein von der DSF finanzierter internationaler Workshop mit der Thematik „EU Security Governance in the Post-National Constellation. Conceptual, Empirical and Practical Challenges“ durchgeführt. Die Kooperationspartner des Projekts sind: Institut für strategische Zukunftsanalyse der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftung; Queen's University Centre for International Relations, Führungsakademie der Bundeswehr; FB Gesellschaftswissenschaften, Universität Frankfurt; Fachbereich Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück; Institut für Politische Wissenschaft, Universität Erlangen, NATO Public Diplomacy Division, ISIS Brüssel.

ZEUS-10-F-04: Die Transformation substaatlicher Gewaltakteure zwischen Befreiungskampf und Staatsaufbau als Herausforderung für die Nahostpolitik der EU

Bearbeiterin: Margret Johannsen

In ihrem Beitrag zum israelisch-palästinensischen Friedensprozess bewegt sich die EU als externer Akteur in einem Spannungsfeld von Statebuilding support, Terrorismusbekämpfung und transatlantischer Zusammenarbeit. Diese allgemeine Feststellung schließt ihre Rolle im Nahost-Quartett ein und erstreckt sich auf ihre Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Autorität (PA), insbesondere bei der Bereitstellung von Expertise im Sicherheitsbereich, der Finanzierung von Entwicklungsprojekten, direkter Budgethilfe und humanitären Hilfsmaßnahmen. Keine offiziellen Kontakte gibt es hingegen zu der mit der PA/Fatah rivalisierenden Islamischen Widerstandsbewegung (Hamas). Vielmehr hat sich die EU dem Boykott und der Isolierung der bedeutendsten unter den paläs-

tinensischen Organisationen, die an ihrer Agenda des bewaffneten Widerstandes festhalten, angeschlossen.

Die zentrale Fragestellung ist, wie sich die Intervention eines externen Akteurs in Form von Boykott und Isolierung auf die Agenda der Hamas und der sich auf sie stützenden De-facto-Regierung im Gazastreifen auswirkt. Die Grundannahme lautet, dass im Spannungsfeld zwischen der Unterstützung von Staatsaufbau, Terrorismusbekämpfung und transatlantischer Zusammenarbeit widerstreitende Teilziele bewirken, dass die erwünschte Transformation des palästinensischen Gewaltakteurs erschwert wird.



Margret Johannsen beim Workshop „Wege aus der Gewalt“ im Februar 2011

Die Studie zeigt, dass die Politik von Boykott und Isolierung die in sie gesetzten Erwartungen in Form einer *hidden agenda* nicht erfüllt hat. Sie hat im Gegenteil zur Eskalation des Konflikts zwischen Israel und Hamas sowie zur Vertiefung der innerpalästinensischen Spaltung beigetragen, und statt einer Erosion der Hamas-Herrschaft im Gazastreifen ist eine Konsolidierung zu verzeichnen. Dem friedenspolitischen Engagement der EU war ihre Politik in zweierlei Hinsicht abträglich. Zum einen kam es im Zuge der Konflikteskalation zur Stärkung des bewaffneten Flügels, zum anderen untergräbt die innerpalästinensische Spaltung die ohnehin gefährdete Zwei-Staaten-Lösung zur Beendigung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Insofern ist die EU-Politik gegenüber der Hamas ein prägnantes Beispiel für nicht-intendierte Wirkungen politischen Handelns.

Das Projekt wird theoretisch angeleitet durch die Annahmen über Statebuilding als Konzept im Rahmen des rationalistischen Institutionalismus. Methodisch fußt es auf der Auswertung von Dokumenten sowie Interviews mit palästinensischen und europäischen Akteuren. Der Projektfortschritt bestand in der Veröffentlichung von drei Aufsätzen und einem Buchkapitel. Als Kooperationspartner im Projekt wirken mit das Institute for National Security Studies, Tel Aviv und die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt.

ZEUS-08-F-07: Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelsicherheit: Indikatoren, Perzeptionen und Handlungsoptionen

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Hans-Georg Ehrhart, Kerstin Petretto, Patricia Schneider
Häfen, Meere und Ozeane bilden die Basis eines weltumspannenden Handels, dessen Volumen, beschleunigt durch den Boom und die Modernisierung Ostasiens, jährlich neue Wachstumshöhen erreicht. Zugleich ist der maritime Raum Ort vielfältigster Gefahren und wirkt sich die weltweit erkennbare Diffusion nichtstaatlicher Gewalt auch auf die Sicherheit des seewärtigen Handels als einem der heute zweifellos elementarsten Bereiche globalisierter Wirtschaftstätigkeit aus.

Ausgehend von den maritimen Abhängigkeiten Deutschlands und der Europäischen Union werden die speziell mit der Piraterie und dem seewärtigen Terrorismus verbundenen Risiken für die Stabilität des globalen Handels- und Wirtschaftssystems untersucht. Der Hypothese folgend, dass beide Phänomene geeignet sind, potenziell weitreichende gesamtsystemische Schäden zu generieren, wird danach gefragt, welche konkreten Handlungserfordernisse zur Reduzierung sowohl ihrer Eintrittswahrscheinlichkeiten als auch der mit ihnen jeweils verbundenen Konsequenzen bestehen und wie Kooperationsformen verbessert werden können. Als Analyserahmen für empirische Untersuchungen werden Elemente der zeitgenössischen Gewalt- und



Teilnehmer des gemeinsamen Pirat-Workshops von IFSH, TUHH und Bucerius Law School im März 2011 zum Thema „Maritime Gewalt als Herausforderung für vernetzte Sicherheit“.



Risikoforschung miteinander verknüpft. Im nächsten Schritt sollen Empfehlungen für die Ausgestaltung der deutschen und europäischen Politik zur Vorbeugung und Risikovermeidung entwickelt werden.

In theoretischer Hinsicht greift das Forschungsvorhaben u.a. auf den Ansatz der Security Governance und auf Erkenntnisse der Risikoforschung zurück. Wegen der interdisziplinären Ausrichtung des zwölf Partner umfassenden Projekts werden sicherheitsanalytische mit politik-, wirtschafts-, rechts- und technikwissenschaftlichen Perspektiven sowie der Methode strategischer Zukunftsanalyse kombiniert und die Perzeptionen und Bedürfnisse der Praxispartner in die Erstellung der Handlungsempfehlungen integriert.

Der Projektfortschritt im Berichtsjahr bestand in der Veröffentlichung weiterer Working Papers, der Einreichung zweier Journal-Artikel und der Veranstaltung mehrerer Workshops.

Als Kooperationspartner wirken mit: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH), Bucerius Law School (BLS), Institut für Strategische Zukunftsanalyse (ISZA) der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftung UG, Verband Deutscher Reeder (VDR), International Chamber of Commerce (ICC) – Deutschland, Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), JWA Marine GmbH, Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit in der Wirtschaft (ASW), Kriminalistisches Institut 11 des Bundeskriminalamts, Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus (KI 11-FTE), Gewerkschaft der Deutschen Polizei (GdP); Institut für Sozialwissenschaften, Universität Kiel.

ZEUS-08-F-04: Rechtfertigung nach gleichem Muster? Eine Untersuchung von Argumenten für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung in den USA, der EU und Russland

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Regina Heller, Martin Kahl, Daniela PISOIU

Die gezielte Veränderung normativer Erwartungshaltungen, die ein Spektrum an erforderlichen und erlaubten Handlungen eröffnen und so verhaltensregulierende Wirkung entfalten, stellt eine wesentliche Vorstufe für die Erosion etablierter Normen und dem daraus resultierenden Verhalten dar. Das Projekt untersucht die Überzeugungs- und Rechtfertigungsargumente gouvernementaler Akteure in den USA, der EU und in Russland, mit denen Einschränkungen von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung auf nationaler und internationaler Ebene legitimiert werden sollen.

Durch das Gewicht, das den USA, der EU und Russland in ihrer Gesamtheit zukommt, muss davon ausgegangen werden, dass gleiche oder ähnliche Überzeugungsbotschaften gouvernementaler Akteure in den drei unterschiedlichen Rechtsräumen langfristig eine erodierende Wirkung auf die weltweite Geltung von Menschen- und Bürgerrechten haben. Geprüft wird, ob die Argumente, mit denen Einschränkungen von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung auf nationaler und internationaler Ebene legitimiert werden sollen, ähnlich sind bzw. ob sie sich zwischen den Rechtsräumen im Zeitverlauf angenähert haben. Ziel ist es herauszufinden, ob in Bezug auf Begründungen „außerordentlicher“ Maßnahmen bei der Bekämpfung des islamistisch motivierten Terrorismus eine Koalition gouvernementaler *norm challengers* entstanden ist.



Workshop „The subjective dimension of Russia’s partnership with the West. Filling theoretical and empirical voids“, 15.-16. September am IFSH

In theoretischer Hinsicht greift das Forschungsvorhaben auf den *Securitization-Ansatz*, die Forschung über Normenwandel sowie die Konvergenzforschung zurück. Mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse werden die Argumente und die Herausbildung möglicher Muster bei den Begründungen und Rechtfertigungen geplanter oder bereits durchgeführter Maßnahmen im Zeitraum zwischen 2001 und 2010 untersucht.

Der Projektfortschritt im Berichtsjahr umfasst die Veröffentlichung eines Aufsatzes, Vorträge, die Präsentation des Projektes auf der ISA-Konferenz und den AFK- und Dgfa-Tagungen sowie die Durchführung eines Workshops. Als Kooperationspartner wirken mit: Lehrstuhl für Internationale Politik und Konfliktforschung, Universität Konstanz; Berghof Conflict Research; FB Politikwissenschaft II, Universität Kaiserslautern; Lehrstuhl für Internationale Politik, Universität Frankfurt am Main; Institut für Theologie und Frieden, Hamburg; Institut für Sozialwissenschaften, FB Politikwissenschaft, Universität Kiel.

ZEUS-10-F-01: Russland und der Westen: neue Ansätze zur Erklärung russischer Außenpolitik

Bearbeiterin: Regina Heller

Das Projekt will mit Hilfe neuer Erklärungsansätze das Wesen russischer Außenpolitik in Bezug auf den Westen erklären. Bisherige Versuche, die Triebfedern einer oftmals widersprüchlichen und aus westlicher Sicht manchmal „emotional“ oder „irrational“ anmutenden russischen Außenpolitik zu identifizieren, waren nur begrenzt erfolgreich. Das Projekt will Blindstellen identifizieren und neue theoretische Wege finden, diese zu füllen.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen sind äußerst komplex und weisen eine Vielzahl von Handlungsfeldern und Interaktionsstrukturen auf. Dabei lassen sich auf russischer Seite sowohl rational nachvollziehbare materielle (politische und ökonomische) Interessen identifizieren als auch weniger rational anmutende Handlungsmotive. Die *Grundannahme* in diesem Projekt lautet, dass neben rationalen Kosten-Nutzen-Erwägungen auch „subjektive“ Interessen und Motive eine wichtige Rolle spielen und diese die Dynamik und Qualität der Interaktion Russlands mit dem Westen wesentlich mit beeinflussen.

Um Emotionalität und vermeintlich „irracionales“ Verhalten Russlands in den Beziehungen zum Westen erklären zu können, muss der theoretische Blick über konventionelle IB-Ansätze hinausgehen. Der Rückgriff auf Erkenntnisse der Politischen Psychologie/ Sozialpsychologie erscheint hier erhellend. Insbesondere das Konzept „Respekt“ besitzt das Potenzial, eine Brücke zu bauen und soll deshalb als zentraler Erklärungsansatz für den Einfluss „subjektiver“ Interessen auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen herangezogen werden.

Der Projektfortschritt im Berichtszeitraum bestand in der Einreichung eines Manuskripts (Buchkapitel), der Durchführung eines Workshops, der Vorstellung eines Papiers auf dem VW-Workshop, weiterer Arbeit an einem Entwurf für einen Antrag für ein DFG-Forschungsprojekt. Als Kooperationspartner fungieren das Institut für Politikwissenschaft der Universität Frankfurt und die Tampere University.



Prof. Reinhard Wolf und Regina Heller beim Workshop „The subjective dimension of Russia’s partnership with the West“.

ZEUS-10-F-02: TERAS-INDEX. Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren

Bearbeiterin: Matenia Sirseloudi

Mit dem Aufkommen jihadistisch-motivierter terroristischer Gewalt ist das Risiko von Anschlägen mit hoher Opferzahl und gravierenden Sachschäden stark gestiegen. Außerweltlich orientierte Attentäter nehmen scheinbar weder auf ihre Bezugsgruppen noch auf sich selbst Rücksicht – je verheerender der Anschlag, desto größer die vermeintliche Huldigung an den Gott, in dessen Namen der Anschlag verübt wird. Angesichts dieser Folgen von terroristischen Anschlägen hat sich der Kampf gegen den Terrorismus immer stärker ins Vorfeld der eigentlichen terroristischen Tat verlagert. Ähnlich wie in anderen Bereichen kollektiver Gewalt, etwa größeren Konflikteskalationen,



Genozid und massiven Menschenrechtsverletzungen, gewinnt die Prävention ein immer stärkeres Gewicht gegenüber reaktivem Handeln. Dabei rücken die Rekrutierungs- und Radikalisierungsprozesse, die Individuen auf dem Weg zur terroristischen Tat durchlaufen, in den Fokus der Aufmerksamkeit. Gleichzeitig hat das außen- und sicherheitspolitische Handeln der Bundesrepublik nicht-intendierte Folgen für die innere Sicherheit in Form von Radikalisierungsprozessen. Das Engagement der Bundesrepublik in internationalen Konflikten (insbesondere auch im Bereich der Terrorismusbekämpfung) birgt ein internes Radikalisierungspotenzial. Für dieses Radikalisierungspotenzial sind kohärente und aussagekräftige Indikatoren entwickelbar.

Das Projekt zielt auf die Erarbeitung und Überprüfung von Indikatoren für Radikalisierung als unerwünschtem Effekt von Sicherheitspolitik und die Bereitstellung eines Instrumentariums für eine adäquate Erfassung von Radikalisierungsprozessen. Methodisch soll der Erkenntnisgewinn mittels einer Kombination aus induktivem und deduktivem Vorgehen erreicht werden. Zur Untersuchung der Wirkung, die das deutsche außen- und sicherheitspolitische Engagement in der muslimischen Welt auf innerdeutsche Radikalisierungsprozesse hat, werden mehrere Methoden empirischer Sozialforschung kombiniert (Methodentriangulation). Neben narrativen Interviews und Gruppeninterviews mit vulnerablen, mehrfach marginalisierten Jugendlichen und Studenten sowie Angehörigen des bekennend islamistischen Milieus, werden Experteninterviews durchgeführt. Für die Datensammlung zu terroristischen Akteuren kommt die Auswertung von Gerichtsprotokollen (wo notwendig selbst erstellt) und öffentlich zugänglichen dokumentarischen Quellen hinzu.

Der Projektfortschritt bestand in der Veröffentlichung dreier Aufsätze, Vorträgen, der Weiterentwicklung des theoretischen Konzepts und der Methode zur Erarbeitung von Indikatoren, dem Aufbau einer Datenbank und der Durchführung eines Schulprojekts zur Erforschung der Identitätskonstellationen vulnerabler Jugendlicher. Weiter wurden zwei Workshops mit dem Partner BICC und den drei Unterauftragnehmern (Uni Augsburg, Uni Erfurt und Terrorism Research Initiative) und dem assoziierten Partner LKA Hamburg durchgeführt.

ZEUS-10-F-03: Theorie und Praxis von Gewaltkonflikten

Projektbearbeiter: Johann Schmid

Gewaltkonflikte und Krieg sind Bestandteile der Menschheitsgeschichte. Alle Versuche zu ihrer dauerhaften Überwindung sind bisher gescheitert. Die Beilegung spezifischer, in der Vergangenheit dominierender Konfliktmuster scheint die Welt nicht grundsätzlich friedlicher oder sicherer gemacht zu haben. Die Vorbeugung und Vermeidung, Einhegung und Begrenzung wie auch die Fähigkeit bestehende Gewaltkonflikte erfolgreich und möglichst rasch zu einem humanen langfristig friedenskompatiblen Ende führen zu können, sind daher heute als Bedingungen des Friedens so wichtig wie eh und je.

Das Projekt geht von der Prämisse aus, dass eine systematische Förderung der oben genannten Bedingungen des Friedens ohne ein zutreffendes und tiefgreifendes Kriegs- und Konfliktverständnis und ein entsprechend geschultes Urteil der handelnden Akteure nicht möglich ist. Basierend auf der Arbeitshypothese „Wer den Frieden will, muss Krieg und Gewaltkonflikt verstehen“ verfolgt das Projekt daher die Zielsetzung, zu einer systematischen, Theorie und Praxis vereinigenden Entwicklung eines ganzheitlichen Verständnisses des Phänomens Krieg, auch in seiner Abgrenzung zu anderen Formen organisierter Gewalt, beizutragen. Damit soll dem wachsenden Bedarf hinsichtlich einer zutreffenden Bewertung der verschiedensten, sich permanent wandelnden Erscheinungsformen von Krieg und Gewaltkonflikt im globalen Rahmen Rechnung getragen und hierfür ein Beitrag zur grundlegenden theoretischen Einordnung und Abgrenzung des vielgestaltigen Phänomens Krieg geleistet werden. Damit sind nicht nur analytische, sondern auch politikrelevante Fragen verbunden. Gerade vor dem Hintergrund der Bündnisorientierung Deutschlands ist es entscheidend, zu einem eigenständigen und fundierten Urteil hinsichtlich der Be-



wertung des aktuellen und künftig zu erwartenden Kriegs- und Konfliktgeschehens fähig zu sein, um damit Bündnispolitik auf der Grundlage des Sinnvollen und Machbaren mitgestalten und die dafür erforderlichen Mittel und Instrumente zielgerichtet ausbilden zu können.

Zur Erreichung dieser Zielsetzung werden ausgewählte Erscheinungsformen des aktuellen Kriegs- und Konfliktgeschehens u.a. auf der Basis der Theorie und Philosophie Carls von Clausewitz analysiert, um Ansatzpunkte für deren Bewertung und die Entwicklung von Handlungsstrategien unter Bedingungen von Gewaltkonflikten ableiten zu können. Gleichzeitig strebt das Projekt die Überprüfung und gegebenenfalls Weiterentwicklung bestehender theoretischer Erkenntnisse zum Wesen des vielgestaltigen Phänomens Krieg an. Darauf aufbauend soll zur Erarbeitung eines vertieften theoretischen Verständnisses von Krieg und Gewaltkonflikten beigetragen werden.

Projektfortschritt im Berichtszeitraum wird dokumentiert durch einen Zeitschriftenaufsatz, zwei Buchkapitel und ein Buchprojekt. Als Kooperationspartner wirken mit: Zentrum für Transformation der Bundeswehr; Führungsakademie der Bundeswehr; Universitäten der Bundeswehr; Politisch-Militärische Gesellschaft e.V. (PMG); Universität zu Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik; RWTH Aachen, Institut für Politische Wissenschaft, Teilbereich Internationale Beziehungen und Strategische Studien.

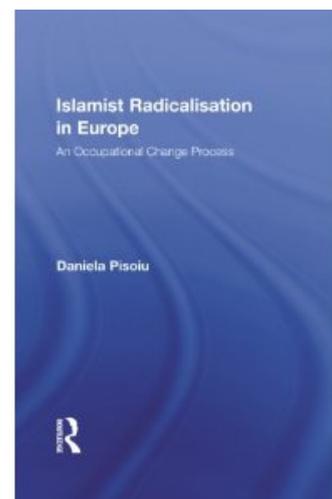
ZEUS-11-F-03: Entwicklung eines einheitlichen Modells zu islamistischen und rechtsextremistischen Radikalisierungs- und Deradikalisierungsprozessen

Projektbearbeiterin/Projektbearbeiter: Daniela Pisoiu/Daniel Köhler

Gegenwärtig wird von politischer und wissenschaftlicher Seite überwiegend versucht, *islamistische* Radikalisierungsprozesse zu erklären und zu verstehen sowie ihnen vorzubeugen und entgegenzutreten. Individuelle rechtsextreme Radikalisierungsvorgänge werden demgegenüber weitaus seltener untersucht. Eine vergleichende Analyse islamistischer und rechtsextremer Radikalisierungsprozesse ist sowohl theoretisch als auch empirisch geboten. Die Annahme, dass ein allgemeines Modell für verschiedene Formen der individuellen Radikalisierungsprozesse gültig sein kann, wird erforscht und eine Theorie individueller Radikalisierung basierend auf Primärdaten entwickelt. Darüber hinaus wird Radikalisierung dabei als ein intentionaler und gradueller Prozess konzeptionalisiert, was sich grundlegend von bisherigen, strukturellen Ansätzen unterscheidet, die empirische Schwächen offenbart haben. Die großen Vorteile dieses Modells sind sein ideologisch neutraler Ansatz und die Tatsache, dass er seinem Fokus auf soziopsychologische Prozesse, anstatt auf sozioökonomische oder Persönlichkeitsmerkmale legt. Empirisch, werden in diesem Projekt bereits beobachtete Ähnlichkeiten zwischen Radikalisierungsprozessen von Islamisten und Rechtsextremen systematisch erforscht.

Das Forschungsvorhaben verfolgt drei Ziele: Individuelle rechtsextreme Radikalisierungsprozesse sollen eingehend empirisch untersucht und die bereits existierenden Forschungsergebnisse zur islamistischen Radikalisierung ergänzt werden. Darüber hinaus soll das Projekt einen theoretischen Rahmen für die in der Forschung zwar vermutete, aber noch nicht systematisch herausgearbeitete Ähnlichkeit islamistischer und rechtsextremistischer Radikalisierungsprozesse entwickeln. Das Projekt nimmt das „Entwicklungsmodell“ („developmental model“) der islamistischen Radikalisierung als aussichtsreichen Ansatz auf und soll ihn weiter vorantreiben. Dabei sollen zum ersten Mal primäre Daten im großen Rahmen verglichen und analysiert werden. Die Forschungsfragen lauten:

- In welchen Phasen läuft der rechtsextremistische Radikalisierungsprozess ab, was sind die motivierenden Faktoren?





- Welches sind gemeinsame Mechanismen und Bedingungen der Einbindung in und Loslösung von Islamismus und Rechtsextremismus?



Kerstin Petretto beim Vortrag über Piraterie vor Somalia in der „4. Nacht des Wissens 2011“

- Welche politischen Implikationen stellen sich aus dem Modell heraus?

Das Projekt knüpft an Entwicklungskonzepte über islamistische Radikalisierung an und integriert weitere wissenschaftliche Ansätze: Theorien zur Psychologie von Terroristen, die Social-Movement-Theorie und kriminologische Theorien zur Beteiligung an Verbrechen. Das Projekt betrachtet individuelle Radikalisierung nicht deterministisch und auch nicht als einen plötzlichen Sinneswandel, sondern als einen progressiven Prozess in kleinen Schritten. Weiterhin konzentriert es sich auf individuelle Motivationen und weniger auf strukturelle Faktoren. Besondere Bedeutung wird dem Diskurs als einem fundamentalen Element der Willensbildung zugeschrieben. Das Projekt hat explorativen Charakter und folgt der Methode der „Grounded Theory“. Die Datengewinnung erfolgt in der Hauptsache über Interviews. Der Projektantrag wurde Ende 2011 bei der DFG eingereicht. Die

Hauptkooperationspartner sind EXIT-Deutschland, ASTIU-Deutschland, Exit-Schweden und HCEIT-Kanada.

ZEUS-11-F-04: Prä-radikale Subkulturen und Radikalisierung

Projektbearbeiterin: Daniela Pisoiu

Während der Begriff „Subkultur“ häufig wenig differenziert verwendet wird, um unterschiedliche Arten von Gemeinschaften, größere soziale Gruppen, Netzwerke, Zellen, oder amorphe Aggregate von Ideen und Überzeugungen zu beschreiben, ist die Rolle prä-radikaler Subkulturen in Radikalisierungsprozessen bisher noch nicht systematisch untersucht und konzeptualisiert worden. Zwei theoretische Konzepte, die in der Terrorismusforschung entwickelt worden sind, erfassen dieses Problemfeld lediglich am Rand: Soziale Netzwerke und „framing“. Diesen Konzepten zufolge wird der Eintritt in gewaltbereite oder -tätige Gruppen durch die vorherige Einbindung in prä-radikale Organisationen und Gruppierungen erleichtert. Auf der anderen Seite haben sich Individuen zu politischen Gewalttätern entwickelt, ohne zuvor in entsprechende Gruppen eingebunden gewesen zu sein: „lone-wolves“ oder auch Internet-Radikalisierte.

Das Forschungsvorhaben befasst sich mit der Frage, welche Rolle Subkulturen im Radikalisierungsprozess spielen. Dabei werden zunächst folgende Fragen gestellt und weiter ausgebaut:

- Welche verschiedenen Arten von Subkulturen/Gruppen/Gemeinschaften existieren in der linken, rechten und islamistischen Szene in Europa?
- Auf welche Erklärungsmodelle, die Mechanismen und Konzepte für den Prozess der Einbindung in Subkulturen beschreiben/erklären, kann zurückgegriffen werden und wie können sie in das „Entwicklungsmodell“ („developmental model“) der islamistischen Radikalisierung eingeordnet werden?
 - Sind die den beiden Prozessen zugrunde liegenden Mechanismen anreizorientiert, deterministisch, sozial oder diskursiv bestimmt?
 - Wie erfolgt der Übergang von der Subkultur / Gruppe / Gemeinschaft zu „etablierten“ Organisationen?
 - Ist dieser Übergang rekursiv?
- Welche Rolle können die Subkulturen in Deradikalisierungs- und Ablösungsprozessen spielen?

Der theoretische Ansatz des Projekts ist interdisziplinär und stützt sich auf drei Forschungsbereiche: Terrorismusforschung, Kriminologie und Forschungen zu sozialen Bewegungen. Radikalisierung wird als Entwicklungsprozess aufgefasst, wobei eine Beteiligung schrittweise und in Interak-



tion mit dem nahen und fernen sozialen Umfeld erfolgt. Motivationsvariablen sind hierbei von entscheidender Bedeutung. Der kriminologische Ansatz befindet sich im Schnittpunkt mit der Terrorismusforschung und umfasst Ansätze zu „rational choice“, zum sozialen Lernen auf Grundlage selektiver Anreize zu Subkulturtheorien, zu Theorien der differentiellen Assoziation und zur kulturellen Transmission von Kriminalität. Von den Ansätzen zu sozialen Bewegungen finden „rational choice“, kollektive Identität und Framing Berücksichtigung.

Der Projektantrag wurde Ende 2011 eingereicht und mittlerweile bewilligt.

ZEUS-Projekte

Signatur	Titel
ZEUS-10-F-01	Russland und der Westen: neue Ansätze zur Erklärung russischer Außenpolitik
ZEUS-10-F-02	Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren
ZEUS-10-F-03	Theorie und Praxis von Gewaltkonflikten
ZEUS-10-F-04	Die Transformation substaatlicher Gewaltakteure zwischen Befreiungskampf und Staatsaufbau als Herausforderung für die Nahostpolitik der EU
ZEUS-09-F-01	Security Governance als Herausforderung für die Bewältigung transnationaler Konflikte
ZEUS-08-F-04	Rechtfertigung nach gleichem Muster? Eine Untersuchung von Argumenten für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten in den USA, der EU und Russland
ZEUS-08-F-07	Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandels-sicherheit: Indikatoren, Perzeptionen und Handlungsoptionen
ZEUS-11-F-03	Entwicklung eines einheitlichen Modells zu islamistischen und rechtsextremistischen Radikalisierungs- und Deradikalisierungsprozessen
ZEUS-11-F-04	Prä-radikale Subkulturen und Radikalisierung
ZEUS-08-P-08	Lexikon EUropäischer Sicherheit
ZEUS-10-P-01	Comprehensive approach and counterinsurgency in Afghanistan
ZEUS-10-NF-02	Multilateralism in South-East Asian Counterterrorism
ZEUS-09-NF-01	Governing Transatlantic Counterterrorism: Form und Effektivität transatlantischer Terrorismusbekämpfung
ZEUS-09-NF-02	Die Relevanz rationalistischer Ansätze bei der Analyse von Terrorismus und Antiterror-Politik
ZEUS-08-NF-01	Die Internationalisierung terroristischer Gewalt – Ursachen und Bedingungen
ZEUS-07-NF-01	Konfliktprävention und Krisenmanagement der EU: Grenzen und Chancen des kohärenten Handelns im europäischen Mehrebenensystem
ZEUS-07-NF-03	Elitenwechsel in Bosnien-Herzegowina in der Transition
ZEUS-07-NF-06	A comparative assessment of police missions in the European Security and Defence Policy (Bosnia-Herzegowina, the Democratic Republic of Congo and the Palestinian territories). Is there a European police reform in the making?
ZEUS-07-B-01	Internationales Fellowship-Programm Graf Baudissin
ZEUS-11-B-02	The Comprehensive Approach of the EU towards Somalia



3.3 Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²)

Die Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²) beschäftigt sich mit dem Zusammenspiel von rüstungsdynamischen Faktoren, dem potenziellen Waffeneinsatz, der Strategiedebatte sowie den Möglichkeiten von Rüstungskontrolle, Nonproliferation und Abrüstung als sicherheits- und friedenspolitische Instrumente. Der steigenden Komplexität solcher Fragestellungen wird in Form einer interdisziplinär arbeitenden Forschungsgruppe Rechnung getragen. Die Arbeitsweise zeichnet sich durch die Kombination von natur- und sozialwissenschaftlichen Methoden und Expertisen aus. Durch intensive Kooperation mit anderen Institutionen unterschiedlicher Disziplinen wird insbesondere Grundlagenforschung im Bereich der naturwissenschaftlich-technischen Dimension von Rüstungskontrolle geleistet. Neben der klassischen Rüstungskontrolle beschäftigen sich die Arbeitsgruppenmitglieder mit Themen wie „Klima und Sicherheit“ und Cybersecurity. Darüber hinaus beteiligt sich IFAR² auch an einer Reihe von nationalen wie internationalen Expertennetzwerken, die Expertisen aus Forschung und Praxis zusammenführen und Forschungsanstrengungen bündeln.

Inhaltliche Schwerpunkte der IFAR²-Projekte und -Tätigkeiten im Jahr 2011 waren die Rüstungskontrolle in Europa, die Debatten um das neue Strategische Konzept der NATO, insbesondere im Bereich der Nuklearpolitik und der Raketenabwehr in Europa, sowie die Diskussion um die Erreichbarkeit einer Welt ohne Nuklearwaffen. Am Jahresanfang wurde die Studie „Russia’s Tactical Nuclear Weapons: Posture, Politics and Arms Control“ von Andrei Zagorski in der Landesvertretung Berlin und im Palais des Nations der Vereinten Nationen in Genf vorgestellt. IFAR und CORE erarbeiteten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam eine umfassende Studie „Chancen zur Rüstungskontrolle in Europa“ in Deutsch und Englisch, die auf einem Seminar im Mai in Berlin unter russischer und amerikanischer Beteiligung diskutiert und auch in Brüssel vorgestellt wurde. Das von der William und Flora Hewlett-Stiftung unterstützte Projekt zur NATO-Nuklearpolitik wurde um ein Jahr verlängert. IFAR² war Mitveranstalter von Workshops zur NATO-Nuklearpolitik in Tallinn, Brüssel und Berlin und veröffentlichte auf der Projekt-Homepage weitere Forschungspapiere zur Atomwaffenpolitik der NATO. Wichtige Workshops zur möglichen Mitwirkung Russlands an den NATO-Raketenabwehrplänen mit starker russischer und amerikanischer Beteiligung fanden am Center for International Cooperation and Arms Control der Stanford University, in Brüssel (EastWest-Institute) und am Geneva Center for Security Policy unter IFAR²-Beteiligung statt. Ulrich Kühn war in der ersten Jahreshälfte im Auswärtigen Amt tätig, um die 59. Pugwash Conference on Science and World Affairs „European Contributions to Nuclear Disarmament and Conflict Resolution“ organisatorisch und thematisch vorzubereiten. Götz Neuneck ist Mitglied des Pugwash Councils und war als Deutscher Pugwash-Beauftragter für die Programmplanung und Durchführung mitverantwortlich. Anne Finger und Christian Alwardt organisierten maßgeblich die „International Student and Young Pugwash Conference“, die zwei Tage vor der



Außenminister Guido Westerwelle mit Egon Bahr und Götz Neuneck auf der „59. Pugwash Conference on Science and World Affairs – European Contributions to Nuclear Disarmament and Conflict Resolution“

Hauptkonferenz mit 32 jungen Teilnehmern aus 18 Ländern unter dem Titel: „Conflict and Cooperation – The Global Impact of Regional Security Efforts“ stattfand. Das DSF-Projekt „Neue Wege bei der nuklearen Weiterverbreitung und Rüstungskontrolle“ konnte mit einem internationalen Workshop im Juni in der Landesvertretung Hamburg in Berlin erfolgreich abgeschlossen werden. Im Rahmen des CLISAP-Exzellenzclusters wurden unter anderem ein Workshop zur Aerosol-Vermehrung durch einen möglichen Nuklearkrieg und der daraus erwachsenden Folgen („nuclear winter“) sowie ein internationaler, zweitägiger Workshop in Zusammenarbeit mit dem Klimacampus, dem ZNF, der Forschungsgruppe CLISEC und Adelphi Research „Geoengineering the Climate – An Issue for Peace and Security“ durchgeführt. Gemeinsam mit CLISEC, Adelphi Research und

dem Auswärtigen Amt organisierte IFAR eine vierteilige Serie von Seminaren zu den Auswirkungen des Klimawandels auf Großregionen (Afrika, Südasien, Zentralasien, Südamerika) unter starker internationaler Beteiligung im Auswärtigen Amt in Berlin. Außerdem wurde ein neuer Forschungsantrag CLISAP-II erstellt.

Im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt „Cyber Warfare: Legal Frameworks and Constraints and Perspectives for Transparency and Confidence Building“, das gemeinsam mit UNIDIR, dem Forschungsinstitut der Vereinten Nationen in Genf, durchgeführt wird, organisierte IFAR² einen kleinen nationalen Workshop in Hamburg und einen internationalen Workshop in Berlin. Am 13.-14. Dezember fand im Auswärtigen Amt die Konferenz „Challenges in Cyber Security – Risks, Strategies, and Confidence-Building“ statt. Das IFSH war neben dem Auswärtigen Amt, UNIDIR und der FU Berlin Mitveranstalter und Götz Neuneck war im wissenschaftlichen Programmkomitee vertreten, während Kerstin Pertermann die organisatorische Koordination übernahm. Ca. 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie Delegationen aus den USA, Russland, China und der Europäischen Union nahmen teil.

Anne Finger nahm am 24. einwöchigen ISODARCO Winter Course (International School on Disarmament and Research on Conflicts) zum Thema “Eliminating Nuclear Weapons and Safeguarding Nuclear Technologies” in Andalo teil.

Ulrich Kühn absolvierte aufgrund der Nominierung durch die Bundesregierung ein zweimonatiges Fortbildungsprogramm bei den Vereinten Nationen im Bereich Abrüstungsangelegenheiten in New York und in Genf. Er war der erste deutsche Teilnehmer beim Disarmament Fellowship Programm der Vereinten Nationen, der kein Regierungsmitarbeiter war. Am 21. Oktober wurde er mit dem UN-Fellowship on Disarmament ausgezeichnet. Katarzyna Kubiak nahm an einer dreiwöchigen Summerschool “Public Policy and Nuclear Threats” an der UC San Diego teil und stellte auf dem Abschlusspanel zu CTBT ihr Referat “CTBT Entry into Force Taken Hostage by Regional Conflicts” in Washington D.C. vor.



Götz Neuneck (r.) mit John Holdren, Wissenschaftsberater von US-Präsident Obama, im Weißen Haus (August 2011)

Auch 2011 hieß IFAR wieder eine Reihe von internationalen Fachleuten und Entscheidungsträgern als Gastreferenten am IFSH willkommen. Zu Themen der nuklearen Rüstungskontrolle trugen unter anderem Steven Pifer von der Brookings Institution in Washington DC und Nikolai Sokov vom Vienna Center for Disarmament and Non-Proliferation im Forschungskolloquium des Instituts vor.

Die Arbeit von IFAR² lag neben den grundlegend konzeptionellen und politikberatenden wissenschaftlichen Tätigkeiten im Themenfeld von Rüstungskontrolle, Abrüstung, Non-Proliferation und Sicherheitsaspekten des Klimawandels auch in Beiträgen zu aktuellen internationalen Debatten und der Stärkung internationaler Expertennetzwerke.

Größere Forschungsprojekte

IFAR-10-F-01 Abschreckung, Abrüstung und taktische Nuklearwaffen in Europa:

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Michael Brzoska, Anne Finger, Oliver Meier, Götz Neuneck, Christian Alwardt
Im Jahr 2011 haben IFAR²-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter eine Reihe von Aktivitäten unternommen, um die Debatte über die Reduzierung von taktischen Atomwaffen in Europa zu intensivieren. Im Juli verlängerte die *William and Flora Hewlett Foundation* das



Präsentation von IFSH-Studien zu taktischen Nuklearwaffen und Raketenabwehr im Palais de Nations in Genf. V.l.n.r. Andrei Zagorski, Kerstin Vignard, Götz Neuneck, Pál Dunay



ursprünglich auf zwölf Monate angelegte Projekt, das eine Herabsetzung der Bedeutung von taktischen Atomwaffen in der europäischen Sicherheit zum Ziel hat. Das Vorhaben, bei dem das IFSH Kooperationspartner der *Arms Control Association* (ACA) und des *British American Security Information Council* (BASIC) ist, soll insbesondere dazu beitragen, in der NATO und in Russland die Voraussetzungen für gemeinsame Schritte hin zur Abrüstung taktischer Nuklearwaffen zu schaffen und den Rückzug aller US-Atomwaffen aus Europa zu ermöglichen. Hintergrund bildet das Bemühen der Bundesregierung, sich für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten US-Atomwaffen einzusetzen, um so die Nichtverbreitung zu stärken und globale Abrüstungsbemühungen voranzutreiben. Nach dem NATO-Gipfel in Lissabon, auf dem im November 2010 ein neues Strategisches Konzept verabschiedet worden war, unternahmen die Projektpartner im Jahr 2011 eine Vielzahl von Aktivitäten. So brachte IFAR Entscheidungsträger und Experten aus verschiedenen NATO-Staaten im Rahmen von Seminaren in Tallinn, Brüssel und Berlin zusammen. Die Debatte um eine verringerte Rolle von Atomwaffen in der europäischen Sicherheit wurde in Veröffentlichungen (unter anderem in *Arms Control Today* und im Friedensgutachten) sowie einer neuen Reihe von *Nuclear Policy Papers* analysiert, die von Experten und Entscheidungsträgern verfasst wurden. Projektmitarbeiter kommentierten und bewerteten aktuelle Entwicklungen unter anderem auf Veranstaltungen und Konferenzen der Heinrich-Böll-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Einen genauen Überblick über relevante Aktivitäten und Papiere bietet auch die Projektwebseite <http://tacticalnuclearweapons.ifsh.de/>.

Oliver Meier nahm zudem als Experte an der Arbeitsgruppe über nicht-strategische Waffen der Euro-Atlantic Security Initiative (EASI) in Washington teil. Die EASI ist eine hochrangige Initiative, die unter dem Vorsitz von Wolfgang Ischinger, Igor Ivanov und Sam Nunn versucht, die Diskussionen über ein einheitliches euro-atlantisches Sicherheitssystem zu befördern. Die Arbeitsgruppe über nicht-strategische Atomwaffen hat Optionen für Fortschritte bei der Kontrolle dieser Atomwaffen kurzer Reichweite entwickelt, die Entscheidungsträgern zugänglich gemacht werden sollen. Ende August nahm Oliver Meier zudem an einem Strategietreffen verschiedener Nichtregierungsorganisationen in Den Haag teil, das von IKV Pax Christi organisiert worden war und auf dem mit NATO-Vertretern über weitere Schritte zur nuklearen Abrüstung beraten wurde. Vorträge von Steven Pifer (Brookings-Institution, Washington D.C.) und Nikolai N. Sokov (Vienna Center for Disarmament and Non-Proliferation) im IFSH erläuterten die amerikanische und russische Diskussion.

Am 21. Februar 2011 stellte das IFSH in der Landesvertretung der Hansestadt Hamburg in Berlin die Studie „Russia’s Tactical Nuclear Weapons: Posture, Politics and Arms Control“ von Dr. Andrei Zagorski, Professor am Moskauer Staatsinstitut für internationale Beziehungen, vor. Auf der Veranstaltung präsentierte Götz Neuneck dem Berliner Publikum auch die Ergebnisse der Studie zur Raketenabwehr in Europa. Die erste Version der Studie, die von der Hamburger Akademie der Wissenschaften in Auftrag gegeben worden war, liegt seit November 2010 vor. Am 22. Februar 2011 wurden die Ergebnisse der beiden Studien gemeinsam mit dem United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR) im Palais des Nations, am Sitz der Vereinten Nationen in Genf, vorgestellt und mit ca. 50 Teilnehmern aus den Botschaften der Genfer Abrüstungskonferenz diskutiert.

Im Themenaspekt Raketenabwehr in Europa stand das Jahr 2011 im Zeichen der Analyse der aktuellen politischen Suche nach einer Kooperation von NATO und Russland. Ein Artikel für das Friedensgutachten 2011 fasste den aktuellen Stand der Debatte zusammen. In einem Beitrag für das Bulletin of the Atomic Scientists wurden konkrete Vorschläge für eine schrittweise Zusammenarbeit vorgestellt. Die IFAR-Expertise floss in hochrangige Gesprächsrunden des EastWest-Instituts in Brüssel im März 2011 und im Dezember in Genf (Geneva Center for Security Policy) ein. Zudem wurde die für die Akademie der Wissenschaften in Hamburg im Jahre 2010 erstellte Studie zur Raketenabwehr in Europa für die Veröffentlichung überarbeitet.

IFAR-10-F-02 Neue Wege der nuklearen Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Michael Brzoska, Anne Finger Oliver Meier, Götz Neuneck, Ulrich Kühn, Kooperation mit Pugwash-Konferenzen.

Schwerpunkt war die thematische wie organisatorische Durchführung der 59. Pugwash Conference on Science and World Affairs „European Contributions to Nuclear Disarmament and Conflict Resolution“. Im Konferenzbereich des Auswärtigen Amtes kamen vom 1.-4. Juli 2011 ca. 300 Experten, Wissenschaftler und Entscheidungsträger aus 43 Ländern in Plenarsitzungen und sechs Arbeitsgruppen zusammen, um über ein breites Spektrum von Konfliktthemen zu sprechen, in denen Nuklearwaffen eine besondere Rolle spielen. Ein Jahr nach der erfolgreichen NVV-Überprüfungskonferenz vom Mai 2010 fanden u.a. Panels und Arbeitsgruppen zum Stand der nuklearen Abrüstung, dem Mittleren Osten, Südasien und Afghanistan unter Anwesenheit von zehn Außen- und Vizeaußenministern statt. IFAR war mit sechs Teilnehmern an der Tagung beteiligt. Des Weiteren setzte IFAR die Beschäftigung mit den Atomprogrammen Irans, der Raketenproliferation und der Problematik der zivilen Nutzung der Kernenergie fort.

Das IFSH hat in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) am 12./13. Mai 2011 das Seminar „Russian Interests and Western Priorities: The Future of Arms Control in Europe“ im Stammsitz der FES in Berlin veranstaltet. Ziel des Seminars war es, politische und technische Fragen der nuklearen und konventionellen Rüstungskontrolle in Europa zu diskutieren und Optionen zu erarbeiten, die bestehenden Konflikte und Kooperationshindernisse in diesen Politikbereichen zu überwinden.

Die Frage nach den Auswirkungen militärischer Disparitäten zwischen NATO und Russland auf die europäische Sicherheit und insbesondere auf den Fortgang der Abrüstung steht im Zentrum der von IFAR und CORE gemeinsam im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) erarbeiteten Studie „Chancen zur Rüstungskontrolle in Europa“. Michael Brzoska, Anne Finger, Oliver Meier, Götz Neuneck und Wolfgang Zellner beschreiben, wie die konventionelle Überlegenheit und die Raketenabwehrpläne der NATO sowie das russische Festhalten an taktischen Atomwaffen zu einer gegenseitigen Blockade in der Rüstungskontrolle beitragen. Sie argumentieren, dass ohne eine grundlegende Verbesserung des politischen Verhältnisses zwischen der NATO und Russland signifikante Fortschritte in der Abrüstung nicht zu erwarten seien. Die Ergebnisse der Studie wurde ebenfalls in Carlisle, Pennsylvania (USA) und in Brüssel vorgestellt.



IFAR-Mitglieder hielten sich laufend über aktuelle Problemfälle der nuklearen Weiterverbreitung informiert. Besondere Beachtung wurde dem iranischen Atomprogramm gewidmet. Oliver Meier diskutierte am 17. Februar 2011 in der japanischen Botschaft in Berlin mit Botschafter a.D. Nobuyasu Abe, Direktor des Center for the Promotion of Disarmament and Non-Proliferation am Japan Institute of International Affairs über Möglichkeiten, die japanisch-deutsche Zusammenarbeit bei der nuklearen Nichtverbreitung und Abrüstung voranzubringen. Auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung hat Oliver Meier an zwei Veranstaltungen zu Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle in Moskau teilgenommen. Am 5. Dezember sprach er vor Mitgliedern der Higher School of Economics über die aktuelle Entwicklung im Streit um das iranische Atomprogramm. Am 6. Dezember diskutierte er in einer öffentlichen Veranstaltung am Sacharow-Zentrum mit Anton Khlopkov vom Center for Energy and Security Studies über die Auswirkung des iranischen Atomprogramms auf Abrüstung und Nichtverbreitung.

IFAR-09-F-01 Globalizing Zero: Bedingungen und Probleme einer nuklearwaffenfreien Welt

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Michael Brzoska, Oliver Meier, Götz Neuneck, Ulrich Kühn

Die Forschung über die Erreichbarkeit und die Rahmenbedingungen einer nuklearwaffenfreien Welt wurde bei IFAR 2011 vor allem über die bereits aufgeführten Projekte zur europäischen Sicherheit (siehe IFAR-10-F-01), zur Nichtweiterverbreitung (IFAR-10-F-02) sowie den Bedingungen und Problemen einer nuklearwaffenfreien Welt (IFAR-09-F-01) vorangetrieben. Außerdem führte die Arbeitsgruppe erste Arbeiten zur Verifikation der Zerstörung von Nuklearwaffen durch.



Oliver Meier referierte über die „Perspektiven nuklearer Rüstungskontrolle nach dem New START-Vertrag“ auf dem 5. Symposium nukleare und radiologische Waffen, das vom 20.-22. September 2011 am Fraunhofer Institut für Naturwissenschaftliche Trendanalysen in Euskirchen stattfand.

Ein weiterer Schwerpunkt lag im Bereich der Stärkung der internationalen Vernetzung, innerhalb dessen IFAR² Forschungsbeiträge zu Fragen der nuklearen Abrüstung einbringt. Götz Neuneck und Oliver Meier nahmen am 24. und 25. Januar 2011 in London an einem Seminar des Royal United Services Institute (RUSI) und einem Treffen des European Leadership Network for Multilateral Disarmament and Non-Proliferation (ELN) teil. Thema des RUSI-Seminars, das in der Royal Society stattfand, war „NATO and US Nuclear Weapons: What Would Happen after the Bombs Have Gone?“ An dem ELN-Treffen zum Thema „NATO Deterrence and Defence Posture after Lisbon“ nahmen diverse ehemalige Außen- und Verteidigungsminister statt, so. u.a. Douglas Hurt, Volker Rühle, Margret Beckett, Ruud Lubbers und Des Browne. IFAR² bereitete auch das Berliner Treffen des ELN in Berlin am 29. und 30. Juli 2011 vor, an dem u.a. Lord Des Browne, Egon Bahr und Richard von Weizsäcker teilnahmen (siehe IFAR-09-F-01). Staatsminister Hoyer unterstrich die Bemühungen der Bundesregierung, im Rahmen europäischer Sicherheit zu weiterer nuklearer Abrüstung beizutragen. Ulrich Kühn und Götz Neuneck verfassten englischsprachige Publikationen zu den Wegen und Hindernissen einer Welt ohne Nuklearwaffen.

Vom 6.-9. Dezember 2011 trafen sich in London auf Einladung der britischen und norwegischen Regierung Vertreter von dreizehn Staaten, um die Ergebnisse der „United Kingdom-Norway Initiative“ (UKNI) zu diskutieren. Hierbei handelt es sich um ein mehrjähriges Projekt, bei dem beide Länder den Transport, die Zerstörung und Lagerung einer Nuklearsprengkopffatratte durchgeführt haben. Vielfältige technische wie prozedurale Probleme sind dabei zu überwinden, wie z.B. die Zerlegung eines Sprengkopfs eines Kernwaffenstaats unter den Augen eines Inspektionsteams, ohne dabei die Designdetails des Sprengkopfs preiszugeben. Malte Götsche vom ZNF und Götz Neuneck nahmen auf Einladung des Auswärtigen Amtes an dem Treffen teil und stellten ihre Projekte vor.

IFAR-08-F-01: Zwischen Kontrolle und Kooperation: Technologietransfers und Bemühungen um die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Michael Brzoska, Oliver Meier, Götz Neuneck, Kooperation mit der Arms Control Association.

Hintergrund des Projekts ist die zunehmende Diffusion proliferationsrelevanter Technologien durch Globalisierung und sekundäre Proliferation sowie die Verschärfung von Kontrollregeln durch Technologiealter, besonders in der Folge der gestiegenen Bedrohungswahrnehmung durch terroristische Anschläge mit atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungsmitteln nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Das Projekt konnte am 16. und 17. Juni in der Landesvertretung Hamburg in Berlin mit einem Seminar abgeschlossen werden. Auf dem internationalen Workshop diskutierten 30 Experten aus Wissenschaft und Politik, wie internationale Technologietransfers so gestaltet werden können, dass die Gefahr der Verbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen begrenzt und zugleich der friedliche Nutzen dieser Technologien gefördert werden kann. Viele der Beiträge werden in einem von Oliver Meier herausgegebenen Sammelband veröffentlicht, der in der Global Security Study Series von Routledge erscheinen wird. Der Band zeigt auf, dass die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Kontrolle von doppelt verwendbaren Technologien zugenommen hat. Die Gegensätze zwischen Ländern des Nordens und dem globalen Süden über die Frage, wie das Verhältnis von Kooperation und Kontrolle ausgestaltet werden sollte, sind immer noch groß. Das Projekt hat gezeigt, dass viele Entwicklungsländer nach wie vor befürchten, dass Nichtverbreitungsbemühungen als Vorwand genutzt werden, ihnen den ungehinderten Zugang zu Schlüsseltechnologien zu verwehren. Unterhalb dieser politischen Ebene zeigen sich jedoch erfolversprechende Ansätze der Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Dual-use-Technologien. Es wird darauf ankommen, diese Ansätze so zu stärken, dass sie die Legitimität von Nichtverbreitungsregimen vergrößern und damit Spielräume für effek-

tivere Kontrollen schaffen. Dabei kommt den Schwellenländern eine wichtige Rolle zu, weil sie politisch eine Mittlerrolle zwischen Nord und Süd spielen können.

IFAR-08-F-03: Klimawandel und Sicherheit (CLISAP C-3)

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Michael Brzoska, Christian Alwardt, Martin Kalinowski, Götz Neuneck, Jürgen Scheffran, Denise Völker, Kooperation mit anderen CLISAP-Partnern.

Die Forschungsarbeit am IFSH im Themenfeld Klimawandel und Sicherheit erfolgt im Rahmen der C-3-Gruppe des CLISAP-Exzellenzclusters der Universität Hamburg in zwei Schwerpunkten. Im Bereich der Identifizierung von „hot spots“, in denen Klimaveränderungen und Anfälligkeit für Gewaltkonflikte zusammentreffen, setzte Denise Völker ihre Forschungen zur Untersuchung der Auswirkungen von Waldschutzmaßnahmen auf Konfliktstrukturen im Amazonas im Rahmen eines längeren Forschungsaufenthalts fort. Christian Alwardt erarbeite weitere Elemente für ein Modell für die Wasserführung in Flüssen als Grundlage für die Abschätzung potenzieller zukünftiger Wasserkonflikte und veröffentlichte ein Grundlagenpapier zur Thematik „Wasser als Ressource“. Außerdem wurden in der C-3-Gruppe unter der Leitung von Jürgen Scheffran zahlreiche weitere Arbeiten von Kolleginnen und Kollegen aus der Universität Hamburg, dem Climate Service Center und dem GIGA diskutiert. Hier wurden auch Vorschläge für die Antragstellung eines Nachfolgeantrags zum CLISAP-Exzellenzcluster erörtert. Dabei wurde vereinbart, in den folgenden Jahren einen Schwerpunkt auf die Analyse der Klimafolgen in Afrika zu legen. Auf Grund dieser Fokussierung wurde auch ein weiterer Antrag zur Regionalforschung (im Rahmen einer Ausschreibung des BMBF) erarbeitet, in dem über Klimafragen hinaus Konflikte und menschliche Sicherheit in Afrika im Vordergrund stehen.

Der zweite Schwerpunktbereich betrifft die Frage nach den Auswirkungen der Identifizierung des Klimawandels als Sicherheitsproblem („Securitization“). Michael Brzoska aktualisierte im Jahre 2011 seine Forschungsarbeit zur Frage, ob die in den Jahren 2007/2008 international sehr stark betonte, aber auch kontrovers diskutierte Darstellung des Klimawandels als Sicherheitsproblem bereits Eingang in nationale Planungsdokumente für Streitkräfte und andere Sicherheitskräfte gefunden hat. Hierzu verfasste er einen Buchbeitrag, der sich mit den relevanten Diskursen in den USA, Großbritannien, China und Russland befasst.

Über diese Schwerpunkte hinaus wurde 2011 an der Vorbereitung einer Tagung zu großskaligen Maßnahmen zur Klimaveränderung – auch Geoengineering oder Climate Engineering genannt – gearbeitet. Dabei wie auch während der im November 2011 durchgeführten Tagung selbst wurde deutlich, dass bereits intensivere Forschung zu Geoengineering erhebliche Folgen für die regionale und internationale Sicherheit haben dürfte, da sie die Gefahr regional und national sehr unterschiedlicher Auswirkungen unilateraler Maßnahmen konkret macht.

Schließlich wurde intensiv an der Editierung und Fertigstellung zweier Sammelbände gearbeitet. Der erste, der im Herbst 2011 im Nomos-Verlag erschien, beruht auf der im Februar 2010 durchgeführten Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung zum Thema Klimawandel und Gewaltkonflikte. Der zweite erscheint im Frühjahr 2012 im Springer-Verlag und beinhaltet die nach einem Begutachtungsverfahren akzeptierten Beiträge zu einer größeren internationalen Tagung über Klimawandel und Sicherheit, die im November 2009 unter anderem vom IFSH mit veranstaltet wurde.



Egon Bahr und Denise Völker auf der 40-Jahrfeier des IFSH

**IFAR-Projekte**

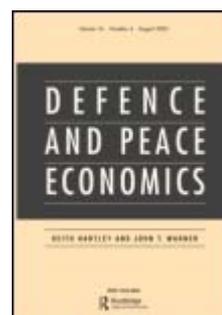
Signatur	Titel
IFAR-10-F-01	Abschreckung, Abrüstung und Taktische Nuklearwaffen in Europa
IFAR-10-F-02	Neue Wege der nuklearen Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle
IFAR-09-F-01	Globalizing Zero: Bedingungen und Probleme einer nuklearwaffenfreien Welt
IFAR-08-F-01	Between Control and Cooperation: Technology Transfer and Efforts at Non-Proliferation of WMD
IFAR-08-F-03	Climate Change and Security
IFAR-10-P-03	Die Zukunft der Raketenabwehr in verschiedenen Ländern
IFAR-10-P-05	Nuclear Energy, Security and Non-Proliferation
IFAR-10-P-06	Sicherheitsrelevante Technologien: RMA und Cyber War
IFAR-09-P-05	Weltraumbewaffnung und Space Surveillance
IFAR-08-P-04	Verification and Monitoring of International Agreements
IFAR-09-NF-01	Conflict Factor Forest Protection? Analysis of the Effects of Forest Protection Measures on Conflict Formation in Selected Regions of the Amazon Basin
IFAR-08-NF-02	Seasonal Modeling of Regional Water Flow Amounts from the Viewpoint of Climate Change
IFAR-08-B-01	Consultation for the Arms Control Department of the Federal Foreign Office
IFAR-08-B-02	Pugwash Conference on Science and World Affairs

3.4 Institutsübergreifende Projekte

Größere Forschungsprojekte

IFSH-08-F-01 A New Agenda for European Security Economics (EUSECON)

Bearbeiter: Michael Brzoska (Projektleiter), Raphael Bossong, Eric van Um
 Hauptziele des EUSECON-Projekts sind die Untersuchung und Anwendung wirtschaftswissenschaftlicher Methoden für die Analyse des internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität sowie der Maßnahmen zu deren Eindämmung. Das IFSH ist Mitglied eines vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) angeführten Konsortiums innerhalb des 7. Forschungs-Rahmenprogramms der Europäischen Union. Im Berichtszeitraum wurde im IFSH an vier Teilprojekten gearbeitet. Eric van Um beendete seine konzeptionellen Studien zu Rationalitätskalkülen in der Terrorismusforschung mit einem Arbeitspapier in der vom DIW herausgegebenen Reihe „Security Economics“. Daran schloss er eine Untersuchung zur Gewaltauseinandersetzung zwischen als terroristisch eingestuften Gruppen an, wobei ihn insbesondere die Frage interessierte, inwieweit dieses Verhalten rational erklärbar ist. Michael Brzoska setzte seine Arbeiten zu Finanzsanktionen als Instrument der Bekämpfung des transnationalen Terrorismus fort. Raphael Bossong, der seit Sommer 2010 das EUSECON-Team verstärkt, führte eine Analyse der Anti-Terrorpolitik der Europäischen Union mit Hilfe der Konzeption der Theorie der Öffentlichen Güter durch. Ziel war einerseits die Gewinnung neuer Erkenntnisse über die EU-Politik und andererseits der Ertrag neuerer Ansätze der Theorie der Öffentlichen Güter. Michael Brzoska beteiligte sich an der Vorbereitung der Herausgabe einer Sondernummer der Zeitschrift „Defence and Peace Economics“ zum Thema „Security Economics“, in der unter anderem Beiträge von Eric van Um und Regina Heller erscheinen werden (2011). Außerdem führte das IFSH im November 2010 gemeinsam mit dem DIW einen Workshop in Hamburg durch, auf dem aktuelle Forschungsprojekte aus den beiden Instituten vorgestellt wurden.



Institutsübergreifende Projekte

Signatur	Titel	Erwartete Ergebnisse 2011	Ergebnisse 2011
IFSH-08-F-01	A New Agenda for European Security Economics (EUSECON) (Projektleitung: Michael Brzoska)	1-2 Veröffentlichungen, Vorbereitung Sammelband	2 Zeitschriftenaufsätze, 4 Arbeitspapiere
IFSH-07-P-01	Friedensgutachten (Projektleitung: Margret Johannsen)	Jahrbuch	Friedensgutachten 2011 mit vier Beiträgen aus dem IFSH erschienen
IFSH-10-P-01	Die Analyse von Wirkung von Maßnahmen und Institutionen der Internationalen Politik (Projektleitung: Martin Kahl)	Sammelband	Buchveröffentlichung für 2012 geplant
IFSH-09-NF-01	Landesgraduiertenschule „Regional Power Shifts (Projektleitung: Michael Brzoska)	Antragstellung	Antrag nicht erfolgreich
IFSH-08-B-01	Kommission zur Zukunft der Bundeswehr und der Europäischen Sicherheit (Projektleitung: Michael Brzoska)	Arbeitspapiere, kleinere Veröffentlichungen	1 Arbeitspapiere, 1 Veröffentlichungen in S+F
IFSH-07-B-02	Akademischer Neuaufbau Südosteuropa (Naida Mehmetbegović Dreilich)	Workshops, Wissenschaftl- leraustausch	Antrag nicht erfolgreich



4. Übergreifende Aktivitäten

4.1 Arbeitsgruppe Wirkungsforschung

Die Arbeitsgruppe „Wirkungsforschung“ am IFSH hat im Jahr 2011 ihre Tätigkeit fortgesetzt und



Senatorin Dorothee Stapelfeldt, Egon Bahr und Michael Brzoska auf der 40-Jahrfeier des IFSH am 14. November 2011

sich weiter mit der Frage beschäftigt, wie die Wirkungen von politischem Handeln wissenschaftlich erfasst werden können. Der Zusammenhang zwischen Ursachen und Wirkungen wird in der Forschung mit divergenten Zielsetzungen und mittels sehr unterschiedlicher Methoden und Forschungsdesigns zu erhellen versucht. So wird auf der einen Seite der Blick auf kurzfristige Ursache-Wirkungs-Beziehungen gerichtet, auf der anderen auf eher größere historische Entwicklungsprozesse.

In der Arbeitsgruppe werden Ansätze aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen diskutiert und weiterzuentwickeln versucht. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben zu unterschiedlichen Fragen und Politikbereichen, die für die Wirkungsforschung von Bedeutung sind, eine Reihe von Diskussionspapieren verfasst. Die Ergebnisse der Erörterungen sollen für die eigene Forschung des IFSH nutzbar gemacht werden.

Für das Jahr 2012 ist darüber hinaus die Publikation eines Buches vorgesehen, das den Forschungsstand in der Wirkungsforschung zusammenfassend darstellt. Hierfür konnte bereits eine Reihe von Autorinnen und Autoren auch außerhalb des IFSH gewonnen werden.

In der Arbeitsgruppe werden Ansätze aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen diskutiert und weiterzuentwickeln versucht. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben zu unterschiedlichen Fragen und Politikbereichen, die für die Wirkungsforschung von Bedeutung sind, eine Reihe von Diskussionspapieren verfasst. Die Ergebnisse der Erörterungen sollen für die eigene Forschung des IFSH nutzbar gemacht werden.

4.2 Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH

Die im Jahr 1999 gegründete, aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Politikern und Militärs zusammengesetzte Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ hielt im Berichtszeitraum wiederum zwei Arbeitssitzungen ab. Außerdem wurde ein gemeinsames Papier erstellt: „Strukturoptimierung reicht nicht – Bundeswehrreform braucht Politikreform“ (veröffentlicht unter: www.ifsh.de/dasifsh/bundeswehrkommission).

Die derzeitigen Mitglieder der Kommission sind: Prof. Dr. Michael Brzoska, Wissenschaftlicher Direktor IFSH, Vorsitzender der Kommission; Dr. Jürgen Groß, Geschäftsführender Vorsitzender; Dr. Detlef Bald, vorm. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr; Jörg Barandat, Oberstleutnant i.G., Auswärtiges Amt; Dr. Hans-Georg Ehrhart, IFSH; Dr. Hans-Günter Fröhling, Oberstleutnant a.D., vorm. Zentrum Innere Führung; Dr. Sabine Jaberg, Führungsakademie der Bundeswehr; Lars Klingbeil, Mitglied des Deutschen Bundestages; Agnieszka Malczak, Mitglied des Deutschen Bundestages; Prof. Dr. Berthold Meyer, Universität Marburg; Burkhardt Müller-Sönksen, Mitglied des Deutschen Bundestages; Dr. Reinhard Mutz, vorm. kommiss. Wissenschaftlicher Direktor IFSH; Winfried Nachtwei, Beirat Innere Führung; Dr. Bernhard Rinke, Universität Osnabrück; Jürgen Rose, Oberstleutnant a.D., Arbeitskreis Darmstädter Signal; Paul Schäfer, Mitglied des Deutschen Bundestages; Prof. Dr. Michael Staack, Universität der Bundeswehr Hamburg.

4.3 Forschungsgruppe DemoS am IFSH

Die externe Forschungsgruppe „Demokratisierung von Streitkräften (DemoS)“, die seit ihrer Gründung im Jahr 2006 ein traditionelles Themengebiet des IFSH, die „Innere Führung“ der Bundeswehr, bearbeitet, bereitet derzeit im Rahmen eines Projekts „Posttraumatische Belastungsstörungen bei Bundeswehrsoldaten“ eine Veröffentlichung vor, die voraussichtlich im Jahr 2012 erscheinen

wird. Zu diesem Thema fand auch ein Vortrag von Frau Dipl.Soz. Dinah Schardt (Universität Heidelberg) im IFSH statt.

Mitglieder der Forschungsgruppe sind: Dr. Detlef Bald (vorm. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr), Oberstleutnant a.D. Dr. Hans-Günter Fröhling (vorm. Zentrum Innere Führung), Dr. Jürgen Groß, Prof. Dr. Berthold Meyer (Universität Marburg), Oberstleutnant a.D. Prof. Dr. Claus v. Rosen (Baudissin-Dokumentationszentrum Führungsakademie der Bundeswehr).

4.4 Ausgewählte Veranstaltungen, Tagungen und Besucher

2011 feierte das Institut sein 40-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass wurde ein Schwerpunkt auf Workshops und Tagungen gelegt, auf denen die ganze Bandbreite der Arbeitsergebnisse des IFSH vorgestellt und diskutiert wurde.

Am **28. Januar** fand ein Workshop von IFSH und ISZA (Institut für strategische Zukunftsanalysen der Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Stiftung) statt, auf dem ein Zwischenbericht des ISZA im Rahmen des Projekts PiraT (Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderung für die Seehandlungssicherheit) vorgelegt wurde.

Am **4. Februar** fand ein von der Universität Hamburg und dem IFSH veranstalteter öffentlicher Workshop zum Thema „Security Governance der EU“ statt.

Am **11. Februar** fand der zweite Workshop „Wege aus der Gewalt“ am IFSH statt.

Vom **21. bis 23. Februar** fand am IFSH ein gemeinsames Seminar mit dem Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Universität Bochum (IFHV) und dem Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen (INEF) zum Thema „Piraterie und Völkerrecht“ statt.

Am **2. März** besuchte der Botschafter von Bangladesch in Deutschland, Dr. Masoud Mannan, das IFSH und hielt einen Vortrag zum Thema „Bangladesh's Experience in International Peacekeeping Around the Globe“.

Am **28.-29. März** veranstalteten das IFSH, die Bucerius Law School (BLS) und die Technische Universität Hamburg Harburg (TUHH) den Workshop „Maritime Gewalt als Herausforderung für vernetzte Sicherheit“ im Rahmen des gemeinsamen PiraT-Projekts.

Am **20. April** organisierten das IFSH und die Humanistische Union eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Thema „Krieg in Libyen: Irrweg oder humanitäre Verpflichtung?“.

Das IFSH hat in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) am **12./13. Mai** einen Workshop mit dem Titel „Russian Interests and Western Priorities: The Future of Arms Control in Europe“ in der Dependence der FES in Berlin veranstaltet.

Am **16.-17. Mai** fand in der BAKS in Berlin der PiraT-Workshop „Einhegung Maritimer Gewalt: Positionen und Zielvorstellungen deutscher Politik“ mit Vertretern aus Politik und Behörden und Kooperationspartnern statt.

Das IFSH war Mitorganisator eines Seminars zur künftigen Nuklearwaffenpolitik der NATO am **22. und 23. Mai** in Brüssel. Die Veranstaltung fand im Rahmen des Projekts zur Reduzierung der Rolle taktischer Atomwaffen statt, das von der William and Flora Hewlett Foundation unterstützt wird. Die Veranstaltung wurde neben dem IFSH von der Arms Control Association, dem British American Security Information Council und dem International Security Information Service Europe mitgetragen.



Patricia Schneider auf einem Panel der Sektion Internationale Politik der DVPW, 6. bis 7. Oktober 2011 in München mit Anja P. Jakobi (HSFK) und Georgios Kolliarakis (Universität Frankfurt)



Um einen Beitrag zu den Diskussionen über direkte Aktivitäten der OSZE in ihren Teilnehmerstaaten zu leisten, hat das Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) zusammen mit dem Auswärtigen Amt am **26. und 27. Mai** in der Wiener Hofburg, dem Sitz der OSZE, einen Workshop zur „Entwicklung von OSZE-Feldaktivitäten“ durchgeführt.

Am **31. Mai** fand in Hamburg das „PiraT-Meilensteinmeeting“ statt. Dort stellten alle wissenschaftlichen Partner ihre Fortschritte und Kooperationsergebnisse dem BMBF, vertreten durch das VDI TZ vor. PiraT wurde vom BMBF im Juni 2011 zum Projekt des Monats gewählt und auf der Homepage des BMBF prominent dargestellt.

Um Lösungen für die Blockade der Weiterentwicklung von Rüstungskontrollverträgen insbesondere in Europa zu finden, trafen sich vom **6.-9. Juni** in Potsdam zwanzig Experten und hochrangige Diplomaten aus Deutschland, Italien, Griechenland, Großbritannien, Polen, der Tschechischen Republik, der Türkei, den USA und Russland. Mit Unterstützung des IFSH und des Auswärtigen Amts haben Götz Neuneck und Wolfgang Zellner die Veranstaltung organisiert und geleitet.

Am **16. und 17. Juni** fand am IFSH ein TERAS-INDEX-Workshop mit den Kooperationspartnern BICC, LKA Hamburg, Universität Erfurt, Universität Augsburg und TRI Wien statt.

Am **16. und 17. Juni** veranstaltete das IFSH an der Landesvertretung Hamburg in Berlin einen internationalen Workshop mit dem Titel „Zwischen Kontrolle und Kooperation: Dual-Use, Technologietransfers und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen“.



Workshop „Wege aus der Gewalt“ am 11. Februar 2011

Am **24. Juni** veranstaltete der Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und Internationale Sicherheit (FONAS) gemeinsam mit dem IFSH einen Workshop zum Thema „Wettrüsten im Cyberspace?“, in dem ca. 40 Teilnehmer aus Wissenschaft, Ministerien und der Praxis u.a. der Frage nachgingen, was unter Cyberwar zu verstehen ist und welche Begrenzungsmaßnahmen möglich sind.

Im Vorfeld der „59th Pugwash Conference on Science and World Affairs“ fand vom **29.-30. Juni** in Berlin die „7th International Student/Young Pugwash (ISYP) Conference“ statt. Unter dem Thema „Conflict and Cooperation – The Global Impact of Regional Security Efforts“ diskutierten 32 Nachwuchswissenschaftler

aus 17 Ländern und stellten ihre eigenen Forschungsarbeiten vor. Die ISYP-Konferenz wurde vom Auswärtigen Amt und der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) finanziert. Für das IFSH übernahmen Christian Alwardt und Anne Finger die Konferenzorganisation und -vorbereitung.

Vom **1. bis 4. Juli** fand in Berlin die „59. Pugwash Conference on Science and World Affairs – European Contributions to Nuclear Disarmament and Conflict Resolution“ statt. Die Tagung wurde in Zusammenarbeit mit der VDW und dem Auswärtigen Amt sowie Oxfam und der Simons Foundation ermöglicht. Götz Neuneck war als Mitglied des Pugwash Councils für die Tagung verantwortlich, an der aus dem IFSH auch Michael Brzoska, Wolfgang Zellner, Oliver Meier, Christian Alwardt, Anne Finger und Katarzyna Kubiak teilnahmen. Ulrich Kühn (IFSH) war vom IFSH für die Konferenzvorbereitungen ans AA abgeordnet worden.

Am **15. und 16. September** fand am IFSH ein internationaler Workshop, gemeinsam organisiert mit den Universitäten Frankfurt am Main und Tampere (Finnland) und finanziert von der VolkswagenStiftung, zum Thema „The subjective dimension of Russia’s partnership with the West. Filling theoretical and empirical voids“ statt.

Am **16. September** besuchten ca. 50 Studierende der New York University Berlin das IFSH. Götz Neuneck führte in Geschichte, Ansatz und Arbeiten des IFSH ein. Es schloss sich eine Diskussion über die Erreichbarkeit einer Welt ohne Nuklearwaffen an.

Am **29.-30. September** organisierte ZEUS am IFSH den internationalen Workshop „EU Security Governance in der post-nationalen Konstellation“.

Am **11. Oktober** wurde der 9. Jahrgang des Masterstudiengangs „Peace and Security Studies“ in der Universität Hamburg feierlich verabschiedet. Festredner war der Journalist und ehemalige Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik Dr. Christoph Bertram, der zum Thema „Die Krux wissenschaftlicher Politikberatung“ sprach. Insgesamt erhielten 23 Studierende ihre Zeugnisse.

Am **16. und 17. November** veranstaltete das IFSH in Kooperation mit der Arms Control Association und dem British American Security Information Council eine internationale Fachtagung unter dem Titel „Improving transparency on tactical nuclear weapons: Building blocks for a NATO-Russia dialogue“. Das Auswärtige Amt unterstützte die Veranstaltung, die im Rahmen eines von der William and Flora Hewlett Foundation geförderten Projekts zur Reduzierung der Rolle von taktischen Atomwaffen in der europäischen Sicherheit stattfand.

Am **14. November** fand ein Senatsempfang anlässlich des 40-jährigen Bestehens des IFSH im Lichthof der Staatsbibliothek statt. Nach Grußworten von Senatorin Stapelfeldt und Universitätsvizepräsident Stiehl folgte ein Vortrag von Detlef Bald, zur Entstehung und Geschichte des Instituts. Die anschließende Podiumsdiskussion zum Thema „40 Jahre Friedensforschung – 40 Jahre Sicherheitspolitik – 40 Jahre IFSH“ bestritten Egon Bahr, Alyson J.K. Bailes, Winfried Nachtwei und Regine Mehl unter der Moderation von Andreas Flocken.

Vom **18.-19. November** veranstaltete das Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien am IFSH im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekts „Subjecting Freedom“ einen internationalen Workshop zum Thema „The ‚Dark‘ Side of Normative Argumentation“.

Das IFSH organisierte zusammen mit dem Auswärtigen Amt, der FU Berlin und dem Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung in Genf (UNIDIR) am **13. und 14. Dezember** eine internationale Konferenz zum Thema Cyber-Sicherheit. Vertreter und Vertreterinnen verschiedener Regierungen (u.a. den USA, Russland, der Europäischen Union und China), der Wissenschaft, der Industrie und der Zivilgesellschaft diskutierten „Challenges in Cyber Security – Risks, Strategies, and Confidence-Building“.

4.5 Forschungskolloquium 2011

Das IFSH veranstaltet regelmäßig Forschungskolloquien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die M.P.S.-Studierenden und ausgewählte Gäste. Regina Heller ist für Leitung und Organisation der Forschungskolloquien verantwortlich.

Regionalmächte und ihre Strategien: Imperium, Hegemonie und Leadership, Sandra Destradi, GIGA, Hamburg (12.1.2011)

Abrüstung taktischer Nuklearwaffen, Oliver Meier, IFSH (19.1.2011)

Staatsaufbau nach dem Systembaukastenprinzip – Grenzen und Möglichkeiten des externen State-Building, Jan Asmussen, ECMI Flensburg (26.1.2011)

Gewalt und Staatsbildung in Nachkriegsgesellschaften am Beispiel Lateinamerika, Sabine Kurtenbach, GIGA, Hamburg (9.2.2011)

Aktuelle Lage am Horn von Afrika, Stefan Brüne, GIZ Frankfurt/Main (16.2.2011)

Aktuelle Lage: Ägypten/Nordafrika/Naher Osten, Margret Johannsen, IFSH (23.2.2011)

Bangladesh's Experiences in Peace Keeping around the Globe, Botschafter Mosud Mannan, Berlin (2.3.2011)

Germany in the UN Security Council, Michael Brzoska, IFSH (9.3.2011)

Demokratischer Krieger? Der militärische Einsatz von Staatsbürgern in Uniform in der vernetzten Sicherheit, Oberst im Generalstab Ralph Thiele, Köln (23.3.2011)



Der Botschafter Bangladeschs Mosud Mannan am 2. März 2011 im Forschungskolloquium (mit Regina Heller)



Vernetzte Sicherheit – Glaubensbekenntnis, PR-Gag oder Strategie? Einige subjektive Beobachtungen aus einer zweijährigen militärischen Beratertätigkeit auf der Schnittstelle Auswärtiges Amt zum Verteidigungsministerium, Jörg Barandat, Auswärtiges Amt (30.3.2011)

Die EU und Russland im postsowjetischen Raum: Strategische Partnerschaft oder Nullsummenspiele? Prof. Dr. Hannes Adomeit, College of Europe, Natolin Campus, Warschau (20.4.2011)

Sicherheitspolitische Lage, Diskussionsstand in Berlin und die Umsetzung in die Lehre, Oberst Meyer zum Felde, Berlin (27.4.2011)

Ruling Party Cohesion and Political Coercion in Georgia, Armenia, and Azerbaijan, Eli Feiman, Brown University (4.5.2011)

Mehr Aufsicht, weniger Zurechenbarkeit? Fallstudien zur Performanz deutscher und britischer Nachrichtendienstkontrollen, Thorsten Wetzling, Johns Hopkins University, Washington (11.5.2011)

Das politische Verhalten des Westens und die Verwaltung des Ausnahmezustands – Der Zusammenprall von Freiheitsbegriff und Feindbild, Yan St. Pierre (18.5.2011)

US-India Strategic Alliance and the portents for peace in South Asia, Subrata Ghoshroy, MIT (25.5.2011)

Worse, not better? Early Warning and Conflict Prevention in the Post-Lisbon EU, Christoph O. Meyer, King's College London (1.6.2011)

Konflikt, Krise, Niedergang – Überlegungen zur Fokussierung zeithistorischer Forschungen, Bernd Greiner, HIS, Hamburg (15.6.2011)

Interaktion von zivilem und militärischem Engagement in Konflikten – Herausforderungen für zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure, Christine Meissler, BAKS, Berlin (22.6.2011)



Stefan Brüne von der GIZ trägt am 16. Februar 2011 im Forschungskolloquium vor

Moderne Kriegspropaganda? Newsmanagement in Deutschland und den USA zur Rechtfertigung von Kosovo-, Afghanistan- und Irakkrieg, Magnus-Sebastian Kutz, Universität Hamburg (29.6.2011)

Global Crime Governance: Entstehung und Formen internationaler Kriminalitätsbekämpfung, Anja Jakobi, HSFK (14.9.2011)

Invasion der Körperscanner. Entscheidungslogiken politischer Akteure bei der Bekämpfung des 'neuen' Terrorismus, Martin Kahl/Hendrik Hegemann, IFSH (28.9.2011)

Economics of Peace in Nepal, Hari Bansh Jha, GIGA, Hamburg (19.10.2011)

Südafrikas Intervention in Lesotho und Burundi: Auf dem Weg zur regionalen Ordnungsmacht?, Kerstin Rother, MPS (26.10.2011)

Next Steps in Nuclear Arms Control, Steve Pifer, Brookings Institution, IFSH/ZNF-Kolloquium (2.11.2011)

Konfliktfaktor Waldschutz? – Auswirkungen von Waldschutzmaßnahmen auf Konfliktformationen in Amazonien, Denise Völker, IFSH (9.11.2011)

The future of Russian nuclear arms control policy, Nikolai Sokov, Vienna Center for Disarmament and Nonproliferation (16.11.2011)

Der Imperialismus der Ökonomie in der Sicherheitsforschung, Tim Stuchtey, BIGS, Potsdam (23.11.2011)

„Versöhnungsprozesse in Afghanistan/Süd-West-Asien, Botschafter Günter Overfeld, Vize-Präsident des EastWest-Institute Brüssel und Direktor von „Regional Security and Preventive Diplomacy“ und „Aktuelle Projekte des Parliamentarian Network for Conflict Prevention“, Angelika Beer (30.11.2011)

GEOMAR – Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung, Prof. Dr. Peter Herzig, Direktor des Leibniz-Instituts für Geowissenschaften, Kiel (7.12.2011)

4.6 Vorträge von Fellows, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Auswahl)

Michael Brzoska

- Internationale Beziehungen und Friedensforschung, Vortrag an der LMU, München, 8. Oktober 2011.
- Trends in Rüstungsforschung und Rüstungsbegrenzung, Universität Bremen, 9. November 2011.
- The European Union as an Actor for Peace and Security, Vortrag an der School for Advanced International Studies, East China Normal University, Shanghai, 22. November 2011.

Hans-Georg Ehrhart

- Operation Atalanta a part of the EU's Comprehensive Approach to Somalia, Vortrag auf der internationalen Konferenz „EU Security Governance in the post-national Constellation“, am 29. und 30. September 2011 in Hamburg.

- Die GASP/GSVP nach Lissabon, Vortrag auf der Jahrestagung des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit an der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, 27. Oktober 2011.

Frank Evers

- Der 2010 OSZE-Gipfel in Astana. Steht die OSZE vor einer Identitätskrise, Vortrag am Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), Berlin, 24. Januar 2011.
- Erneuerungsbedarf von OSZE-Feldaktivitäten im Südkaukasus und in Zentralasien, Vortrag auf einem gemeinsamen Workshop von CORE und dem Auswärtigen Amt zur Entwicklung von OSZE-Feldaktivitäten, Wien, 26./27. Mai 2011.
- Die Diskussionen im Rahmen des OSZE-Korfu-Prozesses über europäische Sicherheitsbedrohungen und –herausforderungen sowie die Ergebnisse des OSZE-Gipfels in Astana 2010, Vortrag an der Diplomatischen Akademie Armeniens, Eriwan, 29. August 2011.

Hendrik Hegemann

- Invasion der Körperscanner’: Entscheidungslogiken politischer Akteure bei der Bekämpfung des ‘neuen’ Terrorismus, vorgestellt bei der Konferenz „Gefährliche Zeiten!? Sicherheitskultur im Wandel“, Goethe-Universität Frankfurt, 9.-10. Juni 2011 (mit Martin Kahl).
- Governing the Fight against Terrorism. Comprehensive Counterterrorism Cooperation and the Contested Agency of International Organizations, International Studies Association’s Annual Convention, Montreal, 16.-19. März 2011.

Regina Heller

- Why and how subjective needs matter in Russian foreign policy. Vortrag auf dem Workshop “Russian Policy and Foreign Policy Driven by What? Emotions versus Interests”, Aleksanderi-Institut der Universität Helsinki, 25. Mai 2011.
- The “dark” side of normative argumentation. Vortrag auf der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK), Villigst, 8. April 2011.
- What are the costs of ‘non-Europe’ in transboundary crisis?, Vortrag auf der Konferenz “Searching for solidarity. Developing EU capacities for crisis and disaster management”, Brüssel, 24. März 2011.

Margret Johannsen

- Mit Terroristen reden? Ja, mit wem denn sonst? Schwierige Fragen im Nahost-Konflikt. Literarisches Café des Christianeums, Hamburg, 22. Februar 2011.
- Aufbruch in der arabischen Welt und die Rolle Europas. Evangelische Akademie zu Berlin, Französischer Dom, Berlin, 24. Mai 2011.
- Der „Arabische Frühling“. mennoForum, Hamburg, 21. Oktober 2011.

Martin Kahl

- ‘Invasion der Körperscanner’: Entscheidungslogiken politischer Akteure bei der Bekämpfung des ‘neuen’ Terrorismus, vorgestellt bei der Konferenz „Gefährliche Zeiten!? Sicherheitskultur im Wandel“, Goethe-Universität Frankfurt, 09-10. Juni 2011 (mit Hendrik Hegemann).
- EU External Security Governance – Non-hierarchical and Effective?, Universität Hamburg, 4. Februar 2011.
- Security Governance und nicht-staatliche Gewaltakteure – eine Problematisierung, Universität Osnabrück/Deutsche Stiftung Friedensforschung, Osnabrück, 31. Januar 2011.

Anna Kreikemeyer

- „OSZE Feldoperationen in Zentralasien“ und „Feldaktivitäten zentraler OSZE-Institutionen in Zentralasien“, Vorträge im Rahmen eines Trainingskurses für Beamte des irischen Außenministeriums in Vorbereitung auf den OSZE-Vorsitz Irlands 2012, Dublin, 16. Mai 2011.
- East of Vienna – West of Vienna, 4th GCSP–OSCE Academy–NUPI–NESA–GCMC Seminar „Central Asia 2011“, an der OSZE Akademie, Bishkek, 1. September 2011.
- Conflict management by the OSCE. Chances and Barriers of Institutional Conflict Management from a Political Scientist’s Point of View, Vortrag auf der Konferenz „Internationale Praxis und Training von Mediatoren im Lichte europäischer Erfahrungen“ beim Forum „Petersburger Dialogue“, St. Petersburg, 17. Dezember 2011.

Elena Kropatcheva

- Psychological Factors in Russian Foreign Policy, Political Psychology Networking Conference, Central European University, Budapest, November 2011.
- Russia’s OSCE Policy and the Role of the OSCE in the European Security, BISA Working Group on Russian/Eurasian Security, London, Juni 2011.
- The Meaning of the OSCE Field Activities for the Organization’s Profile in European Security, workshop on OSCE Field Operations, organized by the German Foreign Office and CORE, OSCE, Wien, Mai 2011.

Ulrich Kühn

- Thinking the Unthinkable: A Nuclear Weapons-Free Zone in Europe. Vortrag vor dem United Nations Fellowship on Disarmament Program, Genf, 29. August 2011.



Margret Johannsen beim Vortrag im Französischen Dom in Berlin anlässlich der Vorstellung des Friedensgutachtens 2011 am 24. Mai 2011

*Isabelle Maras*

- L'assistance à la réforme de police dans le cadre de la Politique européenne de sécurité et de défense commune (PSDC) en République démocratique du Congo: La gouvernance de sécurité à l'épreuve des faits, 4th International Congress of the Francophone Associations of Political Science (AFSP), "Être gouverné au 21^e siècle", Brüssel, 20.-22. April 2011.



Anna Kreikemeyer beim Vortrag „Wie sicher ist die Seidenstraße?“ in der 4. Nacht des Wissens am 29. Oktober 2011

- Promoting Interests over Values? The Case of the CSDP-supported Police Reform in the Democratic Republic of Congo, 2011 ISA Annual Convention "Global Governance: Political Authority in Transition", Montreal, 16.-19. März 2011.
- Governing EU Assistance to Police Reform: The Case of the Democratic Republic of Congo, Joint workshop RECON/IFSH on Security Governance, Hamburg, 4. Februar 2011.

Naida Mehmedbegović Dreilich

- Geschichte, Krisenentwicklung und internationales Krisenmanagement am Beispiel Kosovo und Bosnien, Vortrag im Haus Rissen im Rahmen des Seminars „Krisenregion Kosovo und Bosnien“, Hamburg, 8. November 2011.

Oliver Meier

- Between Control and Cooperation, Vortrag auf dem Workshop "Dual-use, technology transfers and the nonproliferation of weapons of mass destruction", des IFSH, Berlin, 16.-17. Juni 2011.

- Perspektiven nuklearer Rüstungskontrolle nach dem New START-Vertrag, Vortrag auf dem 5. Symposium Nukleare und radiologische Waffen, Euskirchen, 20.-22. September 2011.
- The IAEA Report, Iran's Nuclear Program and the future of Non-proliferation, Vortrag auf dem Jour Fixe der Heinrich Böll Stiftung, Moskau, 6. Dezember 2011.

Götz Neuneck

- Russia's Tactical Nuclear Weapons: Posture, Politics and Arms Control, UNIDIR und IFSH-Briefing, Palais des Nations, Genf, 22. February 2011.
- Options for Cooperation between NATO and the Russian Federation in the Area of Ballistic Missile defense, CISAC, Stanford University, 28 April 2011
- New Weapon technologies, Ethical and Political Perspectives, 34th Round Table on Current Issues of International Humanitarian Law, "International Humanitarian Law and New Weapon Technologies", International Committee of the Red Cross, Ministero della Difesa, Institut for Humanitarian Law, San Remo, 8.-10. September 2011.

Kerstin Petretto

- Piraten: Bremsen oder Katalysatoren von Staatsaufbauprozessen – oder einfach Kriminelle?, Workshop „Zum Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren – Stand und Perspektiven der Forschung“, Deutsche Stiftung Friedensforschung, Osnabrück, 19.-21. Januar 2011.
- Piraterie als Herausforderung für die Seehandelssicherheit. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK), Villigst, 7.-9. April 2011.
- The Challenge of Piracy, Vortrag bei Expertenanhörung der Fraktion der Grünen/EFA im Europäischen Parlament „The EU's approach to Somalia: Where do we stand?“, Brüssel, 29. Juni 2011.

Daniela Pisoiu

- More security for less liberty? Arguing for counterterrorism measures: a comparative study, American Politics 10 Years after 9-11, Jahrestagung der Politikwissenschaftler in der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien, Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz, Kaiserslautern, 12. November 2011.

Sybille Reinke de Buitrago

- Conceptions de la sécurité: Les approches allemande et française des politiques de sécurité au sein de l'Union européenne. 7. Rencontre Franco-Allemande d'Histoire Militaire. Paris, 20. Juni 2011.
- Die Macht von Sprachbildern. Jahreskolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung zum Thema „Macht in Konflikten – Macht von Konflikten“, Schwerte (Ruhr), 7.-9. April 2011.
- The Conception of Security in Multilateral Fora: A Comparison of South America and Southeast Asia. International Political Science Association & European Consortium for Political Research First Joint Conference, São Paulo, Brasilien, 16.-19. Februar 2011.

Sebastian Schiek

- State-Building and State Reform in post-Soviet Kazakhstan, Vortrag auf der Annual Conference of the European Society for Central Asia Studies, Universität Cambridge, 20.-22. September 2011.

Johann Schmid

- Europa – militärisch einsatzfähig für internationale Konflikte? Europa-Multiplikatoren-Seminar, Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen, Bonn, 23. Mai 2011.

- Vernetzte Sicherheit und COIN: Komponenten einer künftigen Sicherheitsstrategie? Vortrag für LGAN 2009, Studienphase, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, 29. Juni 2011.
- Zur aktuellen Konfliktlage in Afghanistan: Krieg, Aufstand, Gewalt? Einführungsvortrag zur Tagesveranstaltung „Afghanistan, quo vadis?“ der Evangelischen Akademie Loccum, 7. November 2011.

Patricia Schneider

- The Transnational Governance of Maritime Security, Vortrag auf der von der HSFK und dem Exzellenzcluster „Normative Orders“ an der Goethe-Universität veranstalteten Konferenz „The Transnational Governance of Violence and Crime“, Frankfurt am Main, 4.-5. November 2011.
- Maritimer Terrorismus und Security Governance: Tätergruppen, Anschlagstypen und ergriffene Abwehrmaßnahmen, Vortrag auf der 3. Offenen Sektionstagung Internationale Politik der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), München, 6. Oktober 2011.
- Maritime Terrorism: Dangerous or Laughable? International Studies Association (ISA), Montréal, 16.-19. März 2011.

Matenia Sirselowdi

- Definitionsmacht im Jihad-Narrativ, Vortrag beim AFK-Kolloquium 2011 „Macht in Konflikten – Macht von Konflikten“, in der Evangelischen Akademie Villigst, 7.-9. April 2011.
- Terroristenbiographien, Vortrag beim 2. Workshop TERAS-INDEX -Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren, Hamburg, 16./17. Juni 2011.
- Westlicher Einfluss und Repression in der arabischen Welt, Vortrag beim 3. Workshop TERAS INDEX – Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren, Bonn, 8./9. Dezember 2011.

Eric van Um

- Security economics in the European context – implications of the EUSECON project, bei der 3. Offenen Sektionstagung Internationale Politik der DVPW, München, 6.-7. Oktober 2011 (mit Michael Brzoska und Raphael Bossong).
- Why militant groups fight each other: The role of support, political objectives and revenge, Präsentation bei einem EUSECON Workshop, DIW Berlin, 8. April 2011.

Wolfgang Zellner

- Externe Demokratisierung in (semi-)autoritären Staaten zwischen normativem Anspruch und realpolitischen Zwängen, Vortrag beim Graduiertenkolleg „Verfassung jenseits des Staates. Von der europäischen zur globalen Rechtsgemeinschaft?“ an der Humboldt-Universität zu Berlin, 12. Januar 2011.
- Zukunft des europäischen Rüstungskontrollregimes, Vortrag im Rahmen einer Anhörung zum Thema „Abrüstung als Krisenprävention“ der Unterausschüsse Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung und Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit. Berlin, 26. September 2011.
- Exploring New Fields of Cooperation between ARF and OSCE, Vortrag auf dem ASEAN Regional Forum (ARF), High-Level Workshop on Confidence-building Measures and Preventive Diplomacy in Asia and Europe, Auswärtiges Amt, Berlin, 28./29. November 2011.

Gäste der 40-Jahrfeier

oben links: Prof. Helmut Greve, Uni-Vizepräsident Hans Siegfried Stiehl; oben rechts: Antje Möller, Rolf von Lüde, Barbara Duden; unten links: Jürgen Lüthje, Roland Salchow; unten rechts: Herbert Wulf, Volker Matthies





4.7 Funktionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH in Fachgremien

Christian Alwardt

- Vorstandsmitglied, Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS)

Michael Brzoska

- Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Hamburg
- Vorsitzender des Stiftungsrats der Deutschen Stiftung Friedensforschung
- Vorsitzender des Stiftungsrates der Ludwig-Quidde-Stiftung
- Mitglied im Beirat der Hamburger Stiftung zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts
- Mitglied des Beirats NATO Watch, Brüssel
- Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Theologie und Frieden
- Mitglied des Direktoriums des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), Universität Hamburg
- Korrespondierendes Mitglied der Fachgruppe Rüstungsexport, Gemeinsame Kommission der Kirchen für Entwicklungspolitik
- Herausgeber der Schriftenreihe „Demokratie, Sicherheit, Frieden“
- Herausgeber und Schriftleiter der Zeitschrift „S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace“
- Associate Editor des Journal of Peace Research
- Associate Editor des Economics of Peace and Security Journal

Hans-Georg Ehrhart

- Mitherausgeber der Lehrbuchreihe „Elemente der Politik“, VS-Verlag Wiesbaden (verantwortlich für Internationale Beziehungen)
- Mitglied der Arbeitskreises Europäische Integration
- Mitglied des Cercle Stratégique Franco-Allemand
- Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Mitglied des Arbeitskreises Sicherheitspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

Regina Heller

- Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Kölner Forums für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik (KFIBS) e.V.
- Redakteurin von „S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace“
- Mitglied des Koordinierungsausschusses des Nebenfachstudiengangs Osteuropa, Universität Hamburg

Margret Johannsen

- Mitherausgeberin des Friedensgutachtens

Martin Kahl

- Lenkungskreis Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung (BMBF)
- Gutachter für das Sicherheitsforschungsprogramm des BMBF
- Mitglied im Expertenkreis Nationale Kontaktstelle, EU-Forschungsprogramm
- Chefredakteur von „S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace“

Elena Kropatcheva

- Mitglied im Vorstand der Deutsch-Russischen Gesellschaft in Hamburg

Isabelle Maras

- Mitglied des Herausgeberkomitees der Zeitschrift „Eyes on Europe“ (Institut für Europäische Studien, IEE, Université Libre de Bruxelles)

Naida Mehmedbegović Dreilich

- Koordinatorin des Akademischen Netzwerks Südosteuropa

Oliver Meier

- Internationaler Repräsentant und Korrespondent der U.S. Arms Control Association

Götz Neuneck

- Vorstandsrat Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG)
- Sprecher des Arbeitskreises Physik und Abrüstung in der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG)
- Mitglied des Council und des Executive Committee der „Pugwash Conferences on Science and World Affairs“
- Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF)



Übergreifende Aktivitäten

- Mitglied des Beirats der IPPNW
- Pugwash-Beauftragter der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW)
- Mitglied der Arbeitsgruppe Fissile Material Cut-off des Auswärtigen Amtes
- Amaldi-Beauftragter der Akademie der Wissenschaften

Patricia Schneider

- Mitherausgeberin von „S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace“
- Ko-Leiterin der Gruppe Hamburg mit Leitung eines monatlichen Doktorandenkolloquiums von THESIS – Interdisziplinäres Netzwerk für Promovierende und Promovierte e.V.
- Geschäftsführerin von THESIS e.V. – Interdisziplinäres Netzwerk für Promovierende und Promovierte

Wolfgang Zellner

- Mitglied im Editorial Board der Zeitschrift Security and Human Rights
- Mitglied des Beirats der Zeitschrift Wissenschaft & Frieden





5. Lehre und Nachwuchsförderung

Seit 2002 führt das IFSH mitverantwortlich den Studiengang „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ der Universität Hamburg durch. Der Studiengang bildet das Zentrum der Nachwuchsförderung des IFSH. Fast alle wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts sind in die Lehre und Betreuung im Rahmen des Studiengangs eingebunden. Der M.P.S. ist bis 2011 auflagenfrei akkreditiert, im Januar 2012 wird die Begehung zur Reakkreditierung stattfinden. Über den Studiengang hinausgehend unterhält das IFSH ein umfangreiches Förderprogramm für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Dabei wird der Frauenförderung besonderer Stellenwert beigemessen. Zu den Bestandteilen des Nachwuchsförderprogramms gehören traditionell die Mitarbeit examinierter Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler an drittmittelgeförderten Forschungs- und Beratungsprojekten, die Einbeziehung studentischer Hilfskräfte in die wissenschaftliche und akademische Arbeit des Instituts sowie die Ausbildung von studentischen Praktikanten und Praktikantinnen. 2011 absolvierten 34 Studierende (davon 19 weiblich, 15 männlich) ein Praktikum am IFSH (auf die Arbeitsbereiche aufgeteilt: ZEUS: 26, CORE: 5, IFAR: 3).

Das IFSH wirkt darüber hinaus mitverantwortlich unter anderem am Europäischen Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig) und am Nebenfachstudiengang Osteuropastudien der Universität Hamburg mit. Im Rahmen der 2007 vereinbarten Zusammenarbeit mit der East China Normal University (ECNU) in Schanghai hielt Michael Brzoska im November 2011 Vorlesungen an der ECNU.

Im Berichtszeitraum haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH neben ihren Lehrveranstaltungen (zu den Lehrveranstaltungen der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts im Einzelnen s. Kap. 5.5 und Statistischer Anhang) zahlreiche Erst- und Zweitgutachten für Master-, Diplom- und Magisterarbeiten verfasst, ferner Prüfungsverfahren durchgeführt sowie an Promotionsverfahren teilgenommen. Regina Heller ist für Organisation und Durchführung des wöchentlichen Forschungskolloquiums des Instituts verantwortlich. Michael Brzoska leitet das Doktorandenkolloquium.

5.1 Studiengang „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ an der Universität Hamburg

Im Oktober 2011 begann das zehnte Akademische Jahr des M.P.S.-Studiengangs mit der Orientierungseinheit und einer Exkursion nach Berlin.

Am 11. Oktober 2011 wurde der neunte Absolventenjahrgang im Rahmen einer Festveranstaltung



Christoph Bertram beim MPS-Festvortrag „Die Krux wissenschaftlicher Politikberatung“

in der Universität Hamburg feierlich verabschiedet. 23 Absolventinnen und Absolventen aus acht Ländern (Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Irland, Japan, Moldawien, Nigeria, Portugal und der Schweiz) erhielten ihre Masterurkunde: Lisa Acker, Anna-Karina Bayer, Kirsten Alexandra Eberhardt, Kenneth Gbandi, Mélanie Gerber, Ellen Holder, Yumi Igarashi, Daniel Köhler, Kristian Kouros, Daniel Kulms, Fabian Kümmeler, Katryna Martens, Edith Novy, Nerkez Opaćin, Stefanie Probst, Cátia Ranchordas Dawood, Victoria Redmond, Nicolai Rudac, Fereschta Sahrai, Rebecca Maria Schmitz, Kristina Tonn und Julia von Studzinski. Eine Studentin wird ihr Studium aus Krankheitsgründen erst Anfang 2012 beenden können. Mirjam Mahler aus dem achten Jahrgang wurde während des Studienjahrs zum zweiten Mal Mutter und schloss den Studiengang daher erst 2011 ab.

Nach den Einführungen von Prof. Dr. Holger Fischer, Vizepräsident der Universität Hamburg, und Frau Dr. Kristina Böhlke, Staatsrätin der Behörde für Wissenschaft und Forschung, hielt Dr. Christoph Bertram, Stiftungsratsvorsitzender des „Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung“

und Kolumnist bei Zeitonline den Festvortrag zum Thema: „Die Krux wissenschaftlicher Politikberatung“.

Für das 10. Akademische Jahr 2011/2012 wurden 26 Studierende aus 13 Ländern immatrikuliert (Australien, Bosnien und Herzegowina, China, Dänemark, Deutschland, Indien, Indonesien, Iran, Kroatien, Litauen, Mexiko, Österreich und Ungarn); der Frauenanteil beträgt knapp 77 Prozent (20 Studierende). Der Studiengang wird von der Universität Hamburg in Zusammenarbeit mit dem IFSH und 15 weiteren Forschungs- und akademischen Lehreinrichtungen des Kooperationsverbundes Friedensforschung und Sicherheitspolitik sowie dem Förderverein der Freunde und ehemaligen Studierenden M.P.S. durchgeführt. Die Bundeswehr ordnete eine Majorin als Teilnehmerin des Studiengangs ab.

Die inhaltliche und organisatorische Koordinierung des Studiengangs obliegt dem IFSH, das auch im Berichtsjahr wieder die M.P.S.-Studienleitung stellte. Studienleiter ist Götz Neuneck. Akademische Koordinatorin ist Naida Mehmedbegović Dreilich. Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses für den Studiengang ist der Wissenschaftliche Direktor des IFSH, Michael Brzoska, weitere Mitglieder des IFSH sind Götz Neuneck und Wolfgang Zellner. Dem Zulassungs- und Prüfungsausschuss für den Studiengang gehörte neben den genannten Personen auch Naida Mehmedbegović Dreilich an. Hinzu kommen externe Mitglieder von den beteiligten Fachbereichen der Universität Hamburg und den kooperierenden Instituten (KoFrieS).



Die frischgebackenen Master of Peace and Security Studies 2011

Institutionelle Mitglieder des Kooperationsverbunds Friedensforschung und Sicherheitspolitik (KoFrieS)

sind neben dem IFSH (ZEUS, CORE und IFAR²):

- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht an der Ruhruniversität Bochum (IFHV);
- Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC);
- Berghof Conflict Research (BCR), Berlin;
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main (HSFK);
- Institut für Theologie und Frieden, Hamburg (IThF);
- Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg (FüAkBW);
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg (FEST);
- Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung, Universität Hamburg (ZNF);



- German Institute of Global and Area Studies, Hamburg (GIGA);
- Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg-Essen (INEF);
- European Centre for Minority Issues, Flensburg (ECMI);
- Internationales Institut für Politik und Wirtschaft/Haus Rissen, Hamburg;
- Zentrum für internationale Friedenseinsätze, Berlin (ZIF);
- Institut für Internationale Politik der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, Hamburg (HSU);
- Universität Hamburg, Fakultäten der Rechtswissenschaft; Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Geisteswissenschaften
- Verein der Freunde und ehemaligen Studierenden M.P.S.

Dr. Axel Krohn (Führungsakademie der Bundeswehr) wurde vom Kooperationsverbund für das Studienjahr 2011-2012 als Vertreter im Gemeinsamen Ausschuss erneut bestätigt.

Ziel des zweisemestrigen Studiengangs ist es, hochqualifizierte Absolventinnen und Absolventen eines sozial- oder naturwissenschaftlichen Studiums an einer deutschen oder ausländischen Universität sowie akademisch ausgebildete Praktiker auf anspruchsvollem Niveau in friedens- und sicherheitspolitische Fragestellungen und in die Grundlagen ihrer praxisgerichteten Bearbeitung einzuführen. Ziel ist ferner, Methoden und Ergebnisse der Friedensforschung zu vermitteln und dadurch die Studierenden auf Tätigkeiten in der friedenswissenschaftlichen Forschung und Lehre bzw. frie-



Götz Neuneck (l.) und Univizepräsident Holger Fischer bei der MPS-Abschlussfeier

dens- und sicherheitspolitisch berufsfeldorientiert auf eine Tätigkeit bei nationalen und internationalen Organisationen, Verwaltungen, Verbänden, Unternehmen sowie in politischen Ämtern vorzubereiten. Gleichberechtigte Arbeitssprachen des Studiengangs sind Deutsch und Englisch. Im Rahmen des Programms kooperiert M.P.S. mit anderen Studiengängen der Universität Hamburg, darunter mit dem „Europameister“, dem „Master of European Studies“ und dem Osteuropa-Nebenfachstudiengang unter Federführung der Fakultät für Rechtswissenschaften.

Das erste Semester des M.P.S. umfasst ein modulares Lehrprogramm, bestehend aus fünf Modulen: Internationale Friedens- und Sicherheitspolitik, Friedenssi-

cherungs- und Konfliktvölkerrecht, Naturwissenschaften und Frieden, Friedensethik, Wirtschaftliche Globalisierung und Konflikte. Aus diesen Modulen wählen die Studierenden jeweils zwei Module aus, hinzu kommt das obligatorische Querschnittsmodul. Das zweite Semester besteht aus lehr- und praxisorientierten Modulen. Die Studierenden belegen hier spezifische Lehrveranstaltungen, die auf die jeweils bearbeiteten Forschungsthemenfelder der Masterarbeit vorbereiten. Die im Kooperationsverbund zusammengeschlossenen Institute und Einrichtungen fungieren entsprechend ihres jeweiligen Forschungsprofils im zweiten Semester als Residenzinstitute für die Studierenden und bilden zugleich das Scharnier zwischen dem Studium und den angestrebten Berufs- und Tätigkeitsfeldern nach dessen erfolgreichem Abschluss.

Der Studiengang wurde 2011 durch verschiedene Stipendienprogramme unterstützt. Besonders hervorzuheben ist die Förderung durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und den Verein zur Förderung des IFSH (VFIF).

5.2 Europäischer Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig)

Seit einigen Jahren ist die Universität Hamburg an diesem von 40 Universitäten und Instituten aus EU-Staaten getragenen Postgraduiertenstudiengang beteiligt. Seit 2006 verleiht die Universität Hamburg als eine von derzeit sechs Universitäten ein gemeinsames Diplom. Das IFSH übernahm für die Universität Hamburg die Lehr-, Betreuungs- und Prüfungsaufgaben im Rahmen des Studiengangs. Dazu zählten im Jahr 2011 Lehr- und Betreuungsaufgaben in der Funktion als Residenzinstitut für Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Studiengangs im Verlauf des zweiten Semesters. Drei Studierende, Mariana Groba Gomes, Matti Inkeroinen und Sofia Antunes Lopez,

verbrachten das Sommersemester 2011 am IFSH und an der Universität Hamburg. Ihre Betreuung übernahmen Michael Brzoska, Hans-Georg Ehrhart, Regina Heller und Martin Kahl. Hans-Joachim Gießmann war als E.MA-Direktor für die Beteiligung der Universität Hamburg an diesem Studiengang zuständig. Für das IFSH übernahmen Diana Digol, Naida Mehmedbegović Dreilich und Regina Heller die Koordinierung.

5.3 Lehr- und Doktorandenkooperation mit der East China Normal University (ECNU), Shanghai

Die im Oktober 2007 zwischen der ECNU, dem IFSH und der Universität Hamburg vereinbarte Kooperation wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt. Im November 2011 hielt Michael Brzoska Vorlesungen an der ECNU. Der chinesische Partner entsandte auch zwei Studierende in das Master of European Studies-Programm des Fachbereichs Wirtschaft und Politik der Universität Hamburg.

5.4 Doktorandenbetreuungsprogramm

Im Rahmen des Programms sind die Promovierenden in eine intensive Betreuung durch erfahrene wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts eingebunden, die es ihnen ermöglicht, eine Dissertation erfolgreich abzuschließen und gleichzeitig Schlüsselqualifikationen für Berufstätigkeiten innerhalb und außerhalb wissenschaftlicher Einrichtungen zu erwerben. Doktorandinnen und Doktoranden sind themenabhängig jeweils in einen der Arbeitsbereiche des IFSH integriert und nehmen so aktiv am wissenschaftlichen und akademischen Leben des Instituts teil. Das regelmäßig stattfindende Doktorandenseminar und die wöchentlichen Forschungskolloquien bieten wichtige



IFSH Doktorandinnen und Doktoranden: Sebastian Schiek, Hendrik Hegemann, Ulrich Kühn, Eric van Um, Elena Kulipanova, Denise Völker, Fifi Muhibat (v.hi.l.n.vorne r.)

Plattformen für den wissenschaftlichen Austausch und die Möglichkeit der Präsentation und Diskussion von Zwischenergebnissen. Zugangsvoraussetzungen sind u.a. ein überdurchschnittlicher geistes- oder naturwissenschaftlicher Studienabschluss, breite Kenntnisse der Grundlagen der Friedensforschung und die Wahl eines friedenswissenschaftlichen Promotionsthemas. Das IFSH hat keine eigenen Förderungsmöglichkeiten, unterstützt aber Bewerbungen bei Stiftungen und anderen Institutionen. Die meisten Studierenden sind an der Universität Hamburg immatrikuliert, dies ist aber keine Bedingung für die Teilnahme am Doktorandenprogramm. Programmverantwortlicher war im Berichtszeitraum Michael Brzoska, der auch das Doktorandenseminar anleitet.

5.5 Lehrveranstaltungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH 2009

Wintersemester 2010/2011

- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar, „Neustart der Abrüstung? Globale und regionale Rüstungskontrolle in Europa“ (Christian Alwardt, Ulrich Kühn, Götz Neuneck, Wolfgang Zellner)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung und Übung „Politische Ökonomie von Konflikten, Kriegen, Terrorismus und Rüstung“ (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung und Übung „Disziplinäre Methoden und interdisziplinäre Friedens- und Sicherheitsforschung“ (Mitveranstalter Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/NF-Osteuropa/MPS/Euromaster, Seminar „Russland und der Westen: Russische Außenpolitik seit dem Ende des Ost-West-Konflikts“ (Regina Heller)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung „Die Europäische Union als außen-, sicherheits- und friedenspolitischer Akteur“ (Hans-Georg Ehrhart)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar, Blocklehrveranstaltung „Der Nahostkonflikt in den Internationalen Beziehungen“ (Margret Johannsen)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung „Einführung in die Sicherheitspolitik“ (Martin Kahl)



- Universität Hamburg/M.P.S, Orientierungsveranstaltung „Disziplinäre Methoden der Friedens- und Konfliktforschung I“ (Martin Kahl)
- Universität Hamburg/M.P.S, Übung „Wissenschaftliches Schreiben“ (Anna Kreikemeyer)
- Universität Hamburg/M.P.S, Blocklehrveranstaltung „Internal challenges for the security of the Russian Federation“ (Elena Kropatcheva)
- Universität Hamburg/M.P.S, Blocklehrveranstaltung „International Politics in Central Asia“ (Lena Kulipanova)
- Universität Hamburg/M.P.S, Blocklehrveranstaltung „European Civilian Crisis Management Under Scrutiny: Confronting Political Pleas with Operational Practice“ (Isabelle Maras)
- Universität Hamburg, Arbeitsstelle Studium und Beruf, Seminar „Interkulturelle Kompetenz“ (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S, Blocklehrveranstaltung (Berlin-Exkursion) „Deutsche Außenpolitik zwischen globalem Engagement und nationalen Interessen“ (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S, Blocklehrveranstaltung „Intercultural Communication and Cooperation“ (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S, Blocklehrveranstaltung „Bosnien und Herzegowina 15 Jahre nach Dayton: ein Land auf dem Scheideweg (Akademisches Netzwerk Südosteuropa, Teil 1)“ (Dennis Gratz, Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S. in Kooperation mit der Universität Sarajewo/Akademisches Netzwerk Südosteuropa, Seminar „General Elections in Bosnia and Herzegovina: Opportunity or Challenge for Internal and Regional Stability?“ (Patricia Schneider/Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HOPIKOS). Blockveranstaltung/Training „Interkulturelle Kompetenz“, (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Leuphana Universität Lüneburg, Blocklehrveranstaltung/Training „Erfolgreich im interkulturellen Kontext – Interkulturelle Kompetenz“ (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- TU Hamburg Harburg, Blockseminar „Ethics For Engineers: Moral Issues in Scientific Work“ (Oliver Meier, Iris Hunger)
- Universität Hamburg, Vorlesung „Naturwissenschaftliche Beiträge zur Friedensforschung“ (Martin Kalinowski, Götz Neuneck)
- Universität Hamburg/M.P.S, Vertiefungsseminar „Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa: Stand und aktuelle Entwicklungen“ (Götz Neuneck, Wolfgang Zellner)
- Universität Hamburg/M.P.S, Vertiefungsseminar „Neustart der Abrüstung? Globale und regionale Rüstungskontrolle in Europa“ (Christian Alwardt, Ulrich Kühn, Götz Neuneck, Wolfgang Zellner)
- Universität Hamburg/M.P.S, Methodenseminar im Propädeutikum, Modul 3 (Naturwissenschaft und Friedensforschung) (Götz Neuneck, Martin Kalinowski, Anna Zmorynska)
- Universität Hamburg/M.P.S., Orientierungseinheit (Götz Neuneck, Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S, Blocklehrveranstaltung „Terrorismus und liberale Demokratie“ (Daniela PISOIU)
- Leuphana Universität Lüneburg, Seminar „Einführung in die internationalen Beziehungen“ (Sybille Reinke de Buitrago)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar „Krieg und Frieden verstehen auf der Basis Clausewitzschen Denkens“ (Johann Schmid)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Europäische Sicherheitspolitik: OSZE“ (Wolfgang Zellner)

Sommersemester 2011

- Universität Hamburg, Hauptseminar „The European Union as an Actor for Peace and Security“ (Michael Brzoska)
- TU Hamburg-Harburg, Blockseminar „The Politics of Science“ (Anne Finger)
- Universität Hamburg, Arbeitsstelle Studium und Beruf, Seminar „Interkulturelle Kompetenz“ (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HOPIKOS). Blockveranstaltung/Training „Interkulturelle Kompetenz“, (Naida Mehmedbegović Dreilich) 2 SWS
- Leuphana Universität Lüneburg, Blocklehrveranstaltung/Training „Erfolgreich im interkulturellen Kontext – Interkulturelle Kompetenz“ (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg, Department Physik, Proseminar „Kernenergie – Atome für den Frieden? Physikalische Grundlagen, zivile und militärische Anwendungen“ (Götz Neuneck, Dieter Engels, Hartwig Spitzer, Jürgen Scheffran)
- Quo vadis Europe? Common Security in Europe in the 21st Century: Brüssel-Exkursion, Seminar Guidance Bonn, Eschweiler, Geilenkirchen, Brüssel, Brunssum, 17.-22.07.2011 (Johann Schmid, Patricia Schneider)

Wintersemester 2011/2012

- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar „Peace and Security Studies: Friedenspolitische und technische Aspekte im Hinblick auf eine nuklearwaffenfreie Welt“ (Christain Alwardt, Götz Neuneck, Anne Finger und Martin Kalinowski)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung und Übung „Politische Ökonomie von Konflikten, Kriegen, Terrorismus und Rüstung“ (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung und Übung „Disziplinäre Methoden und interdisziplinäre Friedens- und Sicherheitsforschung“ (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung „Die EU als außen-, sicherheits- und friedenspolitischer Akteur“ (Hans-Georg Ehrhart)

- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar „Aufstandsbekämpfung: Weg zum Frieden oder politische Illusion?“ (Hans-Georg Ehrhart/Johann Schmid)
- TU Hamburg-Harburg, Blockseminar „Ethics for Engineers“ (Anne Finger)
- Universität Hamburg/M.P.S., Übung „Wissenschaftliches Schreiben“ (Anne Finger)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Der Nahostkonflikt in den Internationalen Beziehungen“ (Margret Johannsen)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung „Einführung in die Sicherheitspolitik“ (Martin Kahl)
- Universität Hamburg/M.P.S., Orientierungskurs „Disziplinäre Methoden der Friedens- und Sicherheitspolitik“ (Martin Kahl)
- Universität Hamburg/M.P.S., „Einführung in Wissenschaftliche Methoden“ (Martin Kahl)
- Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HOPIKOS). Blockveranstaltung/Training „Interkulturelle Kompetenz“, (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Leuphana Universität Lüneburg, Blocklehrveranstaltung/Training „Erfolgreich im interkulturellen Kontext – Interkulturelle Kompetenz“ (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg, Arbeitsstelle Studium und Beruf, Seminar „Interkulturelle Kompetenz“ (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar (Berlin-Exkursion) „Deutsche Außenpolitik zwischen globalem Engagement und nationalen Interessen (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar, „Intercultural Communication and Cooperation“ (Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg, M.P.S., Vorlesung „Naturwissenschaftliche Beiträge zur Friedensforschung“ (Götz Neuneck, Martin Kalinowski)
- Universität Hamburg, M.P.S., Methodenseminar im Propädeutikum (Götz Neuneck, Martin Kalinowski und Anna Zmorynska)
- Universität Hamburg/M.P.S., Orientierungseinheit (Götz Neuneck, Naida Mehmedbegović Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar „Cyber Attacks – Hype oder neue Bedrohung?“ (Götz Neuneck)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar „Unendliche Weiten – Frieden und Krieg im All: Ist Rüstungskontrolle im Weltraum möglich?“ (Götz Neuneck, Thomas Reinhold)
- Leuphana Universität Lüneburg, USAC, Seminar „International Affairs since 1945“ (Sybille Reinke de Buitrago)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar „Wer Frieden will, verstehe den Krieg!“ Krieg und Frieden verstehen auf der Basis clausewitzschen Denkens (Johann Schmid)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar, Einführung in die Terrorismusforschung (Matenia Sirseldoudi)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Europäische Sicherheitspolitik: OSZE“ (Wolfgang Zellner)

Aus- und Weiterbildung / Gastvorlesungen

- Leuphana – Universität, Lüneburg, Vorlesung „The EU Police Missions: The 'European Way' to Address Policing Issues in a Post-Conflict Context“ (29.11.2011), University Studies Abroad Consortium (Isabelle Maras)
- „Interkulturelle Praktikumvorbereitung“, Training bei InWent (Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH (Naida Mehmedbegović Dreilich)



MPS-Studiengangkoordinatorin
Naida Mehmedbegović Dreilich



6. Service

6.1 Öffentlichkeitsarbeit

Entsprechend seinem Satzungsauftrag soll sich das Institut neben der friedenswissenschaftlichen Arbeit im engeren Sinne der „Bestandsaufnahme und laufenden Orientierung über die sicherheits- und friedenspolitischen Themen in Vorträgen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, Rundfunk- und Fernsehbeiträgen und in eigenen Publikationsmedien“ widmen (quantitative Aufstellungen zu den entsprechenden Aktivitäten im Einzelnen finden sich im Statistischen Anhang).

2011 wurde wie in den Vorjahren eine große Anzahl von Anfragen an das Institut gerichtet. Der Kreis der Anfragenden ist breit und spiegelt das große gesellschaftliche Interesse an der Arbeit des IFSH wider. Vor allem die Medien wenden sich naturgemäß mit Anfragen um Hintergrundinformationen, Interviews und schriftliche Beiträge an das IFSH. Den größten Anteil machten öffentlich-rechtliche und private Rundfunksender sowie Printmedien und ihre Online-Dienste aus; aber auch im Fernsehen war das IFSH präsent.



Am 9. Februar 2011 hielt Anja Hajduk einen Vortrag am IFSH

Im Berichtszeitraum waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts Interviewpartner und Gäste u.a. folgender Fernsehsender bzw. Sendungen: ARD (Tagesthemen, Monitor, Panorama, Kontraste), Eins extra, ZDF (heute, Frontal 21), NDR (ZAP), 3SAT, RTL und Phönix.

Die Rundfunksparten von NDR, WDR, HR, BR, SWR, MDR, SR, RBB und Radio Bremen gehörten ebenso zu den häufigen „Medienkunden“ des IFSH wie Deutschlandradio Kultur, Deutschlandfunk und Deutsche Welle. Darüber hinaus kamen zahlreiche Anfragen von privaten Rundfunksendern und Agenturen (dpa, Reuters dapd etc.). Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH waren darüber

hinaus u.a. in folgenden Tages- und Wochenzeitungen mit Interviews und Artikeln vertreten: Hamburger Abendblatt, taz, Freie Presse Chemnitz, Frankfurter Rundschau, Kieler Nachrichten, WAZ, tz München, Mitteldeutsche Zeitung, Spiegelonline, Der Tagesspiegel, Saarbrücker Zeitung, Freitag, Financial Times Deutschland, Zeitonline, Thüringer Allgemeine, Neues Deutschland und FAZ am Sonntag. Internationale „Auftritte“ gab es u.a. in der Wiener Zeitung, Basler Zeitung, The European, St. Gallerer Tageblatt, Kurier (Wien) und im Schweizer Fernsehen.

Neben den Medien wenden sich aber auch u.a. Gewerkschaften, Parteien und ihre Jugendorganisationen, Schulen, kirchliche Gruppen, Bundeswehreinrichtungen, Volkshochschulen, Friedensgruppen und Erwachsenenbildungsstätten immer wieder mit Bitten um Referenten und Materialien an das Institut.

Thematisch konzentrierten sich Anfragen auch im Jahr 2011 vor allem auf das aktuelle Konfliktgeschehen. Hier sind vor allem Cybersecurity, Piraterie, Fragen der Radikalisierung und Terrorismusbekämpfung, das iranische Nuklearprogramm, Afghanistan, Rüstungskontrolle in Europa die europäische Sicherheitsarchitektur, insbesondere das Verhältnis Russlands zum Westen, der „arabische Frühling“, das Eingreifen der NATO in Libyen, der Israel-/Palästina-Konflikt und die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu nennen.

Die Rubrik „Aktuelle Stellungnahmen“ auf der Institutswebsite spiegelt u.a. diese Themen wieder: http://ifsh.de/IFSH_php/akt_stellungnahmen.php.

6.2 Verein zur Förderung des IFSH

Am 28. Januar 1997 wurde auf Initiative von Staatsrat a.D. Dr. Heinz Liebrecht und des damaligen Bürgerschaftsabgeordneten Georg Berg der „Verein zur Förderung des Instituts für Friedensforschung e.V.“ (VFIF) gegründet.

Der Verein will die Arbeit des Instituts durch die Vermittlung der Arbeitsergebnisse in Politik und Öffentlichkeit sowie die Einwerbung zusätzlicher Finanzmittel fördern. VFIF lädt zu Vortrags- und Diskussionsrunden ein und unterstützt das Institut bei der Durchführung von Veranstaltungen.

Die Mitglieder werden zu den Veranstaltungen des IFSH und des Fördervereins eingeladen und erhalten den Rundbrief „ifsh aktuell“.

Dem Vorstand von VFIF gehören an:

Dr. Reinhard Mutz (Vorsitzender)
 Andrea Wist (Stellvertretende Vorsitzende)
 Prof. Dr. Herbert Wulf (Schriftführer)
 Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann (Schatzmeister)
 Prof. Dr. Michael Brzoska (Wissenschaftlicher Direktor des IFSH)

Im Berichtszeitraum bezuschusste der Verein einige Veranstaltungen des MPS und engagierte sich vor allem in der Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, u.a. durch die Einrichtung von M.P.S.-Stipendien, Stipendien für Doktoranden und die Bereitstellung von Reisemitteln.

6.3 Bibliothek, Dokumentation und Homepage

Bibliothek

Die Bibliothek des IFSH versorgt in erster Linie die Wissenschaftler und Doktoranden, die Studierenden des Studiengangs M.P.S. die Mitarbeiter des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) mit Literatur, steht jedoch auch den Studierenden der Hamburger Hochschulen und der interessierten Öffentlichkeit zur Benutzung offen.

Der Bestand der Bibliothek umfasst 29351 Bände und 117 laufend gehaltene Zeitschriften (Stand 31.12.2011). Der Zugang betrug 608 Bände, davon wurden 53 aus Drittmitteln erworben und 409 im Tausch erhalten bzw. als Geschenk erbeten. 231 Bände und 153 Aufsätze wurden aus Hamburger Bibliotheken entliehen oder über Fernleihe und Dokumentenlieferdienste beschafft. Der Bibliotheksbestand kann ab 1971 in Auswahl und ab 1994 vollständig über den Campus-Katalog recherchiert werden. Längerfristig ist geplant auch die Bestände vor 1994 vollständig im Campus-Katalog aufzunehmen.



Zur IFSH-Bibliothek gehört die OSCE Depository Library

Dokumentation

Seit 2000 nimmt das IFSH am „Fachinformationsverbund Internationale Politik und Länderkunde (FIV)“ teil – einem Zusammenschluss der wissenschaftlichen Dokumentationen von zwölf unabhängigen deutschen Forschungsinstituten, die ein gemeinsames Informationsnetzwerk bilden.

Das gemeinsame Produkt dieser Institute ist die Datenbasis World Affairs Online (WAO), die eine der größten sozialwissenschaftlichen Literaturdatenbasen in Europa darstellt. Sie verfügt gegenwärtig über ca. 750.000 Literaturnachweise – vorzugsweise Zeitschriften- und Buchaufsätze sowie graue Literatur – deren thematische Schwerpunkte auf globalen und regionalen, außen- und sicherheitspolitischen sowie wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen liegen. Im arbeitsteiligen Verbund des FIV erschließt die Dokumentation des IFSH Literatur zur OSZE sowie Publikationen des



Hauses. Neben Internetquellen und Online-Katalogen der SUB Hamburg stellt die elektronische Datenbank des FIV die wichtigste Quelle für die fachbezogenen Literaturrecherchen der IFSH-Dokumentation dar. Seit September 2008 ist die WAO-Datenbank als Teil des IREON-Portals (www.ireon-portal.de) frei im Internet zugänglich.

Das IFSH ist seit 2003 am Aufbau und der Pflege eines Fachinformationsführers für Internetquellen aus dem Bereich Friedensforschung und Sicherheitspolitik beteiligt, der im Rahmen des DFG-geförderten Projekts „Virtuelle Fachbibliothek“ von der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg initiiert wurde. Die Links können unter: <http://www.vifapol.de/systematik/pea/> eingesehen werden. Das IFSH ist in diesem Rahmen auch Kooperationspartner des Verbunds.

Zwei Datenbanken, die im Rahmen des 2008 beendeten Gemeinschaftsprojekts mit dem Graduate Institute of International Studies (Genf) eingerichtet wurden, sind in die Homepage von CORE integriert. Dort stehen Literaturhinweise zu über 3.600 OSZE- und KSZE-bezogenen Büchern und Artikeln sowie eine Vielzahl von Internetquellen mit Informationen über die OSZE-Länder zur Verfügung.

Homepage

Die Internetpräsenz des Instituts wurde 2011 grundlegend neu gestaltet, das Layout modernisiert. Im Zuge der Neugestaltung wurden insbesondere die Bereiche „Projekte“ und „Forschung“ deutlicher herausgehoben, um die umfangreichen Aktivitäten der Institutsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in angemessenem Umfang präsentieren zu können. Zu jedem der größeren drittmittelfinanzierten Projekte findet sich nun eine schnell zugängliche umfangreiche Beschreibung. Die Seiten zur Forschung wurden ebenfalls ausgebaut und ermöglichen den Besuchern der Homepage nun einen detaillierten Überblick über die verschiedenen Forschungscluster, Veröffentlichungen und forschungsbezogenen Aktivitäten am Institut.

Für das nächste Jahr ist eine Neugestaltung auch der Seiten der Abteilungen ZEUS, CORE und IFAR geplant.



Uwe Polley im Bibliotheksmagazin

7. Personal und Gremien

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Institutsrat. Stiftungsvorstand ist der Wissenschaftliche Direktor.

7.1 Kuratorium

Laut Satzung des IFSH gehören dem Kuratorium folgende Mitglieder an: der oder die Präses der für Wissenschaft und Forschung zuständigen Behörde als Vorsitzende bzw. Vorsitzender, die Präsidentin bzw. der Präsident der Universität Hamburg, vier von der Universität Hamburg benannte Vertreterinnen bzw. Vertreter, bis zu drei Vertreterinnen bzw. Vertreter aus dem öffentlichen Leben Hamburgs, die vom Kuratorium gewählt werden, sowie der bzw. die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats.

Das **Kuratorium** des IFSH tagte im Berichtszeitraum zweimal. Es setzte sich 2011 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Senatorin *Dr. Dorothee Stapelfeldt*, Behörde für Wissenschaft und Forschung (Vorsitzende)
- *Prof. Dr.-Ing. H. Siegfried Stiehl*, Vizepräsident der Universität Hamburg (Stv. Vorsitzender)
- *Niels Annen*, vormals MdB
- *Prof. Dr. Leoni Dreschler-Fischer*, FB Informatik, Arbeitsbereich Kognitive Systeme
- *Jasper Finkeldey*, Studierendenvertreter
- *Prof. Dr. Cord Jakobeit*, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats
- *Prof. Dr. Martin Kalinowski*, ZNF
- *Antje Möller*, MdHBü
- *Prof. Dr. Rolf von Lüde*, Fachbereich Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie
- *Berndt Röder*, vormals Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft (bis Juni 2011)



Grußwort der Kuratoriumsvorsitzenden Senatorin Dorothee Stapelfeldt auf der 40-Jahrfeier

7.2 Wissenschaftlicher Beirat

Im Berichtszeitraum tagte der Wissenschaftliche Beirat des IFSH zweimal. Dem Beirat gehörten 2011 folgende Mitglieder an:

- Prof. Dr. Cord Jakobeit* (Universität Hamburg) (Vorsitzender)
- Prof. Dr. Thomas Bruha* (Universität Hamburg) (Stv. Vorsitzender)
- Prof. Dr. Tilman Brück* (DIW und Humboldt-Universität, Berlin)
- Prof. Dr. Tanja Brühl* (Goethe Universität Frankfurt am Main)
- Prof. Dr. Susanne Feske* (Universität Münster)
- Gunilla Herolf*, PhD (SIPRI)
- Prof. Dr. Kathryn Nixdorff* (TU Darmstadt, Institut für Mikrobiologie)
- Prof. Dr. Michael Staack* (Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, Hamburg)



Prof. Michael Staack ist Mitglied im Beirat des IFSH

7.3 Institutsrat

Der **Institutsrat** tagte im Berichtszeitraum zweimal.



7.4. Gleichstellung

Im Berichtszeitraum legte die Gleichstellungsbeauftragte des IFSH den Gleichstellungsbericht 2011 vor. Er kann auf der Website des Instituts eingesehen werden unter:
<http://www.ifsh.de/index.php/gleichstellungsbericht.html>.

7.5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH 2011:

Institutsleitung:

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Brzoska

Stv. Wiss. Direktor: Prof. Dr. Götz Neuneck

Stv. Wiss. Direktor: Dr. Wolfgang Zellner

Wissenschaftliche Referentinnen/Referenten:

Dr. Hans-Georg Ehrhart

Dr. Regina Heller

Dr. Martin Kahl

Ursel Schlichting, M.A.

Dr. Patricia Schneider

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter:

Christian Alwardt, Dipl. Phys.

Dr. Raphael Bossong

Dr. Diana Digol (bis Mai 2011)

Dr. Frank Evers

Anne Finger, Dipl.-Pol.

Hendrik Hegemann, M.A. (Dezember 2011)

Dr. Anna Kreikemeyer

Dr. Elena Kropatcheva

Katarzynia Kubiak, Dipl. oec., M.P.S. (seit November 2011)

Ulrich Kühn, M.A., M.P.S. (bis August und seit November 2011)

Naida Mehmedbegović Dreilich, M.A., M.P.S.

Dr. Oliver Meier

Kerstin Pertermann, M.A. (seit Mai 2011)

Kerstin Petretto, M.A.

Dr. Daniela Pisoiu

Sebastian Schiek, Dipl. Pol. (seit November 2011)

Matenia Sirseloudi, M.A.

Eric van Um, M.A., M.P.S.

Denise Völker, Dipl.-Ing., M.P.S.

Öffentlichkeitsreferentin:

Susanne Bund

Abgeordneter der Streitkräfte:

Oberstleutnant i.G. Dr. Johann Schmid

Senior Research Fellows:

Dr. Margret Johannsen

Dr. Reinhard Mutz

Prof. Dr. Jürgen Scheffran

Dr. Arne C. Seifert

Prof. Dr. Kurt P. Tudyka

Fellows:

Dr. David Aphrasidze

Dr. Heiko Fürst

Dr. Stephan Hensell

Dr. Sybille Reinke de Buitrago



Regina Heller ist Referentin und Gleichstellungsbeauftragte

Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler:

Sabina Cudic (bis Februar 2011)
 Pavel Dvořak (April bis Juli 2011)
 Major Elvir Huskanovic (bis März 2011)
 Shafiah F. Muhibat
 He Qisong (September-November 2011)
 Dr. Zhao Zhen (seit Oktober 2011)
 Oleksandr Zhytnyk (seit Oktober)

Doktorandinnen/Doktoranden:

Dauren Akberdiyev (seit April 2011)
 Christian Alwardt, Dipl. Phys.
 Dennis Bangert, Dipl. soz. ök.
 Andreas Bernath
 Alexandr Burilkov (extern)
 Sabina Cudic, M.A. (extern)
 Anne Finger, Dipl.-Pol.
 Thorsten Geise, Dipl. Pol., M.P.S (extern)
 Hendrik Hegemann, M.A.
 Gunnar Jeremias, Dipl. Pol., M.P.S.
 Carlo Koos, M.A., M.P.S. (seit Oktober 2011) (extern)
 Katarzyna Kubiak, Dipl. oec., M.P.S. (seit Februar 2011))
 Ulrich Kühn, M.A., M.P.S.
 Elena Kulipanova, M.A., M.P.S.
 Isabelle Maras, M.A.
 Naida Mehmedbegović Dreilich, M.A., M.P.S.
 Shafiah F. Muhibat
 Katja Munoz, M.A.
 Dieter Riedel (seit April 2011)
 Sebastian Schiek, Dipl. Pol.
 Isabelle Tannous, M.A. (extern)
 Eric van Um, M.A., M.P.S.
 Denise Völker, Dipl.-Ing., M.P.S.



Oleksandr Zhytnyk,
 Baudissin-Fellow 2011

Support:

Daniela Antons
 Polina Baigarova (bis Juli 2011)
 Alexander Benthien (bis März 2011)
 Corinna Bock (seit Oktober 2011)
 Jerome Cholet
 Magali Hélène Dietrich (seit Juli 2011)
 Helga Eckardt (bis März, Mai 2011)
 Nina Elena Eggers (bis September 2011)
 Fabian Giglmaier (bis März 2011)
 Anna-Lena Hildebrandt (seit Juli 2011)
 Lena Jehle (bis März, Mai 2011)
 Barbara Kauffmann (bis Juni 2011)
 Kristian Kouros (April-Mai 2011)
 Dan Krause (Juni-September 2011)
 Tim Kröger
 Inga Matthes (bis August 2011)
 Oliver Müser (bis April 2011)
 Tamara Nathan (seit März 2011)
 Abd ElKader Niang (bis März 2011)
 Mona Peter
 Ilyas Saliba (bis Februar 2011)



Johanna Stolze (bis September 2011)
Selma Toporan (bis August 2011)

Sekretariat:

Madeleine Köhler (seit Juni 2011 in Elternzeit)
Franziska Wellner (seit März 2011)

Redaktion/Übersetzungen:

Graeme Currie, M.A.
Elizabeth Hormann (extern)
Ina Schachraj (extern)

Bibliothek:

Ute Runge, Dipl. Bibl.

Dokumentation:

Uwe Polley, Dipl.-Pol.

Verwaltung:

Britta Fisch
Max Paul
Jochen Rasch
Dr. Eckhard Schlopsna
Jutta Stropahl
Carsten Walter



Britta Fisch bei der
MPS-Abschlussfeier



8. Veröffentlichungen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben 2011 insgesamt 10 Bücher veröffentlicht und mit 179 Beiträgen, darunter 34 in referierten Zeitschriften und Büchern (16 nach Blind- und 18 nach anderen Peer-Review-Verfahren), an der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion teilgenommen.

Das Institut ist seit 1987 Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens und gibt seit 1995 das OSZE-Jahrbuch in deutscher, englischer und russischer Sprache heraus.

Darüber hinaus werden – zusätzlich zu Friedensgutachten und OSZE-Jahrbuch – kontinuierlich Herausgeber-, Redaktions- und Lektoratsarbeiten wahrgenommen. Die Redaktion der Zeitschrift „S+F. Sicherheit und Frieden/Security and Peace“ der Nomos-Verlagsgesellschaft ist am IFSH angesiedelt; Chefredakteur ist Martin Kahl. Zum Redaktionsteam gehören außerdem Regina Heller, Sybille Reinke de Buitrago und Susanne Bund.

Die Schriftenreihe Demokratie, Sicherheit, Frieden wird von Michael Brzoska herausgegeben und von Susanne Bund redaktionell betreut.

8.1 IFSH-Reihen

Das IFSH selbst gibt zwei Reihen für die interessierte Öffentlichkeit heraus: die „Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ sowie den Rundbrief „IFSH-aktuell“. IFSH-aktuell soll in knapper Form durch aktuelle Stellungnahmen sowie über neue Projekte, Veranstaltungen, Besucher und Veröffentlichungen des Instituts informieren. Seit 2006 gibt es eine englische Kurzfassung von IFSH-aktuell, die IFSH-News, die ausschließlich elektronisch verbreitet wird. IFSH aktuell wird von Anna Kreikemeyer zusammengestellt. Nachdem in den letzten Jahren die Aktivitäten des IFSH in Form von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen im Hamburger Institut selbst und die Teilnahme seiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an internationalen Konferenzen beträchtlich zugenommen haben, werden aktuelle Nachrichten über diese Ereignisse primär und zeitnah auf der IFSH Website veröffentlicht. In der Online-Rubrik „Aktuelle Stellungnahmen“ (http://ifsh.de/IFSH_php/akt_stellungnahmen.php) erschienen 2011 vier Beiträge. Darüber hinaus ist anlässlich des 40-jährigen Bestehens des IFSH eine Broschüre „40 Jahre Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ erschienen, die in knapper Form Bilanz über wichtige Themen und Arbeitsfelder des IFSH zieht

Weiterhin werden vom IFSH Studien und Arbeitspapiere in verschiedenen Formaten ins Netz gestellt und zum Teil in kleinerer Auflage gedruckt. Hierzu zählen neben den „Hamburger Beiträgen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik“, *Working Papers* der Arbeitsgruppen CORE, IFAR und ZEUS sowie des „PiraT“-Projektes.

Im Berichtszeitraum sind fünf Studien bzw. Working Papers unter: <http://www.ifsh.de/index.php/ifsh-studien.html> eingestellt worden.

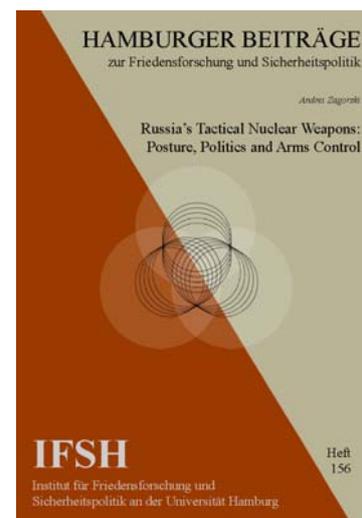
Alle IFSH-Reihen finden sich auf der Homepage des Instituts und können eingesehen und heruntergeladen werden (<http://www.ifsh.de/>). In begrenztem Umfang sind sie in gedruckter Form kostenlos erhältlich.

Finanzielle Förderung erfahren die Publikationen des Instituts durch die Freie und Hansestadt Hamburg.

8.2 Friedensgutachten

Seit 1987 ist das IFSH Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens.

Das Friedensgutachten ist das gemeinsame Jahrbuch der fünf wissenschaftlichen Institute für Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland: des IFSH in Hamburg, des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) in Duisburg, der Forschungsstätte der Evangelischen Studien-





gemeinschaft (FEST) in Heidelberg, der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt/M. und des International Center for Conversion (BICC) in Bonn. Die internationale Konfliktrealität wird aus friedensstrategischer Perspektive kontinuierlich beobachtet und untersucht. Auf diese Einzelanalysen stützt sich die Stellungnahme der Herausgeber und Herausgeberinnen. Sie bündelt und gewichtet die Ergebnisse und formuliert Empfehlungen für die friedens- und sicherheitspolitische Praxis mit besonderem Blick auf Handlungsoptionen der europäischen und der deutschen Politik. Über die Bilanzierung konfliktpolitischer Entwicklungen hinaus will das Friedensgutachten Ursachen- und Wirkungszusammenhänge verdeutlichen, Lösungsansätze aufzeigen und zur eigenständigen Urteilsbildung ermutigen.

Friedensgutachten 2011

Der arabische Frühling hat Politik, Regionalexperten und Friedensforscher überrascht. Der Krieg gegen den Terror, der seine Aufmerksamkeit in erster Linie auf islamistisch motivierte Gewalt richtet, ließ offenbar die Vorstellung nicht zu, dass sich die arabische Zivilgesellschaft in revolutionärer Aktion von ihren Herrschern befreit. Grund genug für das Friedensgutachten, die arabischen Umbrüche an den Anfang des diesjährigen Jahrbuchs zu stellen und die Rolle Europas zu befragen. Seine Antworten auf die Umbrüche wie auch auf Repression, Bürgerkrieg und das davon ausgelöste Flüchtlingsdrama zeigen, wie weit Europa noch von außenpolitischer Handlungsfähigkeit entfernt ist. Noch immer dominieren nationale Alleingänge. Renationalisierung und Populismus prägen auch die Euro-Krise.



Zu diesem Ergebnis gelangt das diesjährige Friedensgutachten, das 2011 auf fünfundzwanzig Jahre Erscheinen zurückblicken kann. Die Vertreterinnen und Vertreter der fünf herausgebenden Institute präsentierten das Jahrbuch am 24. Mai 2011 vor der Bundespressekonferenz in Berlin. Anschließend erörterten sie ihre Ergebnisse und Empfehlungen mit Bundestagsabgeordneten, mit den Ausschüssen für Verteidigung und für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, mit den Unterausschüssen Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit, im Auswärtigen Amt mit den Arbeitsstellen Transformationspartnerschaft Ägypten und Tunesien, mit dem Referat Friedensentwicklung und Krisenprävention im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, mit Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen im Arbeitskreis Internationale Politik

und Menschenrechte sowie mit Abgeordneten der SPD im Arbeitskreis Internationale Politik.

Anknüpfend an sein arabisches Spotlight erörtert das Friedensgutachten in seinem Schwerpunktkapitel den Zustand des Friedensprojekts Europa nach drei Jahren Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Integration galt lange als *die* politische Errungenschaft im jahrhundertlang so kriegerischen Europa, doch Globalisierung und Migration fordern die nationalstaatlich verfassten Gesellschaften Europas heraus. Was muss geschehen, damit aus dem Friedensprojekt nicht ein Europa der Ängste und Egoismen wird? Zudem zieht das Friedensgutachten eine Bilanz der militärischen Interventionen in Afghanistan und in andere bewaffnete Konflikte oder humanitäre Katastrophen und untersucht Rüstungstrends, Abrüstungschancen, die neue Strategie der NATO sowie die Reform der Bundeswehr.

Noch nie in den 25 Jahren seines Bestehens gab es im Friedensgutachten so viele von Frauen verfasste Aufsätze. Die Beiträge aus dem IFSH stammen von Christian Alwardt, Hans-Georg Ehrhart, Hans-Christian Gils, Margret Johannsen, Anna Kreikemeyer, Elena Kulipanova, Oliver Meier und Götz Neuneck. Die Mitherausgeberschaft und Federführung lag bei Margret Johannsen.



8.3 OSZE-Jahrbuch

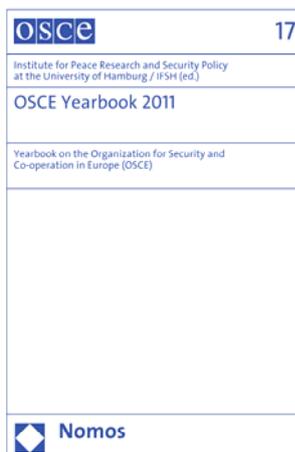
Die Vielfalt der Themen und die internationale Zusammensetzung des Autorenkreises machen das OSZE-Jahrbuch zu einer einzigartigen Informationsquelle für alle, die sich mit der OSZE und Fragen der europäischen Sicherheit befassen oder sich für die Organisation und ihre Tätigkeit interessieren. Herausgeber des seit 1995 in englischer, deutscher und russischer Sprache erscheinenden Jahrbuchs ist das IFSH in Kooperation mit Botschafter a.D. Jonathan Dean, Dr. Pál Dunay, Prof. Dr. Adam Daniel Rotfeld und Dr. Andrei Zagorski. Sitz der Redaktion ist das IFSH in Hamburg; die Chefredakteurin ist Ursel Schlichting; redaktionelle Aufgaben sowie Lektorats- und Übersetzungstätigkeiten werden außerdem von Susanne Bund, Graeme Currie, Elena Kropatcheva, Ina Shakhrai, Keith Semple und Uwe Polley wahrgenommen. Die deutsche und die englische Ausgabe erscheinen im Nomos-Verlag, Baden-Baden, die russische Edition im Verlag Prawa Tschelowjeka in Moskau.

Das Auswärtige Amt finanziert den Druck des OSZE-Jahrbuchs und übernimmt einen Teil der Personalkosten. Es unterstützt außerdem die Verteilung von Freixemplaren z.B. an Außenministerien und OSZE-Einrichtungen sowie an Universitäten und Bibliotheken. Das OSZE-Jahrbuch dient darüber hinaus an der OSZE-Akademie in Bischkek, am Moscow State Institute for International Relations (MGIMO) und an weiteren Hochschulen in der GUS als Lehrbuch. Die Beiträge früherer Ausgaben des OSZE-Jahrbuchs sind als Volltexte (englisch und deutsch bis 2009) auf der CORE-Website, <http://core-hamburg.de>, erhältlich.

Obwohl das OSZE-Jahrbuch keine offizielle OSZE-Publikation ist, erfreut es sich seit vielen Jahren der Unterstützung durch die Organisation und ihre Institutionen, insbesondere das OSZE-Sekretariat in Wien. Erstmals blicken wir in diesem Jahr zudem auf eine äußerst angenehme und erfolgreiche Kooperation mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) bei der Herstellung des OSZE-Jahrbuchs zurück.

Das OSZE-Jahrbuch 2011

Dem Geleitwort des diesjährigen Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, des litauischen Außenministers Audronis Ažubalis; folgt ein Nachruf auf den 2011 verstorbenen langjährigen Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Max van der Stoel, aus der Feder von



Wolfgang Zellner. Die Beiträge zum OSZE-Jahrbuch 2011, verfasst von international renommierten Wissenschaftlern, Mitarbeitern der OSZE sowie erfahrenen Diplomaten, geben einen umfangreichen und intensiven Einblick in die Tätigkeit der weltweit größten regionalen Sicherheitsorganisation. Im ersten Abschnitt, „Die OSZE und die europäische Sicherheit“, blickt zunächst Marc Perrin de Brichambaut auf seine sechsjährige, erfahrungsreiche Tätigkeit als OSZE-Generalsekretär zurück, bevor Pál Dunay eine Bewertung des kasachischen OSZE-Vorsitzes im Jahr 2010 vornimmt. Ian Cliffs Beitrag ist der Fortsetzung des Korfu-Prozesses gewidmet. Im Kapitel über die OSZE-Teilnehmerstaaten beschreibt Ian Kelly das Engagement der USA in der OSZE-Region; Elena Kropatcheva erörtert die innenpolitischen Entwicklung in Belarus nach den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2010; Payam Foroughi befasst sich in seinem kritischen Beitrag mit der Lage der Menschenrechte im Tadschikistan und der Rolle der OSZE.

Im Abschnitt über Konfliktprävention und Streitschlichtung stellen Claudio Formisano und Georgia Tasiopoulou die Arbeit der OSZE-Mission im Kosovo vor; Claus Neukirch berichtet über den Fortgang der Konfliktbeilegungsbemühungen in Moldau. Carel Hofstra befasst sich mit der Polizeireform in Armenien und Hans-Joachim Schmidt stellt die beunruhigende Frage nach der Möglichkeit eines Wiederaufflammens des Konflikts um Berg-Karabach. Arne C. Seifert gibt schließlich einen Einblick in die komplexen politischen Prozesse in Zentralasien.



Die von Pierre von Arx verfasste umfangreiche Darstellung der Arbeiten zur Modernisierung des Wiener Dokuments über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen bildet den Auftakt zum zweiten Teil des Jahrbuchs, der sich aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des BDIMR mit dessen Geschichte, seinen Aufgaben und Tätigkeiten befasst. Sein stellvertretende Direktor Douglas Wake wirft zunächst einen Blick zurück auf die beeindruckende Entwicklung des BDIMR vom anfangs noch kleinen „Büro für freie Wahlen“ zu einer der erfolgreichsten Institutionen der OSZE. Anschließend unterzieht der langjährige Direktor des BDIMR, Christian Strohal, die Lage der Menschenrechte nach dem Gipfeltreffen von Astana einer kritischen Betrachtung, während Jens-Hagen Eschenbächer und Bernhard Knoll die unmittelbaren Ergebnisse des Gipfels aus menschenrechtlicher Perspektive analysieren. Es folgen detaillierte Beiträge über die Grundlagendokumente zu Demokratie und Menschenrechten, die Unabhängigkeit der Gerichte in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien, die Wahlbeobachtungstätigkeit des BDIMR und die diesbezügliche Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung, Demokratieunterstützung, den Beitrag der OSZE zur Gleichberechtigung, die Lage der Sinti und Roma im OSZE-Gebiet, Menschenrechtserziehung, die Zusammenarbeit des BDIMR mit der Zivilgesellschaft, nationale Menschenrechtsinstitutionen sowie den Stellenwert der Parlamente in den OSZE-Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension (Karin Esposito/Ruben-Erik Diaz-Plaja).



Zwei Beiträge befassen abschließend mit den externen Beziehungen der OSZE bzw. ihrer Teilnehmerstaaten: Rita Marascalchi und Oleksandr Pavlyuk erörtern die möglichen Auswirkungen der Ereignisse in Nordafrika auf die Zusammenarbeit der OSZE mit ihren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum, während Timur Dadabaev die Außenpolitik Japans gegenüber Zentralasien analysiert.

Wie stets enthält ein umfangreicher Anhang Daten und Fakten zu den 56 OSZE-Teilnehmerstaaten, eine Chronologie der Ereignisse und Veranstaltungen rund um die OSZE sowie eine aktuelle Literaturliste. Das OSZE-Jahrbuch soll zur politischen und akademischen Diskussion über europäische Sicherheit im nationalen, regionalen und internationalen Kontext beitragen und enge Bindungen zwischen Wissenschaft, Politik und der Öffentlichkeit herstellen.

8.4 Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2011*

IFSH

- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/ IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2010, Baden-Baden 2011.
- Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH (ed.), OSCE Yearbook 2010, Baden-Baden 2011.
- Jahresbericht/Annual Report 2010, Hamburg 2010, sowie unter: <http://www.ifsh.de/pdf/jahrbuch/JB2009.pdf> und <http://www.ifsh.de/pdf/jahrbuch/JB2009en.pdf>.
- IFSH-aktuell 85/2011. Januar-Februar 2011. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell85en.pdf>.
- IFSH-aktuell 86/2011. März-April 2011. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell86en.pdf>.
- IFSH-aktuell 87/2011. Mai-Juni 2011. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell87en.pdf>.
- IFSH-aktuell 88/2011. Juli-September 2011. Englische Fassung: IFSH News, unter http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/ifshnews88en.pdf.
- IFSH-aktuell 89/2011. Oktober-November 2011. Englische Fassung: IFSH News, unter http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/IFSH%20news%2089%20%28Oktober-November%202011%29.pdf.
- Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH, Europäische Streitkräfte, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 1/2011, S. 41-44.

* Referierte Beiträge nach anonymem Begutachtungsverfahren sind mit * gekennzeichnet, nach nicht anonymer Fachbegutachtung mit **. Beiträge in Zeitschriften der ISI-Liste sind gefettet. Articles refereed in a double blind procedure are marked with *; those with a non-anonymous professional assessment with **. Articles in journals from the ISI-List are written in bold letters.



- Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH, Strukturoptimierung reicht nicht, Bundeswehrreform braucht Politikreform, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 3/2011, S. 208-209
- IFSH (Hrsg.), 40 Jahre Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Hamburg 2011, 40 S.
- IFSH (ed.), 40 Years Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg, Hamburg 2011, 40 S.

Christian Alwardt

- Raketenabwehr in Europa: Territorialer Schutz oder Hindernis für nukleare Abrüstung?, in: Margret Johansen/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Tobias Deibel/ Christiane Fröhlich (Hrsg.), Friedensgutachten 2011, Berlin 2011, S. 342-354 (mit Hans Christian Gils und Götz Neuneck).**
- Raumfahrttechnologie für Krieg und Frieden? Raketenabwehr und der Weltraum, in: Raumfahrt Concret 4-5/2011 (mit Götz Neuneck).
- Wasser als globale Herausforderung – Die Ressource Wasser. IFAR-Working Paper 17, Juni 2011, unter: http://www.ifsh.de/IFAR/pdf/wp_17.pdf.

Dennis Bangert

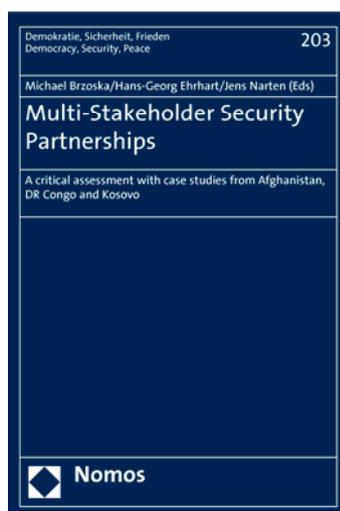
- Rational Choice, Spieltheorie und Terrorismusforschung, in: Alexander Spencer/Alexander Kocks/Kai Harbrich (Hrsg.), Terrorismusforschung in Deutschland, Sonderheft 1, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Wiesbaden 2011, S.76-98.*

Raphael Bossong

- **The case for a public administration turn in the study of the EU's civilian crisis management, in: Journal of European Public Policy 7/2011, S. 1074-1086 (mit Thorsten Benner).** *
- Die externe Dimension der EU Antiterrorismuspolitik, in: Thomas Jäger (Hrsg.), Die Welt nach 9/11. Auswirkungen des Terrorismus auf Staatenwelt und Gesellschaft. Sonderheft 2, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. Wiesbaden 2011, S. 529-547. *
- The Fight against International Terrorism – Driver and Yardstick for EU Homeland Security, in: Christian Kaunter/Patryk Pawlak (Hrsg.), European Homeland Security: Politics, Coincidence and Strategy, Milton Keynes 2011. **
- Public good theory and the added value of EU counterterrorism policy. EUSECON Working Paper 42/2011. **
- Peer reviews and the fight against terrorism – a hidden success story of EU security governance? EUSECON Working Paper 50/2011. **
- Security Economics in the European Context – Implications of the EUSECON Project. EUSECON Working Paper 58/2011 (mit Michael Brzoska und Eric van Um).**

Michael Brzoska

- **The Economics of Security: A European Perspective, in: Defence and Peace Economics 2/2011, S. 99-104 (mit Tilman Brück and Kostas Drakos).***



- Security Economics in the European Context – Implications of the EUSECON Project. EUSECON Working Paper 58/2011 (mit Raphael Bossong und Eric van Um).**
- The Role of Effectiveness and Efficiency in the European Union's Counterterrorism Policy: The Case of Terrorist Financing, EUSECON Working Paper 51/2011.**
- Counter-Terrorist Financing – A Good Policy Going Too Far?, EUSECON Policy Briefing 7/2011.**
- Zum 10-jährigen Bestehen der Deutschen Stiftung Friedensforschung – Friedensforschung für das 21. Jahrhundert, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 1/2011, S. 31-41 (mit Martina Fischer).
- Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH, Europäische Streitkräfte, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 1/2011, S. 41-44 (Mitverf.).
- Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH, Strukturoptimierung reicht nicht, Bundeswehrreform braucht Politikreform, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 3/2011, S. 208-209 (Mitverf.)
- Multi-Stakeholder Security Partnerships. A critical assessment with case studies from Afghanistan, DR Congo and Kosovo, Baden-Baden 2011 (Hrsg. mit Hans-Georg Ehrhart und Jens Narten).
- Introduction, in: Michael Brzoska/Hans-Georg Ehrhart/Jens Narten (Eds), Multi-Stakeholder Security Partnerships. A critical assessment with case studies from Afghanistan, DR Congo and Kosovo, Baden-Baden 2011, S. 7-13 (mit Hans-Georg Ehrhart und Jens Narten).
- Evaluating International Partnerships in Security Sector Reform in Post-Conflict Reconstruction and Peacebuilding, in: Michael Brzoska/Hans-Georg Ehrhart/Jens Narten (Eds), Multi-Stakeholder Security Partnerships. A critical assessment with case studies from Afghanistan, DR Congo and Kosovo, Baden-Baden 2011, S. 92-106.



- Conclusions, in: Michael Brzoska/Hans-Georg Ehrhart/Jens Narten (Eds), Multi-Stakeholder Security Partnerships. A critical assessment with case studies from Afghanistan, DR Congo and Kosovo, Baden-Baden 2011, S. 253-260 (mit Hans-Georg Ehrhart und Jens Narten).
- Frieden und Wirtschaft, in: Hans J. Gießmann/Bernhard Rinke (Hrsg.), Handbuch Frieden, Wiesbaden 2011, S. 614-626.
- Security, Governance and Security Sector Governance, in: Frederic Labarre/Maria Tzankova (Eds), Theoretical and Technical Perspectives on Security Sector Governance from the Adriatic to the Caspian Sea, Amsterdam 2011, S. 29-44.
- Chancen zur Rüstungskontrolle in Europa, Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2011 (mit Anne Finger, Oliver Meier, Götz Neuneck und Wolfgang Zellner).
- Prospects for Arms Control in Europe, Studie für die Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2011 (mit Anne Finger, Oliver Meier, Götz Neuneck und Wolfgang Zellner)
- Ökonomische Kriegstheorien, in: Thomas Jäger/Rasmus Beckmann (Hrsg.), Handbuch Kriegstheorien, Wiesbaden 2011, S. 96-104.
- Klimawandel und Konflikte. Versicherheitlichung versus präventive Friedenspolitik? Baden-Baden 2011 (Hrsg. mit Martin Kalinowski, Volker Matthies und Berthold Meyer)
- Einleitung: Klimawandel und Konflikte in: Michael Brzoska/Martin Kalinowski/ Volker Matthies/Berthold Meyer (Hrsg.), Klimawandel und Konflikte, Baden-Baden 2011, S. 7-24. (mit Martin Kalinowski, Volker Matthies und Berthold Meyer).
- „Versicherheitlichung“ des Klimawandels? Die Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung und ihre politischen Folgen, in: Michael Brzoska/Martin Kalinowski/Volker Matthies/Berthold Meyer (Hrsg.), Klimawandel und Konflikte, Baden-Baden 2011, S. 51-66. (mit Angela Oels).
- Jeremy Matam Farrall. United Nations Sanctions and the Rule of Law, Cambridge Studies in International and Comparative Law, Cambridge 2009, besprochen in: Vereinte Nationen 3/2011, S. 134.

Hans-Georg Ehrhart

- Die EU im Einsatz. Friedensmacht oder Wolf im Schaftspelz?, in: ZFAS, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 1/2011, S. 109-127.*
- Quo vadis EU: Friedensmacht oder Militärmacht?, in: Margret Johannsen/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Tobias Deibel/Christiane Fröhlich (Hrsg.), Friedensgutachten 2011, Berlin 2011, S.179-192.**
- Zivil-militärisches Zusammenwirken und vernetzte Sicherheit als Herausforderung deutscher Sicherheitspolitik: Der Fall Afghanistan, in: Klaus Brummer/Stefan Fröhlich (Hrsg.), Zehn Jahre Deutschland in Afghanistan, Wiesbaden 2011, S. 131-141.**
- Security Governance als Rahmenkonzept für die Analyse von Piraterie und maritimem Terrorismus – Konzeptionelle und Empirische Grundlagen, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 155, Hamburg 2011 (mit Kerstin Petretto und Patricia Schneider).**
- Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH, EUropäische Streitkräfte, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 1/2011, S. 41-44 (Mitverf.).
- Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH, Strukturoptimierung reicht nicht, Bundeswehrreform braucht Politikreform, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 3/2011, S. 208-209 (Mitverf.)
- Multi-Stakeholder Security Partnerships. A critical assessment with case studies from Afghanistan, DR Congo and Kosovo, Baden-Baden 2011 (Hrsg. mit Michael Brzoska und Jens Narten).
- Introduction, in: Michael Brzoska/Hans-Georg Ehrhart/Jens Narten (Eds), Multi-Stakeholder Security Partnerships. A critical assessment with case studies from Afghanistan, DR Congo and Kosovo, Baden-Baden 2011, S. 7-13 (mit Michael Brzoska und Jens Narten).
- Security Governance as a Framework and Basis for Multi-Stakeholder Partnerships, in: Michael Brzoska/Hans-Georg Ehrhart/Jens Narten (Eds), Multi-Stakeholder Security Partnerships. A critical assessment with case studies from Afghanistan, DR Congo and Kosovo, Baden-Baden 2011, S. 37-58.
- Conclusions, in: Michael Brzoska/Hans-Georg Ehrhart/Jens Narten (Eds), Multi-Stakeholder Security Partnerships. A critical assessment with case studies from Afghanistan, DR Congo and Kosovo, Baden-Baden 2011, S. 253-260 (mit Michael Brzoska und Jens Narten).
- Die EU und die NATO, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wesels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, Baden-Baden 2011, S. 503-508.
- Deutsche Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitskreis Internationale Sicherheitspolitik, Dezember 2010 (Mitverfasser).
- Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, 15. Aufl., Baden-Baden 2011, S. 309-315 (mit Ursel Schlichting).
- Eingreifen in Libyen, aber wie?, Aktuelle Stellungnahme unter: http://ifsh.de/IFSH/aktuelles/akt_stellung_hge6.htm sowie unter: <http://www.facebook.com/zfas.de> und <http://www.frieden-sichern.de/>.
- Friedensmacht, in: Hans J. Gießmann/Bernhard Rinke (Hrsg.), Handbuch Frieden, Wiesbaden 2011, S. 219-224.





- Strukturoptimierung reicht nicht – Bundeswehrreform braucht Politikreform, Stellungnahme der Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/profil/Strukturoptimierung.pdf> (Mitverfasser).
- Aufstandsbekämpfung: Konzept für deutsche Sicherheitspolitik? Lehren aus Afghanistan, in: Heinz-Gerhard Justenhoven/Ebrahim Afsah (Hrsg.), Das internationale Engagement in Afghanistan in der Sackgasse? Ein politisch-ethische Auseinandersetzung, Baden-Baden 2011, S. 103-122 (mit Roland Kaestner).
- US-Revirement in Richtung verdeckte Operationen und außergerichtliches Töten, Aktuelle Stellungnahme unter: http://ifsh.de/IFSH/aktuelles/akt_stellung_hge7.htm, ebenfalls abgedruckt in: Friedensforum 4/2011, S. 18.
- Reshaping towards covered operations and extrajudicial killing, Aktuelle Stellungnahme unter: http://www.ifsh.de/IFSH_php/akt_stellungnahmen_engl.php.
- Für eine Neuausrichtung deutscher Sicherheitspolitik, AK Internationale Sicherheitspolitik, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin, Mai 2011, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08080.pdf> (Mitverfasser).
- 10 Jahre Afghanistan-Krieg: Was nun?, Aktuelle Stellungnahme unter: <http://www.ifsh.de/index.php/einzelseite-358/items/id-10-jahre-afghanistankrieg-was-nun.html>.

Frank Evers

- Damaged Prospects/Damaged Dialogue in Ukraine and Crimea: The Current Situation in Ukraine and Future Cooperation with the OSCE, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH (ed.), OSCE Yearbook 2010, Baden-Baden 2011, S. 221-243.
- Perspektiv- und Dialogverluste in der Ukraine und auf der Krim: gegenwärtige Rahmenbedingungen für Kooperationsmöglichkeiten mit der OSZE, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2010, Baden-Baden 2011, S. 249-272.
- Appropriate Ways of Developing OSCE Field Activities, Hamburg 2011 (CORE Working Paper 22).
- The 2010 OSCE Summit in Astana: Expectations and Outcome, Hamburg 2011 (CORE Working Paper 23).

Anne Finger

- Chancen zur Rüstungskontrolle in Europa, Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2011 (mit Michael Brzoska, Oliver Meier, Götz Neuneck und Wolfgang Zellner).
- Prospects for Arms Control in Europe, Studie Friedrich für die Ebert Stiftung, Berlin 2011 (mit Michael Brzoska, Oliver Meier, Götz Neuneck und Wolfgang Zellner)



Jürgen Groß

- Demokratie und Militär – Demokratie und Frieden, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 154/2011 (Hrsg. mit Detlef Bald/Hans-Günter Fröhling/Berthold Meyer/Claus von Rosen).
- Frieden und Macht, in: Hans J. Gießmann/Bernhard Rinke (Hrsg.), Handbuch Frieden, Wiesbaden, 2011, S. 394-403.
- Thesen über den demokratischen Frieden, in: Detlef Bald/Hans-Günter Fröhling/Jürgen Groß/Berthold Meyer/Claus v. Rosen (Hrsg.), Demokratie und Militär – Demokratie und Frieden, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 154/2011, S. 31-34.
- Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH, Europäische Streitkräfte, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 1/2011, S. 41-44 (Mitverf.).
- Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH, Strukturoptimierung reicht nicht, Bundeswehrreform braucht Politikreform, in: S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace 3/2011, S. 208-209 (Mitverf.).

Hendrik Hegemann

- Terrorismusbekämpfung jenseits funktionaler Problemlösung: Was beeinflusst politisches Handeln im Kampf gegen den Terrorismus?, in: Alexander Spencer/Alexander Kocks/Kai Harbrich (Hrsg.), Terrorismusforschung in Deutschland, Sonderheft 1, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Wiesbaden 2011, S. 281-304 (mit Regina Heller und Martin Kahl).*

Regina Heller

- **Notions of (in)security within the EU. How European policy-makers view the sources and costs of terrorism and organised crime, in: Defence and Peace Economics 2/2011, S. 193-216.***
- Terrorismusbekämpfung jenseits funktionaler Problemlösung: Was beeinflusst politisches Handeln im Kampf gegen den Terrorismus?, in: Alexander Spencer/Alexander Kocks/Kai Harbrich (Hrsg.), Terrorismusforschung in Deutschland, Sonderheft 1, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Wiesbaden 2011, S. 281-304 (mit Hendrik Hegemann und Martin Kahl).*
- Frieden und Transformation, in: Hans J. Gießmann/Bernhard Rinke (Hrsg.), Handbuch Frieden, Wiesbaden, 2011, S. 586-598.

Janina Johansen



- The EU's Comprehensive Approach to Crisis Management. Premises, Ambitions, Limits. Baden-Baden 2011.**

Margret Johannsen

- **A Balance of Fear: Asymmetric Threats and Tit-for-Tat Strategies in Gaza, in: Journal of Palestine Studies vol. 61, 1/2011, S. 45-56.***
- Macht Militär Ordnung und Sicherheit?, in: Margret Johannsen/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Tobias Debiel/Christiane Fröhlich (Hrsg.), Friedensgutachten 2011, Berlin 2011, S. 276-288.**
- Friedensgutachten 2011, Berlin 2011 (Hrsg. mit Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Tobias Debiel/Christiane Fröhlich).
- Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen – Stellungnahme der Herausgeber und Herausgeberinnen, in: Margret Johannsen/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Tobias Debiel/Christiane Fröhlich (Hrsg.), Friedensgutachten 2011, Berlin 2011, S. 1-30 (mit Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Tobias Debiel/Christiane Fröhlich).
- Der Nahost-Konflikt, 3. aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2011.
- The Reconciliation of Hamas and Fatah. Smoothing the Way to the Middle East Conference by Contributing to Peace and Security in the Region (mit Ziad AbuZayyad, Karima El Ouazghari, Judith Palmer Harik, Anat Kurz und Jamil Rabah), Academic Peace Orchestra Middle East Policy Brief 3/2011, Frankfurt/Main 2011.
- Die Vereinten Nationen und der Nahost-Konflikt, UN Basisinformationen 44, Berlin Dezember 2011 sowie unter: http://www.dgvn.de/fileadmin/user_upload/PUBLIKATIONEN/Basis_Informationen/Basisinf044_Naher_Osten.pdf (mit Sascha Koos).
- Hamas: Mit Terroristen reden? Ja, mit wem denn sonst! Schwierige Fragen im Nahost-Konflikt, in: Mit Hamas und Taliban an den Verhandlungstisch? Möglichkeiten und Grenzen der Einbindung von Gewaltakteuren in Friedensprozesse. Beiträge zum Parlamentarischen Abend der DSF am 28. September 2010 in Berlin. Arbeitspapiere der Deutschen Stiftung Friedensforschung 7/2011, Osnabrück 2011, S. 27-39.
- Der Nahost-Konflikt, in: Michael Staack (Hrsg.), Einführung in die Internationale Politik: Studienbuch, 5., vollständig überarb. Aufl., München/Wien 2011, S. 613-648.
- Nahost, in: Innerstaatliche Konflikte, Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung, November 2011, unter: <http://www.bpb.de/themen/N7BUCR,0,Nahost.html>.



Martin Kahl

- Terrorismusbekämpfung jenseits funktionaler Problemlösung: Was beeinflusst politisches Handeln im Kampf gegen den Terrorismus? in: Alexander Spencer/Alexander Kocks/Kai Harbrich (Hrsg.), Terrorismusforschung in Deutschland, Sonderheft 1, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Wiesbaden 2011, S. 281-304 (mit Hendrik Hege- mann und Regina Heller).*
- Frieden in den Theorien der Internationalen Beziehungen, in: Hans J. Gießmann/ Bernhard Rinke (Hrsg.): Handbuch Frieden, Wiesbaden 2011, S. 70-85 (mit Bernhard Rinke). **
- Die Militärstrategie der USA nach dem 11. September, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 27/2011, S. 19-24.
- Militärstrategie, in: Wichard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch Internationale Politik. 12., überarbeitete und aktuali- sierte Auflage, Opladen & Farmington Hills 2011, S. 377-387.

Anna Kreikemeyer

- Weder globale Konkurrenz noch wirksame Friedenssicherung. Was kann die EU in Zentralasien erreichen?, in: Margret Johannsen/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/ Tobias Debiel/Christiane Fröhlich (Hrsg.), Friedensgutachten 2011, Berlin 2011, S. 155-167 (mit Elena Kulipanowa).**

Elena Kropatcheva

- **Playing both Ends against the Middle: Russia's Geopolitical Energy Games with the EU and Ukraine, in: Geopolitics 3/2011, S. 553-573.***
- Ukraine's Foreign Policy Choices after the 2010 Presidential Election, in: Journal of Communist Studies and Transi- tion Politics 3-4/2011, S. 520-540.*
- Russian Foreign Policy in the Realm of European Security through the Lens of Neoclassical Realism, in: Journal of Eurasian Studies 3/2011/2012 (in press). Preprint unter: <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S187936651100025X>.*
- Predislovie [Foreword], in: Nadlezhazhee upravlenie v svetskikh gosudarstvakh s bolshinstvom musulmanskogo naseleniya [Good Governance in Secular States with the Muslim Majority], Bishkek 2011.



Ulrich Kühn

- Global Zero: „perhaps not in my life time“, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4/2011, S. 98-119.

Elena Kulipanowa

- Weder globale Konkurrenz noch wirksame Friedenssicherung. Was kann die EU in Zentralasien erreichen?, in: Margret Johannsen/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/ Tobias Debiel/Christiane Fröhlich (Hrsg.). Friedensgutachten 2011. Berlin 2011, S. 155-167 (mit Anna Kreikemeyer).**

Isabelle Maras

- Women: The Key to Conflict Resolution (Les femmes, élément-clé de la résolution de conflit), Atlantic Memo 32/2011, unter: Atlantic-community.org, <http://www.atlantic-community.org/app/webroot/files/articlepdf/Memo32.pdf> (mit Laura Cohen/Melissa J.L Crawford/Natasha L. Lamoreux/Svenja Post/Maria Laura Salich Di Francesca/Nukhet Ahu Sandal/ Beata Zpevakova).
- Ten Years after UN Resolution 1325, A Neat Revolution in Search of Warriors (Dix ans après la Résolution 1325 des Nations-Unies, une révolution “propre” en quête de combattants), Op-ed/Opinion piece, Atlantic-community.org, 26 April 2011, unter: http://www.atlantic-community.org/index/articles/view/Ten_Years_After_UN_R_1325_A_Neat_Revolution_in_Search_of_Warriors (mit Laura Salich).

Naida Mehmedbegović Dreilich

- Editorial: Stabilität und europäische Integration in Südosteuropa/Stability and European Integration in Southeastern Europe, in: S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace, 3/2011, S. III-IV (mit Patricia Schneider).

Oliver Meier

- Die NATO und Abrüstung: Wie passt das zusammen?, in: Margret Johannsen/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Tobias Debiel/Christiane Fröhlich (Hrsg.), Friedensgutachten 2011, Berlin 2011, S. 328-341.**
- Chancen zur Rüstungskontrolle in Europa, Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2011 (mit Michael Brzoska, Anne Finger, Götz Neuneck und Wolfgang Zellner).



- Prospects for Arms Control in Europe, Studie für die Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2011 (mit Michael Brzoska, Anne Finger, Götz Neuneck und Wolfgang Zellner).
- Abrüstungskonferenz: Tagungen 2010, in: Vereinte Nationen: Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen 2/2011, S. 79-80.
- Revising NATO’s Nuclear Posture: The way forward, Nuclear Policy Paper 8/2011, Arms Control Association (ACA)/British American Security Information Council (BASIC)/Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (IFSH) Washington, D.C./London/Hamburg 2011, unter: http://tacticalnuclearweapons.ifsh.de/pdf/Nuclear_Policy_Paper_No8.pdf.
- Germany Opposes United States on China-Pakistan Nuclear Deal, Arms Control Now (Blog of the Arms control Association, June 21, 2011), unter: <http://armscontrolnow.org/2011/06/21/germany-opposes-united-states-on-china-pakistan-nuclear-deal>.
- NATO Sets Up Arms Control Committee, in: Arms Control Today 3/2011, S. 32.
- NATO Posture Review Takes Shape, in: Arms Control Today 2/2011, S. 6.
- Politikberatung: taktische Nuklearwaffen in Europa reduzieren, in: IFSH-Jahresbericht 2010, Hamburg 2011, S. 20-24.

Fifi Muhibat

- Norm Dynamics in Regional Cooperation. Paper presented at the annual meeting of the International Studies Association Annual Conference "Global Governance: Political Authority in Transition", 16. März 2011, Montreal, unter: http://citation.allacademic.com/meta/p_mla_apa_research_citation/5/0/0/4/8/p500482_index.html.

Reinhard Mutz

- Europäische Friedensordnung, in: Hans J. Gießmann/Bernhard Rinke (Hrsg.), Handbuch Frieden, Wiesbaden 2011, S. 225-235.
- Bundeswehr: Reform ins Blaue, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2011, S. 36-38.
- Libyen: Lizenz zum Töten?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2011, S. 53-56.
- Über den Rubikon – die neue NATO schafft Fakten, in: Stephan Kurz-Gieseler (Hrsg.), Sozialkunde – Politik in der Sekundarstufe, Paderborn 2011, S. 524.
- Nužna li nam nova evropejskaja kul'tura bezopasnosti? Počemu y politiki razrjadki est' buduščee? [Brauchen wir eine neue europäische Sicherheitskultur? Warum Entspannungspolitik ihre Zukunft noch vor sich hat], in: Institut isledovanija problem mira i politiki bezopasnosti pri universitete Gamburga/Moskovski gosudarstvennyi institut



- meždunarodnych otnošení (universitet) (Hrsg.), *Ežegodnik OBSE 2009 [OSZE-Jahrbuch 2009]*, Moskau 2011, S. 67-84 (mit Egon Bahr).
- Abrüstung und Rüstungskontrolle, in: IFSH (Hrsg.), *40 Jahre Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg*, Hamburg 2011, S. 5-10.
 - Disarmament and Arms Control, in: IFSH (Ed.), *40 Years Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg*, Hamburg 2011, S. 5-10.
 - Nerven und Augenmaß – Wie vor fünfzig Jahren in Berlin der Dritte Weltkrieg an- und wieder abgesagt wurde, in: *Le Monde Diplomatique* 7/2011, S. 12-13.
 - Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH, *EUropäische Streitkräfte*, in: *S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace* 1/2011, S. 41-44 (Mitverf.).
 - Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH, *Strukturoptimierung reicht nicht, Bundeswehrreform braucht Politikreform*, in: *S+F, Sicherheit und Frieden – Security and Peace* 3/2011, S. 208-209 (Mitverf.).
 - Gut fürs Bündnis, gut für Deutschland? Ulf von Krause, *Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr – Politische Entscheidungsdynamik mit Eskalationsdynamik*, Wiesbaden 2011, besprochen in: *Welt Trends – Zeitschrift für internationale Politik* 79/2011, S. 122-124.
 - Was lief schief? Die Bundeswehr hätte sich in Afghanistan niemals der Angriffslogik anpassen dürfen – Die Jagd auf die Taliban hat diese politisch massiv gestärkt, in: *die tageszeitung* vom 20. Januar 2011, S. 12.
 - Der Libyen-Einsatz läuft aus dem Ruder – Schutz bedrängter Zivilisten eskaliert zu bewaffneter Umsturzhilfe, in: *Basler Zeitung* vom 2. April 2011, S. 7.
 - Hammer und Amboss – Libyen: Die Führungstroika der Nato will den Regimewechsel, dazu setzt sie rigoros auf die militärische Karte. Der Situation wird sie damit nicht gerecht, in: *die tageszeitung* vom 19. April 2011, S. 12.
 - Libyen – und täglich tötet die Nato: Elf Wochen Bombardement, rund 9.000 Lufteinsätze und nun die Entscheidung von Kampfhubschraubern, ist das ein guter Krieg? in: *Der Tagesspiegel* vom 5. Juni 2011, S. 8.
 - Beim Mauerbau stand die Welt am Rand des Abgrunds – Vor 50 Jahren schwelte in Berlin die Lunte zum Dritten Weltkrieg, in: *Hamburger Abendblatt* vom 28. Juli 2011, S. 2.
 - Am Rand des Abgrunds – Wie die Politiker der beiden Machtblöcke vor fünfzig Jahren in Berlin mit dem Dritten Weltkrieg spielten, in: *Freie Presse* vom 10. August 2011, S. A2.
 - In Berlin wurde der Dritte Weltkrieg an- und wieder abgesagt – Vor fünfzig Jahren verriegelte die DDR mit dem Bau der Mauer den Zugang ihrer Bürger zum Westen, in: *Basler Zeitung* vom 13. August 2011, S. 8-9.
 - Am Rand des Abgrunds – Die Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961 war ein Ereignis von weltpolitischer Dramatik, in: *Wiener Zeitung, Magazin* vom 13. August 2011, S. 1-2.
 - Der Nato-Einsatz bleibt falsch: Anspruch und Realität der Intervention in Libyen klappten weit auseinander – Berlin hat mit seiner skeptischen Haltung recht behalten, in: *die tageszeitung* vom 25. Oktober 2011, S. 12.
 - Falscher Friedensplan – In Syrien würden einseitige Forderungen an das Regime oder eine militärische Intervention des Westens den Konflikt nur schüren, in: *Frankfurter Rundschau* vom 6. Dezember 2011, S. 10.
 - Quo vadis Syrien? Ein blindwütiger Diktator führt Krieg gegen das eigene Volk – So jedenfalls will es das in Europa vorherrschende Medienecho, in: *Wiener Zeitung* vom 14. Dezember 2011, S. 2.
 - Ohne klare sicherheitspolitische Zielsetzung – Die falsch diskutierte Bundeswehrreform, in: *Streitkräfte und Strategien (NDR Info)* vom 12./13. Februar 2011, unter: http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript245.pdf.
 - Die Bundeswehrreform ist ohne sicherheitspolitische Begründung fragwürdig, in: *Politisches Feuilleton (Deutschlandradio Kultur)* vom 17. Februar 2011, unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/1390099/>.
 - Wenn aus der humanitären Intervention ein Krieg wird – Die bewaffnete Umsturzhilfe der Nato in Libyen, in: *Politisches Feuilleton (Deutschlandradio Kultur)* vom 11. April 2011, unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/1431999>.
 - De Maizières Verteidigungspolitische Richtlinien – Wendepunkt für die Bundeswehr oder alter Wein in neuen Schläuchen? in: *Streitkräfte und Strategien (NDR Info)* vom 16./17. Juli 2011, unter: http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript267.pdf.
 - Mauerbau am Rand des Abgrunds – Vor fünfzig Jahren schwelte in Berlin die Lunte zum Dritten Weltkrieg, in: *Politisches Feuilleton (Deutschlandradio Kultur)* vom 8. August 2011, unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/1522994/>.
 - Der Libyenkrieg – Wendepunkt für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik?, in: *Streitkräfte und Strategien (NDR Info)* vom 22./23. Oktober 2011, unter: http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript325.pdf.
 - Gestern Libyen, morgen Syrien? Militärische Einmischung macht Revolutionen blutiger, in: *Politisches Feuilleton (Deutschlandradio Kultur)* vom 18. November 2011, unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/1606859/>.



*Jens Narten*

- Multi-Stakeholder Security Partnerships. A critical assessment with case studies from Afghanistan, DR Congo and Kosovo, Baden-Baden 2011 (Hrsg. mit Michael Brzoska und Hans-Georg Ehrhart).
- Introduction, in: Michael Brzoska/Hans-Georg Ehrhart/Jens Narten (Eds), Multi-Stakeholder Security Partnerships. A critical assessment with case studies from Afghanistan, DR Congo and Kosovo, Baden-Baden 2011, S. 7-13 (mit Michael Brzoska und Hans-Georg Ehrhart).
- Multi-stakeholder Security Partnerships: Characteristics, Processes, Dilemmas and Impacts, in: Michael Brzoska/Hans-Georg Ehrhart/Jens Narten (Eds), Multi-Stakeholder Security Partnerships. A critical assessment with case studies from Afghanistan, DR Congo and Kosovo, Baden-Baden 2011, S. 17-36.
- The Kosovo Protection Corps Resettlement Program, in: Michael Brzoska/Hans-Georg Ehrhart/Jens Narten (Eds), Multi-Stakeholder Security Partnerships. A critical assessment with case studies from Afghanistan, DR Congo and Kosovo, Baden-Baden 2011, S. 109-168.
- Conclusions, in: Michael Brzoska/Hans-Georg Ehrhart/Jens Narten (Eds), Multi-Stakeholder Security Partnerships. A critical assessment with case studies from Afghanistan, DR Congo and Kosovo, Baden-Baden 2011, S. 253-260 (mit Michael Brzoska und Hans-Georg Ehrhart).

Götz Neuneck

- Raketenabwehr in Europa: Territorialer Schutz oder Hindernis für nukleare Abrüstung?, in: Margret Johannsen/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Tobias Debiel/ Christiane Fröhlich (Hrsg.), Friedensgutachten 2011. Berlin 2011, S. 342-354 (mit Christian Alwardt und Hans Christian Gils).**
- Is a World without Nuclear Weapons Attainable? Comparative Perspectives on Goals and Prospects, in: Catherine M. Kelleher/Judith Reppy (Hrsg.), Getting to Zero – The Path to Nuclear Disarmament, Stanford 2011, S. 43-66.**
- How to Avoid a New Arms Race, in: Bulletin of the Atomic Scientists, 25 Juli 2011, <http://www.thebulletin.org/web-edition/features/how-to-avoid-new-arms-race> (mit Ivanka Barzashka, Timur Kadyshev und Ivan Oelrich).
- Verantwortung von Wissenschaft und Forschung in einer globalisierten Welt: Forschen – Erkennen – Handeln, Berlin 2011 (Hrsg. mit Ulrich Bartosch, Gerd Litfin, Reiner Braun).
- Wissenschaftliche Herausforderungen in Bezug auf eine Welt ohne Nuklearwaffen, in: Ulrich Bartosch/Gerd Litfin/Reiner Braun/Götz Neuneck (Hrsg.), Verantwortung von Wissenschaft und Forschung in einer globalisierten Welt: Forschen – Erkennen – Handeln, Berlin 2011, S. 69-83.
- Frieden und Naturwissenschaft in: Hans J. Gießmann/Bernhard Rinke (Hrsg.), Handbuch Frieden, Wiesbaden 2011 S. 459-474.
- Nichtverbreitung, Abrüstung und Rüstungskontrolle, in: Michael Staack (Hrsg.), Einführung in die Internationale Politik: Studienbuch, 5., vollständig überarb. Aufl., München/Wien 2011, S. 737-780.
- Revolution oder Evolution, Zur Entwicklung des RMA-Konzepts, in: Wissenschaft und Frieden 1/2011 S. 6-13.
- Die High-Tech Kriege der Zukunft, in: Hans-Joachim Reeb (Hrsg.), Technik und die Kriege der Zukunft, Reader Sicherheitspolitik, 2011, unter: [http://www.readersipo.de/portal/a/sipo/!ut/p/c4/JY1BC8IwDIV_UduVgYi3iQoi6tHNi3RbtoV27Ugzd_HH22kSPni88J56qrTevLE3jMEbpOpVNBirF1kvLbwiTkEyGR-7QOPvR2rRGcuBwAugBZCB0omIzQA0JC0JI9pk2-A7h5ZBeJhBWELoY42uBVKPtbkF2QQPvJLBMbyb2ZFK4nAKxW52ZUhNLBFWV6cNe5zrP_qM_22N5Ka7ZJjvfTnc1jWPxBWPZmTM!/.](http://www.readersipo.de/portal/a/sipo/!ut/p/c4/JY1BC8IwDIV_UduVgYi3iQoi6tHNi3RbtoV27Ugzd_HH22kSPni88J56qrTevLE3jMEbpOpVNBirF1kvLbwiTkEyGR-7QOPvR2rRGcuBwAugBZCB0omIzQA0JC0JI9pk2-A7h5ZBeJhBWELoY42uBVKPtbkF2QQPvJLBMbyb2ZFK4nAKxW52ZUhNLBFWV6cNe5zrP_qM_22N5Ka7ZJjvfTnc1jWPxBWPZmTM!/)
- Time to Protect NATO through Missile Defence Cooperation, Op-ED, European Leadership Network, 6 December 2011, unter: http://www.europeanleadershipnetwork.org/protecting-nato-through-missile-defence-cooperation_218.html (mit Ivanka Barzashka, Timur Kadyshev und Ivan Oelrich)
- Chancen zur Rüstungskontrolle in Europa, Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2011 (mit Michael Brzoska, Anne Finger, Oliver Meier und Wolfgang Zellner).
- Prospects for Arms Control in Europe, Studie für die Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2011 (mit Michael Brzoska, Anne Finger, Oliver Meier und Wolfgang Zellner).
- Zwei Jahre nach Prag Stillstand bei nuklearer Abrüstung, in: Welttrends 81/2011, S. 142-143.
- Raumfahrttechnologie für Krieg und Frieden? Raketenabwehr und der Weltraum, in: Raumfahrt Concret 4-5/2011 (mit Christian Alwardt).
- Politikberatung am IFSH, in: 40 Jahre Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Hamburg 2011, S. 21-24 (mit Hans-Georg Ehrhart und Wolfgang Zellner).

Kerstin Petretto

- Security Governance als Rahmenkonzept für die Analyse von Piraterie und maritimem Terrorismus – Konzeptionelle und Empirische Grundlagen, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 155/2011, Hamburg 2011 (mit Hans-Georg Ehrhart und Patricia Schneider).**
- Diebstahl, Raub und erpresserische Geiselnahme im maritimen Raum – Eine Analyse zeitgenössischer Piraterie. PiraT Arbeitspapier zur Maritimen Sicherheit 8/2011, Hamburg 2011, unter: http://www.maritimesecurity.eu/fileadmin/content/news_events/workingpaper/PiraT_Arbeitspapier_Nr8_2011_Petretto.pdf.



- Piracy as a Problem of International Politics, in: Stefan Mair (ed.), Piracy and Maritime Security. Regional characteristics and political, military, legal and economic implications. SWP Research Paper 2011/RP 03, Berlin 2011, S. 10-19, unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/research_papers/2011_RP03_mrs_ks.pdf.

Daniela Pisoiu

- Islamist Radicalisation in Europe. An Occupational Change Process, New York: Routledge, 2011.*
- Effective counterterrorism: What have we learned so far?. Economics of Security Working Paper 55/2011, Berlin 2011, unter: http://www.diw.de/de/diw_01.c.359590_de/publikationen_veranstaltungen/publikationen/aktuelle_schwerpunkte/aktuelle_schwerpunkte.html?r=0003552&b=%D6konomische%20Aspekte%20des%20internationalen%20Terrorismus&skip=22 (mit Eric van Um).**
- Counterterrorism – does it work? EUSECON Policy Briefing 13/2011(mit Eric van Um).**
- Islamistische Radikalisierungsprozesse in Europa, in: IFSH-Jahresbericht 2010, Hamburg 2011, S. 13-19 (mit Matenia Sirselouidi).

Uwe Polley

- Politischer Wille: Zu dritt ins Baudenkmal, Drei Hamburger Spezialbibliotheken zwischen planerischer Herausforderung und notwendigen Kompromissen, in: Petra Hauke/Klaus Ulrich Werner (Hrsg.), Secondhand – aber exzellent! Bibliotheken bauen im Bestand, Bad Honnef 2011, S. 260-275. (mit Ute Runge und Karl-Otto Schütt).

Ute Runge

- Politischer Wille: Zu dritt ins Baudenkmal, Drei Hamburger Spezialbibliotheken zwischen planerischer Herausforderung und notwendigen Kompromissen, in: Petra Hauke/Klaus Ulrich Werner (Hrsg.), Secondhand - aber exzellent! Bibliotheken bauen im Bestand, Bad Honnef 2011, S. 260-275. (mit Uwe Polley und Karl-Otto Schütt).
- OSCE Selected Bibliography 2009/2010, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (ed.), OSCE Yearbook 2010, Baden-Baden 2011, S. 403-417.
- Literaturlauswahl zur OSZE 2009/2010, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2010, Baden-Baden 2010, S. 451-465.
- Neuerscheinungen, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 4/2010, S.259-260.
- Neuerscheinungen, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 1/2011, S.45-46.
- Neuerscheinungen, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 2/2011, S.124-125.
- Neuerscheinungen, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 3/2011, S.210-211.
- Neuerscheinungen, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 4/2011, S.280-281.

Ursel Schlichting

- Preface, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (Hrsg.), OSCE Yearbook 2010, Baden-Baden 2011, S. 13-17.
- Vorwort, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2010, Baden-Baden 2011, S. 13-17.
- Predislovia [Vorwort], in: Institut isledovanja problema mira i politiki bezopasnosti pri universitetu Gamburga/ Moskovski gosudarstvennyi institut meždunarodnyh otnošenii (universitet) (Hrsg.), Ežegodnik OBSE 2009 [OSZE-Jahrbuch 2009], Moskau 2011, S. 14-18.
- Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, 15. Aufl., Baden-Baden 2011, S. 309-315 (mit Hans-Georg Ehrhart).

Johann Schmid

- Meeting the Challenge of International Terrorism, in: Ralph Rotte/Christoph Schwarz (Hrsg.), International Security and War. Politics and Grand Strategy in the 21st Century. New York 2011, S. 151-160.*
- Die Dialektik von Angriff und Verteidigung. Clausewitz und die stärkere Form des Kriegführens. Wiesbaden 2011, 280 S.**
- Die Überlegenheit des Angriffs: Der Angriff aus Schwäche. Ein Phänomen im Widerspruch zur Clausewitz'schen Theorie von der „größeren Stärke der Verteidigung“ untersucht am Beispiel der zwölften Isonzooffensive 1917, in: Thomas Jäger/Rasmus Beckmann (Hrsg.), Handbuch Kriegstheorien, Wiesbaden 2011, S. 380-395.
- Terrorismus: Eine Herausforderung für Strategie und Legitimität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 27/2011, S. 14-18 (mit Patricia Schneider).

Patricia Schneider

- Terror Blacklists on Trial: Smart Sanctions challenged by Human Rights, in: Michael Goodhart/Anja Mihr (Hrsg.), Human Rights in the 21st Century. Continuity and Change since 9/11, Houndmills/Basingstoke 2011, S. 150-166.*
- Maritimer Terrorismus: Tätergruppen und Anschlagstypen – Eine empirisch-analytische Bestandsaufnahme. PiraT Arbeitspapier zur Maritimen Sicherheit 13/2011, Hamburg 2011, Dezember 2011, unter: <http://www.maritime-security.eu/de/publikationen/workingpapers.html>.
- Editorial: Stabilität und europäische Integration in Südosteuropa/Stability and European Integration in Southeastern Europe, in: S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace 3/2011, S. III-IV (mit Naida Mehmedbegović Dreilich).

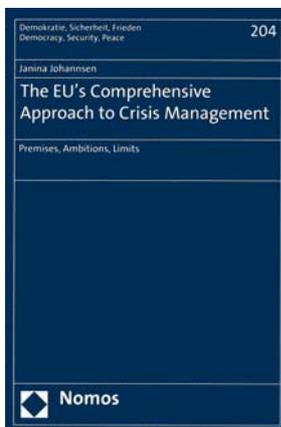




- Terrorismus: Eine Herausforderung für Strategie und Legitimität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 27/2011, S. 14-18 (mit Johann Schmid).
- Security Governance als Rahmenkonzept für die Analyse von Piraterie und maritimem Terrorismus – Konzeptionelle und Empirische Grundlagen, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 155/2011, Hamburg 2011 (mit Hans-Georg Ehrhart und Kerstin Petretto).
- Die Verteidigung der Wissenschaftslandschaft Deutschland, in: These 82/2011, S. 11-13.
- „Krieg und Frieden – (k)eine reine Männerdomäne. Vorstellung von Initiativen zur Vernetzung und verstärkten Sichtbarkeit von Frauen in der Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ in: Hamburger Frauenbündnis, 100 Jahre Internationaler Frauentag (Hrsg.), „Emanzipation – Macht – Gerechtigkeit. 100 Jahre Internationaler Frauentag in Hamburg“ März 2011, S. 18-23, unter: <http://www.frauentag-hamburg.de/pdf/Buch-Emanzipation-Macht-Gerechtigkeit.pdf> (mit Nathalie Bohr).
- Praktikum, Studium, Promotion – die Nachwuchsförderung am IFSH, in: IFSH (Hrsg.), 40 Jahre Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Hamburg 2011, S. 29-33.

Arne Seifert

- Relations between the State and the Muslim Community in Central Asia: Overview, Analysis, Practical Cooperation in Kyrgystan, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (Hrsg.), OSCE Yearbook 2010, Baden-Baden 2011, S. 157-64 (mit Esen Usabaliev).
- Zum Verhältnis zwischen Staat und islamischer Gemeinschaft in Zentralasien: Bestandsaufnahme, allgemeine Überlegungen und praktische Erfahrungen der Zusammenarbeit in Kirgisistan, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2010, Baden-Baden 2011, S. 175-183 (mit Esen Usabaliev).
- Relations between the State and the Muslim Community in Central Asia: Overview, Analysis, Practical Cooperation in Kyrgystan, Prudent Solutions, Bishkek, May 14/2011, unter: <http://www.analitika.org> (mit Esen Usabaliev).
- A., Političeskij Prozess v Zentralnoi Azii – Obobčeniya i Vyvody, Meždunaridnyj Zentr Strategičeskich i Političeskich Issledovanii, Moskva, Fond Rosy-Luksemburg (FRG), Političeskij Prozess v Zentralnoi Azii, Moskva 2011; (Der politische Prozess in Zentralasien – Verallgemeinerungen und Schlussfolgerungen, Internationales Zentrum für Strategische und Politische Studien, Moskau, Rosa-Luxemburg-Stiftung (BRD), Der Politische Prozess in Zentralasien, Moskau 2011).
- Političeskij Prozess v Zentralnoi Azii – Resultaty, Problemy, Perspektivy, Učrešdenije Rossiskoi Akademii Nauk, Institut Vostokovedenja, Zentr Strategičeskich & Političeskich Issledovanii (Der politische Islam im politischen Prozess in Zentralasien, in: The Institute of Oriental Studies, Russian Academy of Sciences, The Center for Strategic & Political Studies (Hrsg.), Der politische Prozess in Zentralasien – Ergebnisse, Probleme und Perspektiven) Moskau 2011, S. 64-91.



- Irina Zviagelskaja, Introduction – On the Question of the Criteria, in: „Političeskij Prozess v Zentralnoi Azii – Resultaty, Problemy, Perspektivy, Učrešdenije Rossiskoi Akademii Nauk, Institut Vostokovedenja, Zentr Strategičeskich & Političeskich Issledovanii, (Der politische Islam im politischen Prozess in Zentralasien, in: The Institute of Oriental Studies, Russian Academy of Sciences, The Center for Strategic & Political Studies (Hrsg.), Der politische Prozess in Zentralasien – Ergebnisse, Probleme und Perspektiven), Moskau 2011, S. 7-16..
- Abziehen, um zu bleiben, Der Plan B für Afghanistan, in: Wissenschaft und Frieden, 2/2011, S. 41-42.
- Den Krieg beenden und sofort zu einer politischen Regelung übergehen, Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik, DSS-Arbeitspapiere 102/2011, S. 37-44.
- Der regionale historische Kontext der Anfänge der Nahostpolitik der DDR und Parallelen zur Gegenwart. Reflektionen zur bisherigen Debatte des Symposiums, in: Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), Deutsche Außenpolitik im Nahen Osten, Potsdam 2011 (Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg), S. 34-39.
- Abzug, um zu bleiben, in: Raimund Krämer/Christoph Sebastian Widdau (Hrsg.), Fiasko Afghanistan, Potsdam 2011 (WeltTrends Papiere, 16), S. 63-67.
- Ten Afganistana nad Zentralnoi Azii [Der Schatten Afghanistans über Zentralasien, Prudent Solutions, Bischkek] Prudent Solutions, Bischkek 11/2011, unter: <http://www.analitika.org>.

Matenia Sirseldudi

- Zur Früherkennung terroristischer Kampagnen, in: Berthold Meyer, Konfliktregelungen und Friedensstrategien. Eine Einführung. Wiesbaden 2011, S. 427-448.
- Understanding radicalisation in Europe: Clusters and Narratives, in: Siddik Ekici (ed.), Counter Terrorism in Culturally and Linguistically Diverse Communities, NATO Science for Peace and Security Series - E: Human and Societal Dynamics 90/ 2011, Amsterdam 2011, S. 9-15.
- Islamistische Radikalisierungsprozesse in Europa, in: IFSH-Jahresbericht 2010, Hamburg 2011, S. 13-19 (mit Daniela Pisiou).

*Kurt P. Tudyka*

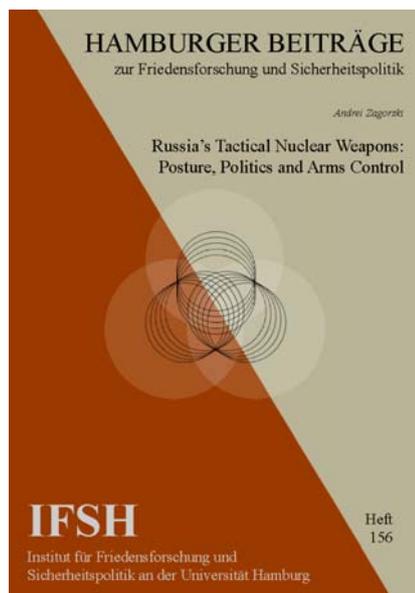
- Der (Aus-)Weg ist das Ziel – der griechische OSZE-Vorsitz 2009, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2010, Baden-Baden 2011, S. 365-375.
- Was und wo ist heute „Westen“?, in: Politisches Lernen 1-2/2011, S. 5-9.

Eric van Um

- **Discussing Concepts of Terrorist Rationality: Implications for Counterterrorism Policy, in: Defence and Peace Economics 2/2011, S. 161-179.***
- Security Economics in the European Context – Implications of the EUSECON Project. EUSECON Working Paper 58/2011 (mit Michael Brzoska und Raphael Bossong).**
- Effective counterterrorism: What have we learned so far?. Economics of Security Working Paper 55/2011, Berlin 2011, unter: http://www.diw.de/de/diw_01.c.359590.de/publikationen_veranstaltungen/publikationen/aktuelle_schwerpunkte/aktuelle_schwerpunkte.html?r=0003552&b=%D6konomische%20Aspekte%20des%20internationalen%20Terrorismus&skip=22 (mit Daniela Pisoiu).**
- Counterterrorism – does it work? EUSECON Policy Briefing 13/2011 (mit Daniela Pisoiu).**

Wolfgang Zellner

- Das OSZE-Gipfeltreffen in Astana im Jahr 2010, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2010, Baden-Baden 2011, S. 23-31.
- Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), in: Wolfgang W. Mickel/Jan M. Bergmann (Hrsg.), Handlexikon der Europäischen Union, 4. überarbeitete Auflage, Baden-Baden 2011.
- Max van der Stoep – leveraging academic expertise for conflict prevention, in: Security and Human Rights 3/2011, S. 307-310.
- Chancen zur Rüstungskontrolle in Europa, Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2011 (mit Michael Brzoska, Anne Finger, Oliver Meier und Götz Neuneck).
- Prospects for Arms Control in Europe, Studie für die Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2011 (mit Michael Brzoska, Anne Finger, Oliver Meier und Götz Neuneck).
- Zwischen Erfolg und Scheitern: Das OSZE-Gipfeltreffen von Astana 2010, in: IFSH-Jahresbericht 2010, Hamburg 2011, S. 9-12.
- Europäische Sicherheitspolitik – 40 Jahre Thema am IFSH, in: IFSH (Hrsg.), 40 Jahre Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Hamburg 2011, S. 11-15.



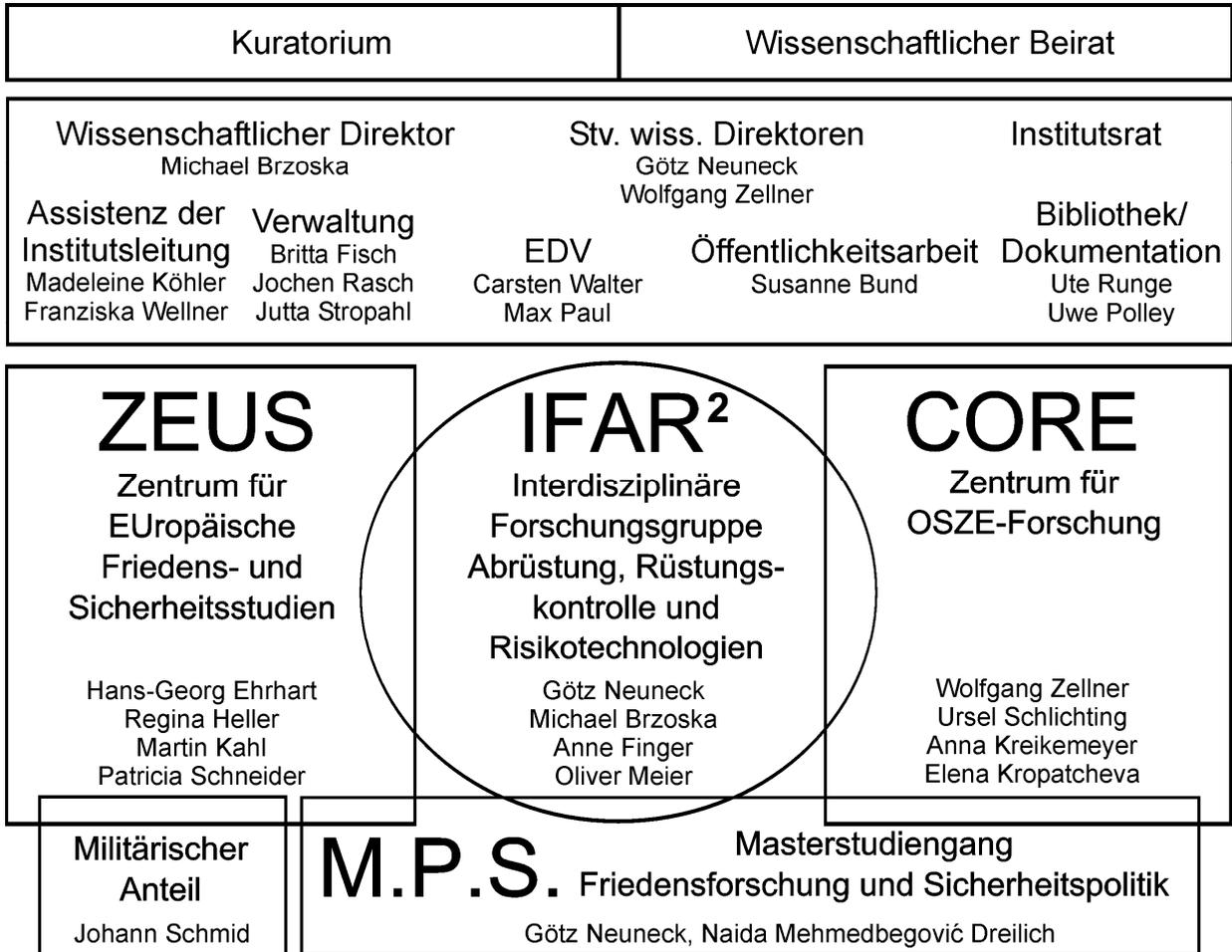
Statistischer Anhang

Statistical Annex



Organigramm / Organization Chart

Stand 31.12.2011 *



* Beschäftigte laut Stellenplan (einschließlich Teilzeit- und befristet Beschäftigte) ohne Drittmittel- und Honorarkräfte.

Öffentlichkeitsarbeit / Conference and Media Activities

Themen/Topic	Vorträge/ Lectures	Podiumsdisk./ Podium Disc.	Tagungen/ Conferences	Interviews	Gesamt/ Total
Aktuelle sicherheits- politische Fragen (hier auch Terroris- mus)/Current security policy questions (also terrorism)	75	13	52	80	220
Abrüstung/KRST Disarmament/Arms control	17	6	44	33	100
Europ. Sicherheit/ European security	15	-	10	3	28
OSZE/OSCE	4	2	1	-	7
Regionale Konflikte/ Regional conflicts	14	6	5	39	64
Friedensforschung (auch IFSH)/Peace research (also IFSH)	8	3	2	8	21
Sonstiges/Others	6	3	13	20	42
Gesamt/Total	139	33	127	183	482

Öffentlichkeitsarbeit im Vergleich 2007-2011

Jahr/Year	Vorträge/ Lectures	Podiumsdisk./ Podium Disc.	Tagungen/ Conferences	Interviews
2011	139	33	127	183
2010	118	29	117	190
2009	105	32	90	145
2008	150	37	133	200
2007	165	45	121	263



Anzahl der Forschungsprojekte

	2008	Davon extern finanziert	2009	Davon extern finanziert	2010	Davon extern finanziert	2011	Davon extern finanziert	2012 geplant	Davon extern finanziert
IFSH über- greifend	1	1	2	2	2	2	1	1	1	1
CORE	1	1	4	1	5	0	5	1	5	1
ZEUS	11	3	8	4*	8	4	9	5**	10	6**
IFAR	6	5*	4	3	6	3	5	4***	7	4***
Gesamt	19	10	18	10	21	9	20	12	23	12

* 1 davon IFSH teilfinanziert

** 3 davon IFSH teilfinanziert

*** 2 davon IFSH teilfinanziert

Nachwuchs-, Beratungs- und kleinere Projekte

	2008	Davon extern finanziert	2009	Davon extern finanziert	2010	Davon extern finanziert	2011	Davon extern finanziert	2012 geplant	Davon extern finanziert
IFSH übergrei- fend	3	1	4	1	5	2	5	2	6	1
CORE	16	10 ¹	14	10 ¹	10	7 ²	7	6 ¹	8	7 ¹
ZEUS	23	12 ¹	18	11 ²	19	13 ²	11	11 ^{**}	13	12 ²
IFAR	12	3 ²	11	6 ³	15	5 ⁴	11	3	8	4
Gesamt	54	26	47	28	49	27	34	24	35	24

¹ 5 davon IFSH teilfinanziert.

² 3 davon IFSH teilfinanziert.

³ 1 davon IFSH teilfinanziert.

⁴ 2 davon IFSH teilfinanziert.

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Vollzeitäquivalente, Stand jeweils zum Jahresende

	2007	Davon extern finanziert	2008	Davon extern finanziert	2009	Davon extern finanziert	2010	Davon extern finanziert	2011	In Vollzeitäquivalenten	Davon extern finanziert
IFSH übergreifend	1	-	1	-	1	-	1	-	1	1	-
CORE	4	1	6	3	6	3 ¹	6	3 ¹	8	4,87	4 ¹
ZEUS	5		7	3	8	3	11	7 ¹	11	9,45	7
IFAR	2	3	4	3	4	3	5	4 ¹	8	4,73	4
Gesamt	12²	4	18³	9	19⁴	9	23⁵	14	28	20.05	15
Davon Frauen	3	0	6	3	7	4	12	6	14	9,96	8 ⁷
Nachrichtlich: Anzahl der Promovierenden	22		21	21	19	17	22	20	23	-	22
Davon Frauen	12		12		11		12		10		

¹ 1 davon IFSH teilfinanziert.

² Entspricht 10,58 Vollzeitäquivalenten

³ Entspricht 11,65 Vollzeitäquivalenten

⁴ Entspricht 13,27 Vollzeitäquivalenten

⁵ Entspricht 18,95 Vollzeitäquivalenten

⁷ 2 davon IFSH teilfinanziert

Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler Anzahl Personen, kumuliert über die jeweiligen Jahre

	2007	2008	2009	2010	2011
IFSH übergreifend	4	1	1	2	1
CORE	1	2	2	2	1
ZEUS	1	2	3	5	3
IFAR	1	-	1	1	2
Gesamt	7	5	7	10	7
Davon Frauen	2	3	2	2	3

Drittmittelausgaben und Drittmittelzusagen

a) Tatsächliche Ausgaben (in Euro) / IFSH 2007-2011, Drittmittel und Drittmittelgeber

Arbeitsbereiche	Geber		Summe				
			2007	2008	2009	2010	2011
ZEUS	Wissenschafts- gesteuerte Dritt- mittel- zuweisungen	DFG	-	1.500	245	76.229	94.015
		Stiftungen	18.375	60.521	18.370	9.750	14.536
		DAAD	35.339	33.898	32.623	41.327	
		BMBF				202.488	371.961
		EU		79	58.287	13.464	
	Bundesministerien						
	Land/Länder	-	-	-	-	-	
	EU	-	-	-	-	-	
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.	5.460	780	-	5.241		
	Forschungsstipendien	9.720	8.940	33.690	27.242	24.000	
	Sonstige		6.969	10.702	10.520	11.022	
Summe ZEUS		68.894	112.687	153.917	386.261	515.534	
CORE	Wissenschafts- gesteuerte Dritt- mittel- zuweisungen	DFG			-	-	
		Stiftungen	13.676				19.890
		DAAD			31.477		
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien	272.602	286.391	218.400	206.682	214.048	
	Land/Länder	-	-	-	-	-	
	EU	-	-	-	-	-	
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.	68.701	106.754	76.424	11.314	8.235	
	Forschungsstipendien	14.580	26.150	26.925	24.700	12.000	
	Sonstige						
Summe CORE		369.559	419.295	353.226	242.696	254.173	
IFAR	Wissenschafts- gesteuerte Dritt- mittel- zuweisungen	DFG				-	
		Stiftungen	86.188	94.002	62.185	45.214	68.464
		DAAD					
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien	-	9.391	8.750		51.966	
	Land/Länder	800	17.417	32.334			
	EU	-	-	-	-	-	
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.	-	18.146			19.292	
	Forschungsstipendien	-				-	
	Sonstige	-			7.339	1.494	
Summe IFAR		86.988	138.956	103.269	52.553	141.216	
IFSH übergrei- fend	Wissenschafts- gesteuerte Dritt- mittel- zuweisungen	DFG	-		20.391	84.810	90.750
		Stiftungen	122.653	59.257	1.300		25.000
		DAAD					
		BMBF					
		EU		15.697	7.935	57.937	94.549
	Bundesministerien	75.000	52.550	35.100	32.175	70.200	
	Land/Länder	-	5.000	6.799	11.025	9.198	
	EU	-	-	-	-	-	
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.	10.779	20.394	24.432	38.702	5.688	
	Forschungsstipendien	-		4.000	8.000		
	Sonstige	49.452	75.355	80.350	67.491	60.451	
Summe IFSH ü.		257.884	228.253	180.307	300.140	355.836	
IFSH Gesamt	Wissenschafts- gesteuerte Dritt- mittel- zuweisungen	DFG		1.500	20.636	161.039	184.765
		Stiftungen	240.892	213.780	81.855	54.964	127.890
		DAAD	35.339	33.898	64.100	41.327	
		BMBF				202.488	371.961
		EU		15.776	66.222	71.401	94.549
	Bundesministerien	347.602	348.332	262.250	238.857	336.214	
	Land/Länder	800	22.417	39.133	11.025	9.198	
	EU	-	-	-	0	-	
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.	84.940	146.074	100.856	55.257	33.215	
	Forschungsstipendien	24.300	35.090	64.615	59.942	36.000	
	Sonstige	49.452	82.324	91.052	85.350	72.967	
Summe IFSH		783.325	899.191	790.719	981.623	1.266.759	

b) Drittmittelzusagen (in Euro)/ IFSH 2007 - 2011 Drittmittel und Drittmittelgeber

Arbeitsbereiche	Geber						
			2007	2008	2009	2010	2011
ZEUS	Wissenschaftsgesteuerte Drittmittelzuweisungen	DFG		1.500	226.200		
		Stiftungen	94.300	15.000			24.800
		DAAD	13.503	57.118	45.962	50.734	1.649
		BMBF				1.040.750	
		EU		110.960			143.765
	Bundesministerien						
	Land/Länder			-	-		
	EU		13.450		-		
	Wirtschaft/IO/Ausl.Reg./Parlamente			-	-		10.000
	Forschungsstipendien		9.720	40.700	40.618	15.622	24.000
	Sonstige		50.000	18.900	6.000	9.900	53.000
Summe ZEUS		180.973	244.178	318.780	1.117.006	257.214	
CORE	Wissenschaftsgesteuerte Drittmittelzuweisungen	DFG		-	-		
		Stiftungen					24.890
		DAAD			41.590		
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien		289.290	296.695	220.650	239.572	225.739
	Land/Länder			-	-		
	EU			-	-		
	Wirtschaft/IO/Ausl.Reg./Parlamente			-	-		14.666
	Forschungsstipendien		14.580	26.150	26.925	24.700	12.000
	Sonstige		92.954	127.958,5	71.742		
Summe CORE		396.824	450.808	360.907	264.272	277.295	
IFAR	Wissenschaftsgesteuerte Drittmittelzuweisungen	DFG			-		
		Stiftungen	69.500	147.400			47.988,5
		DAAD					
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien			15.000	8.750	41.585	75.000
	Land/Länder			35.000	28.600		
	EU		2.800	-	-		
	Wirtschaft/IO/Ausl.Reg./Parlamente			6.252	-		30.888
	Forschungsstipendien				-		
	Sonstige		30.950		14.980	88.621	1.290
Summe IFAR		103.250	203.652	52.330	130.206	155.166,50	
IFSH übergreifend	Wissenschaftsgesteuerte Drittmittelzuweisungen	DFG		-	420.000		
		Stiftungen			3.300		25.000
		DAAD					
		BMBF					
		EU		343.600			
	Bundesministerien		70.000	52.550	35.100	37.500	70.000
	Land/Länder			10.550	10.000		
	EU					-	
	Wirtschaft/IO/Ausl.Reg./Parlamente			-	-		
	Forschungsstipendien				12.060		25.250
	Sonstige		28.200	54.550	45.500	6.000	22.000
Summe IFSH ü.		98.200	461.250	525.960	43.500	142.250	
IFSH gesamt	Wissenschaftsgesteuerte Drittmittelzuweisungen	DFG		1.500	646.200		
		Stiftungen	163.800	162.400	3.300		122.678,5
		DAAD	13.503	57.118	87.552	50.734	1.649
		BMBF				1.040.750	
		EU					143.765
	Bundesministerien		359.290	364.250	264.500	318.657	370.739
	Land/Länder			45.550	38.600		
	EU		16.250	454.560	0		
	Wirtschaft/IO/Ausl.Reg./Parlamente		0	6.252	0		55.554
	Forschungsstipendien		24.300	66.850	79.603	40.322	61.250
	Sonstige		202.104	201.409	138.222	76.589	73.290
Summe IFSH		779.247	1.359.888	1.257.977	1.554.984	828.925,5	

Publikationen

	2007	Davon referiert	2008	Davon referiert	2009	Davon referiert	2010	Davon referiert	2011	Davon referiert
Bücher	11	1	11		18	6	13	4	10	3
Buchbeiträge	59	11	66	6	62	7	65	13	63	15
Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften	54	8	39	13	45	13	29	11	28	8
IFSH Publikationen	18		18		22		16	-	27	1
Andere	44		33		24	1	35	-	49	7
Gesamt	186	19	167	19	171	27	158	28	179	34
Davon in Deutsch	128	10	106	11	95	12	79	13	121	13
Davon in ISI¹ Zeitschriften		2		2		0		1		6
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter-/Beschäftigtem²	16,54	1,79	14,33	1,63	12,88	1,13	8,33	1,47	8,92	1,69

Publikationen nach Arbeitsbereichen

	2007	Davon referiert	2008	Davon referiert	2009	Davon referiert	2010	Davon referiert	2011	Davon referiert
IFSH übergreifend	41	8	30	6	34	5	27	4	61	3,5
Davon in Deutsch	36	4	23	3	24	2	18	1	42	-
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter-/Beschäftigtem ²	41	8	30	6	34	5	27	4	61	3,5
CORE	35	1	41	4	45	4	48	9	37	4
Davon in Deutsch	19	-	19	1	19	2	19	3	22	1
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter-/Beschäftigtem ²	10	0,28	9,46	0,92	7,5	0,66	10,66	2	7,59	0,82
ZEUS	78	8	64	3	65	14	56	12	60	23,5
Davon in Deutsch	51	6	49	3	43	7	36	7	42	10
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter-/Beschäftigtem ²	18,75	1,92	15,38	0,72	18,41	3,96	7,59	1,62	6,34	2,48
IFAR	32	2	32	6	27	3	27	3	21	3
Davon in Deutsch	18	1	14	4	10	3	11	2	14	2
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter-/Beschäftigtem ²	18,28	1,14	14,95	2,80	9,85	1,09	8,43	0,62	4,44	0,63

¹ Zeitschriften, die in der Thomson Reuters World of Knowledge-Liste aufgeführt sind.

² Berechnet als Quotient aus Publikationen und Anzahl (in Vollzeitäquivalenten) der wissenschaftlich Beschäftigten



Weitere Indikatoren der Forschungsarbeit

	2007	2008	2009	2010	2011
Teilnahme an Anhörungen in Parlamenten	8	11	15	15	19
Teilnahme an internen Gesprächen in Ministerien, internationalen Organisationen etc.	40	44	47	50	65
Teilnahme an Anhörungen/ Gesprächen in ausl. Ministerien/Parlamenten/ int. Organisationen					31
Vorträge	165	150	105	118	139
Podiumsdiskussionen	45	37	32	29	33
Tagungen des IFSH	21	11	9	16	20
Lehrveranstaltungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Semesterwochenstunden, 2 Semester p.a.)	49	58	41	38	47,5
Abgeschlossene Promotionen*	5	5	3	2	2
Abgeschlossene Master-/ Magister-/Diplomarbeiten*	24	27	28	28	23

*Anzahl Betreuungsfälle durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH